

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



PHILOSOPHISCHE
FAKULTÄT



***CHINA IM INTERNATIONALEN KLIMAREGIME –
Zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung***

Eine sozialkonstruktivistische Außenpolitikanalyse

Laura Feyrer

**Greater China Studies
Master Theses Collection**

大中華學優秀碩士畢業論文彙編

October 2015

**Department of Chinese and Korean Studies
Chair of Greater China Studies
Keplerstr. 2
72074 Tübingen
Germany**

**Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades
Master of Arts (M.A.)**

Erstprüfer: Prof. Dr. Gunter Schubert

Zweitprüfer: Prof. Dr. Hans Ulrich Vogel

**CHINA IM INTERNATIONALEN
KLIMAREGIME –**

**Zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung Ei-
ne sozialkonstruktivistische Außenpolitikanalyse**

Vorgelegt von:

Laura Feyrer
St.- Georg- Str. 4
84091 Attenhofen

Email: laurafeyrer@t-online.de
Tel.: 08751/2695

Matrikelnummer: 3878886
Studiengang: Master Sinologie/Chinese Studies

Datum der Abgabe: 05.10.2015

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
2 Das internationale Klimaregime – Allgemeine Rahmenbedingungen und historischer Hintergrund.....	7
2.1 Internationales Regime – Eine Definition.....	7
2.2 Das Internationale Klimaregime – UNFCCC und Kyoto-Protokoll	8
2.3 Internationale Integration Chinas – Die VR China im internationalen Klimaregime	11
3 Forschungsstand	16
4 Theoretischer Rahmen.....	24
5 Methode.....	30
6 Empirie	34
6.1 Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime.....	34
6.1.1 Von Bali bis Kopenhagen – Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2007-2009	35
6.1.2 Von Cancún bis Doha – Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2010-2012	43
6.1.3 Von Warschau bis Paris – Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2013-2015	52
6.2 Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime.....	56
6.2.1 Nationale Entwicklung vs. internationale Klimakooperation – Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2007-2009	59
6.2.2 Größtes Entwicklungsland der Erde vs. weltweit größter CO ₂ -Emittent – Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2010-2012	66
6.2.3 <i>Global Player</i> und verantwortungsvoller Kooperationspartner – Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2013-2014	74
7 Diskussion der Ergebnisse und Fazit	79
Literaturverzeichnis.....	85
Annex.....	105

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die 10 größten CO ₂ -emittierenden Länder nach Anteil an den weltweiten CO ₂ -Emissionen im Jahr 2014	4
Abbildung 2: Verteilung der CERs nach Ländern und Jahr	13
Abbildung 3: <i>Role Theory</i> und Außenpolitik: <i>National Role Conceptions</i> und <i>Prescriptions</i> als unabhängige Variablen	28

Abkürzungsverzeichnis

AOSIS	Alliance of Small Island States
ARF	ASEAN Regional Forum
BASIC	Brasilien, Südafrika, Indien, China
BAU	Business As Usual
CAN International	Climate Action Network International
CCWG	Climate Change Working Group
CDM	Clean Development Mechanism
COP	Conference of the Parties
G77	Gruppe der 77
IWF	Internationaler Währungsfond
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
LDC	Least Developed Countries
MEP	Ministry of Environmental Protection
MRV	Measuring, Reporting and Verification
NAMA	Nationally Appropriate Mitigation Action
NDRC	National Development and Reform Commission
NGO	Non-governmental Organization; Nichtregierungsorganisation
OPEC	Organisation erdölexportierender Länder; Organization of the Petroleum Exporting Countries
SIDS	Small Island Developing States
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen
VR China	Volksrepublik China
WTO	World Trade Organization; Welthandelsorganisation
WWF	World Wide Fund for Nature

1 Einleitung

Der internationale Klimaschutz ist eine der größten globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Vor allem die zunehmende Konzentration an Kohlendioxid in der Atmosphäre trägt in erheblichem Maße zur Klimaerwärmung bei. Während bis in die frühen 2000er-Jahre vor allem die Industrieländer aufgrund ihrer hohen CO₂-Emissionen als Verursacher des Klimawandels galten, zählen in den letzten Jahren auch zunehmend Schwellenländer wie China zum Kreis der Verantwortlichen. Aufgrund der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen internationalen Wahrnehmung Chinas als stärkste Exportnation der Welt kommt dem bevölkerungsreichsten Land der Erde eine immer stärkere Bedeutung in Sachen Klimaschutz zu. Zudem löste China 2006, gemessen an der Gesamtmenge seiner Emissionen, die USA als bis dato größten Emittenten von Treibhausgasen ab¹ und führt seither die Liste der weltweit größten CO₂-Emittenten mit einem Anteil von ca. 23% an den weltweiten Gesamtemissionen an.

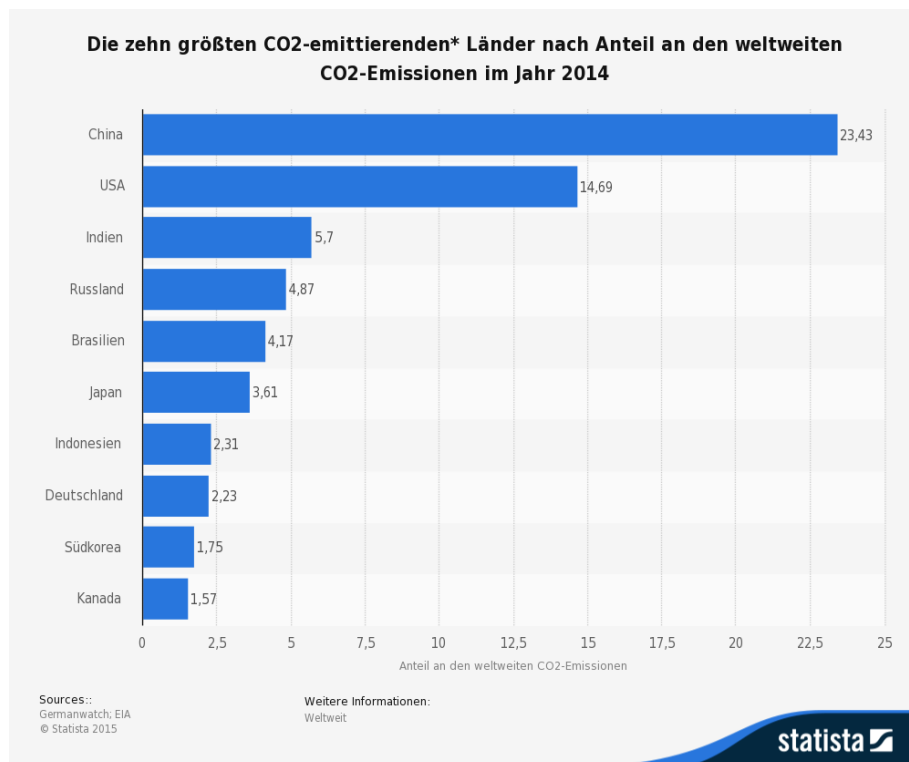


Abbildung 1: Die 10 größten CO₂-emittierenden Länder nach Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen im Jahr 2014²

Chinas führende Rolle als weltweit größter CO₂-Emittent lässt sich vor allem anhand des Energiemix' des Landes erklären. Was die Energiegewinnung betrifft war und ist China

¹ Vgl. The World Bank (2015a).

² Statista (2015).

nach wie vor abhängig von Kohle. Während China im Jahr 2006 rund 71% seines Energiebedarfs aus Kohle gewann, waren es im Jahr 2013 immer noch 66%, also rund zwei Drittel des Energiebedarfs, die durch Energiegewinnung aus Kohle gedeckt werden mussten.³

Betrachtet man jedoch die Pro-Kopf-Emissionen des Landes, liegen diese mit einer Menge von 6,7 Tonnen Kohlendioxid pro Kopf (Stand 2011)⁴ nach wie vor weit hinter denen der Industrieländer und unter dem internationalen Durchschnitt. Was den globalen Klimaschutz betrifft ist China jedoch seit den frühen 1990ern formell Mitglied dieser globalen Aufgabe. Mit der Ratifizierung der UN-Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls erkennt die VR China den Klimaschutz zwar als globales Problem an, ist jedoch gemäß der Klimarahmenkonvention als Entwicklungsland formell zu keinerlei Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes verpflichtet, sondern lediglich zu unregelmäßiger Berichterstattung über mögliche freiwillige nationale Maßnahmen angehalten. Angesichts des zunehmenden globalen Gewichts der VR China, seiner Rolle als weltweit größter CO₂-Emittent, erwarten jedoch besonders die Industrieländer, die bis dato die alleinige Verantwortung für den Klimawandel tragen, aber auch kleine Inselstaaten, die in besonderem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, einen aktiveren Beitrag Chinas was den globalen Klimaschutz betrifft. Aufgrund seiner Selbstwahrnehmung als Entwicklungsland und unter Berufung auf die noch geringen Pro-Kopf-Emissionen des Landes, sieht sich China jedoch nicht als Verursacher sondern eher als Opfer des Klimawandels und nahm bei den internationalen Klimaverhandlungen lange Zeit eine passive bzw. gar ausweichende Haltung ein. Umso erstaunlicher, dass sich China auf der 13. UN-Klimakonferenz auf Bali zusammen mit anderen Entwicklungsländern erstmals zu verstärkten Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels verpflichtet, die in Entscheidung 1/CP.13 der Bali Roadmap, dem Abschlussdokument der Verhandlungen, folgendermaßen festgehalten sind:

„Nationally appropriate mitigation actions by developing country Parties in the context of sustainable development, supported and enabled by technology, financing and capacity-building, in a measurable, reportable and verifiable manner.“⁵

Auch wenn die Maßnahmen an finanzielle und technologische Unterstützung seitens der Industrieländer gekoppelt sind und sich China wie andere Entwicklungsländer auch weiterhin nicht zu definitiven Emissionsreduktionszielen verpflichtet, stellt die Zustimmung Chinas

³ Vgl. National Bureau of Statistics (2014).

⁴ Vgl. The World Bank (2015b).

⁵ UNFCCC (2008).

2007 zu Maßnahmen, die in einer bestimmten Art und Weise messbar und nachvollziehbar sein müssen und zudem einer Meldepflicht unterliegen, einen Bruch im traditionellen außenpolitischen Verhaltensmuster Chinas bei den internationalen Klimaverhandlungen dar. Ein Bruch deshalb, da es sich zwar um einen Minimalkonsens, dennoch aber um eine freiwillige Verpflichtung Chinas im Rahmen des internationalen Klimaregimes handelt, die es dem Kyoto-Protokoll zufolge nicht hätte eingehen müssen. Das Jahr 2007 scheint also den Beginn einer Verhaltensveränderung Chinas im internationalen Klimaregime zu markieren.

Aus den dargestellten Umständen ergibt sich deshalb folgende empirische Fragestellung, die das Zentrum dieser Arbeit bilden soll: Ist seit dem Jahr 2007 eine Veränderung in Chinas internationalem klimapolitischem Verhalten zu beobachten und wie lässt sich ein Wandel Chinas außenpolitischen Verhaltens hinsichtlich der internationalen Klimapolitik erklären? Ein außenpolitischer Verhaltenswandel kann verschiedene Gründe haben. Im Rahmen dieser Arbeit soll ein sozialkonstruktivistischer Ansatz als Grundlage dienen und davon ausgegangen werden, dass dem Verhaltenswandel eine veränderte Rollenwahrnehmung bzw. Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime zugrunde liegt, die durch die Fremdwahrnehmung der VR China durch andere Staaten im internationalen System und deren damit verbundenen Erwartungen an China bedingt ist. Daraus ergibt sich folgende Hypothese: Die Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime veränderte sich durch die Fremdwahrnehmung anderer Staaten.

Ziel der Arbeit ist es deshalb anhand von ausgewählten Dokumenten sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung zu analysieren als auch Rückschlüsse auf deren Zusammenspiel zu ziehen. Im Hinblick auf die Fragestellung und zur Überprüfung der Hypothese soll die Arbeit folgendermaßen gegliedert sein. Das zweite Kapitel soll zunächst einen Überblick über das internationale Klimaregime, seine Rechtsgrundlagen sowie Chinas Rolle darin liefern. Anschließend wird im dritten Kapitel der Forschungsstand zu Chinas Verhandlungsposition in der internationalen Klimapolitik bzw. im internationalen Klimaregime im Allgemeinen dargestellt, aber auch eine Zusammenschau sozialkonstruktivistischer Analysen hinsichtlich des außenpolitischen Handelns und Verhaltens der VR China in internationalen Regimen dargelegt werden. Das vierte Kapitel wird den theoretischen Rahmen der Arbeit definieren. Dabei soll zunächst Holstis *Role Theory* aus dem Jahr 1970 dargestellt werden, die auf der Rollentheorie der Soziologie nach Linton (1936) beruht und außenpolitisches Handeln als Rollenhandeln versteht, um diese anschließend noch kon-

kreter an die Hypothese binden zu können. Nach einem Kapitel über die verwendete Methode der qualitativen Inhaltsanalyse folgt im fünften Kapitel der empirische Teil der Arbeit. Dieser soll wiederum in zwei Teile gegliedert sein, nämlich einerseits die Fremdwahrnehmung Chinas durch andere Staaten im internationalen Klimaregime sowie andererseits die Selbstwahrnehmung Chinas in der internationalen Klimapolitik, um daraus ableiten zu können, inwiefern eine Beeinflussung Chinas Selbstwahrnehmung durch seine Fremdwahrnehmung und den damit verbundenen Erwartungen stattgefunden hat und inwieweit sich die Rolle, in der sich die VR China in der internationalen Klimapolitik sieht, verändert hat.

2 Das internationale Klimaregime – Allgemeine Rahmenbedingungen und historischer Hintergrund

2.1 Internationales Regime – Eine Definition

In den internationalen Beziehungen bezeichnet ein internationales Regime eine Art Mechanismus zur dauerhaften Kooperation einzelner Staaten in einem bestimmten politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bereich oder Problemfeld. Als internationale Institutionen basieren Regime auf formal begründeten verbindlichen Regelwerken, Abmachungen bzw. Vereinbarungen, die meist im Rahmen internationaler Konferenzen festgelegt und erweitert werden und als Rechtsgrundlage für die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich übernationaler oder gar gesamtglobaler Probleme, wie beispielsweise dem Klimawandel, dienen.⁶ Anders als internationale Organisationen umfassen Regime eine größere Vielfalt an Akteuren, die von Staaten bzw. deren Regierungen über internationale Organisationen bis hin zu nicht zivilgesellschaftlichen Vertretern in Form von Nichtregierungsorganisationen reicht.⁷ Weitere Eigenschaften und Elemente von Regimen, die hingegen grundlegend für deren dauerhaftes Bestehen und Funktionieren sind, definierte Krasner 1983 wie folgt:

„Regimes can be defined as sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations. Principles are beliefs of fact, causation, and rectitude. Norms are standards of behavior defined in terms of rights and obligations. Rules are specific prescriptions or pro-

⁶ Vgl. Wesel (2012): 10; 65.

⁷ Vgl. Wesel (2012): 75.

scriptions for action. Decision-making procedures are prevailing practices for making and implementing collective choice.”⁸

Laut Krasner bilden also sowohl Prinzipien, im Sinne gemeinsamer Grundannahmen hinsichtlich des zu bearbeitenden Problems, Normen, die den einzelnen Akteuren Verhaltensrichtlinien vorgeben sowie Pflichten und Rechte definieren, Regeln, die das operative Zentrum des Regimes bilden und den Regime-Teilnehmern als Anweisungen für ihr Handeln dienen als auch Verfahren zur Entscheidungsfindung bzw. gemeinsam verabredete Prozeduren, wie beispielsweise gemeinsame Konferenzen, die Grundlage für ein dauerhaftes Bestehen internationaler Regime.⁹ Regime sind also Instrumentarien in der internationalen Politik, welche Normen und Regeln für staatliche Zusammenarbeit vorgeben und basierend auf verbindlichen Regelungen, die von internationalen Akteuren wie zum Beispiel einzelnen Staaten akzeptiert wurden, versuchen, bestimmte Spannungssituationen und Problemfelder wie den Klimaschutz zu steuern. Anders wie etwa internationale Organisationen verfügen Regime jedoch über keine eigene Akteursqualität¹⁰, sondern müssen vielmehr als vertragliches Regelwerk angesehen werden.

2.2 Das Internationale Klimaregime – UNFCCC und Kyoto-Protokoll

Ein Beispiel für ein derartiges internationales Regime ist das internationale Klimaregime. Seine Rechtsgrundlage besteht im Wesentlichen aus der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC; *lianhéguó qìhòubiànhuà kuàngjiāgōngyue* 联合国气候变化框架公约) sowie aus dem Kyoto-Protokoll, einem Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung und Operationalisierung der UNFCCC mit dem Ziel des Klimaschutzes. Bereits 1988 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Klimaschutz als „*common heritage of mankind*“¹¹, also als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ und legte damit den Grundstein für Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zum Klimaschutz. Ein von der UN-Generalversammlung einberufener zwischenstaatlicher Verhandlungsausschuss legte schließlich bei seiner fünften Sitzung im Mai 1992 die endgültige Fassung des Rahmenabkommens vor und wurde schließlich 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (*United Nations Conference on*

⁸ Krasner (1983): 2.

⁹ Vgl. Wesel (2012): 70f.

¹⁰ Vgl. Wesel (2012): 77.

¹¹ UNGA (1988).

Environment and Development, UNCED) in Rio de Janeiro formell beschlossen.¹² Nach der Ratifizierung durch 195 Staaten, den Vertragsparteien der Konvention (*Parties to the Convention; diyuefang 缔约方*), trat die UN-Klimarahmenkonvention im März 1994 offiziell in Kraft. Als Rahmenvertrag beinhaltet die Konvention zunächst nur grundlegende Prinzipien und generelle Verpflichtungen für die Vertragsparteien und weniger völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen und Regelungen. Zu den grundlegenden Prinzipien der Klimarahmenkonvention gehört die Einteilung der Vertragsstaaten in Annex I- und Nicht-Annex I-Staaten, wobei Industrieländer zur ersten Gruppe und Entwicklungsländer zur zweiten Gruppe zählen. Durch das in der Konvention verankerte Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ (*common but differentiated responsibilities; gongtong dan youqubie zeren 共同但有区别的责任*) wird zusätzlich zur formellen Differenzierung der Vertragsstaaten auch eine Trennung der Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen der Industrie- und Entwicklungsländer vorgenommen. Diesem Grundsatz zufolge haben Industrieländer eine historische Verantwortung für den Klimawandel.¹³ Im Rahmen der Klimarahmenkonvention müssen sie demnach nicht nur eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen, sondern vor allem finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer und deren Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen leisten. Während Annex I-Staaten zudem dazu verpflichtet sind, regelmäßig über ihre Klimaschutzmaßnahmen und Politiken zu berichten, gibt es eine solche verpflichtende Regelung für Nicht-Annex I-Staaten nicht.¹⁴ Um die Umsetzung der Konvention zu überwachen und voranzutreiben und darüber hinaus zusätzlich notwendige Maßnahmen zu beschließen, treffen sich die Vertragsparteien der Konvention zusammen mit internationalen Organisationen und NGOs seit 1995 jährlich im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenzen (*Conference of the Parties, COP; diyuefanghui 缔约方会*), auch UN-Klimakonferenzen genannt.¹⁵ Aus der dritten COP 1997 in Kyoto ging schließlich das Kyoto-Protokoll (*jingdu yidingshu 京都议定书*) hervor, welches jedoch aufgrund eines langwierigen Ratifizierungsprozesses erst 2005 in Kraft trat, nun aber auch völkerrechtlich bindende Emissionsreduktionsziele – zumindest für Industrieländer – zur Grundlage des internationalen Klimaregimes machte. Gemäß dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung kam es jedoch auch 1997 zu keinerlei verbindlichen Emissionsreduktionsver-

¹² Vgl. Farhana/Depledge (2004): 22ff.

¹³ Vgl. Coenen (1997): 165.

¹⁴ Vgl. UNFCCC (2014a).

¹⁵ Vgl. UNFCCC (2014b).

pflichtungen für Nicht-Annex I-Staaten, die dem Grundsatz zufolge ein Recht auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung genießen.¹⁶ Gemäß Artikel 3.1 des Kyoto-Protokolls sind lediglich Annex I-Staaten formell dazu verpflichtet, innerhalb der ersten Verpflichtungsperiode, die den Zeitraum von 2008 bis 2012 umfasst, eine Senkung ihrer Emissionen um 5% im Vergleich zu den Emissionswerten des Jahres 1990 zu erreichen.¹⁷ Was die Erfüllung dieser Verpflichtungen der Annex I- Staaten betrifft, sieht das Protokoll auch einige Flexibilitätsmechanismen vor, wie etwa das Prinzip der *Joint Implementation*, also der gemeinsamen Umsetzung (Artikel 6) oder auch den in Artikel 12 geregelten „*Clean Development Mechanism* (CDM; *qingjiefazhanjizhi* 清洁发展机制)“, dem sogenannten Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung. Beide Mechanismen ermöglichen den Industriestaaten ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen über Klimaschutzmaßnahmen in weniger energieeffizienten Entwicklungsländern zu erreichen, d.h. Industrieländer können sich, durch gezielte Projekte zur Treibhausgasreduktion im Ausland erreichte Emissionsminderungen, als eigene Reduktionsleistung gutschreiben lassen. Der CDM ist zwar eng mit dem Prinzip der *Joint Implementation* verbunden, es steht jedoch vor allem die finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer bei Maßnahmen gegen den Klimawandels und für eine nachhaltige Entwicklung im Mittelpunkt.¹⁸ Seit des Inkrafttretens des Kyoto-Protokolls 2005 ist die Ausarbeitung eines möglichen Nachfolgeabkommens des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls, im Rahmen dessen auch Schwellenländer wie China und Indien zu verbindlichen Emissionsreduktionszielen verpflichtet werden sollen, Gegenstand der jährlich stattfindenden Klimakonferenzen. Besondere Bedeutung kam in dieser Hinsicht der Vertragsstaatenkonferenz auf Bali 2007 zu, im Kontext derer eine Roadmap für darauffolgende Verhandlungen über ein Nachfolgeprotokoll entworfen werden sollte. Auch wenn sich die Vertragsstaaten in der aus den Verhandlungen hervorgegangenen *Bali Roadmap* weiterhin auf keine konkreten länderspezifischen Emissionsreduktionsziele verständigen konnten, einigten sich die Vertragsparteien im *Bali Action Plan* (Decision 1/CP.13) auf eine langfristige Kooperation zur nachhaltigen Umsetzung der Klimarahmenkonvention auch nach dem Ablauf der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls 2012.¹⁹ Auch wenn im *Bali Action Plan* lediglich vage Zielvorstellungen bezüglich eines Kyoto-Nachfolgeprotokolls festgehalten

¹⁶ Vgl. UNFCCC (2014c).

¹⁷ Vgl. UNFCCC (1998).

¹⁸ Vgl. UNFCCC (1998).

¹⁹ Vgl. UNFCCC (2008).

sind, stellt die Klimakonferenz auf Bali 2007, was die Verhandlungsposition der VR China im internationalen Klimaregime betrifft, aus eingangs erläuterten Gründen einen Bruch dar.

2.3 Internationale Integration Chinas – Die VR China im internationalen Klimaregime

Anfang der 1970er Jahre befand sich China in einem Zustand der nahezu völligen Isolation innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft, der sich über zwei Jahrzehnte lang seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 manifestierte.²⁰ Viele westliche Staaten, vor allem die USA, erkannten die Volksrepublik China nicht als offizielle Vertretung Chinas an und bauten unterdessen diplomatische Beziehungen zu Taiwan auf. So war auch der Versuch der Volksrepublik China, eine Aufnahme in die Vereinten Nationen 1949 zu erreichen, erfolglos, da Taiwan bereits als offizieller Vertreter Chinas in vielen internationalen Institutionen präsent und von der internationalen Gemeinschaft als solcher akzeptiert war.²¹ Besonders die Kulturrevolution während der 1960er und 70er Jahre und die damit verbundene Abriegelung weiter Teile des Landes für Ausländer, ließ China ins internationale Abseits geraten und machte einen Aufbau internationaler Beziehungen unmöglich.²² Aufgrund des Bruchs der Volksrepublik China mit der UdSSR waren zu Beginn der 1970er Jahre eine Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik und eine Verbesserung der Beziehungen zur westlichen Welt unerlässlich, um das Ende einer globalen Isolierung Chinas herbeizuführen. Da nicht nur die Volksrepublik an einer Verbesserung der Beziehungen zum Westen interessiert war, um so ein Gegengewicht zur Sowjetunion aufbauen zu können, sondern die westliche Welt unter Führung der USA gleichermaßen in einen engeren Dialog mit Beijing treten wollte, um so den kommunistischen Block isolieren zu können, kam es im Jahr 1971 zur Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen sowie in den UN-Sicherheitsrat als ständiges Mitglied. Die Volksrepublik China ersetzte dadurch nicht nur Taiwan als offiziellen Vertreter Chinas auf internationaler Ebene, sondern gelangte dadurch erstmals zu internationaler Legitimation und Akzeptanz.²³ Dennoch nahm China auch Anfang der 1970er Jahre weiter eine zurückhaltende Rolle ein, was die Einbindung in weltwirtschaftliche und weltpolitische Regelsetzungen betraf. Eine grundlegende Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik er-

²⁰ vgl. Kent (2007): 36.

²¹ vgl. Kent (2002): 344ff.

²² vgl. Kent (2007): 51.

²³ vgl. Taube (2003): 17.

folgte erst mit der Machtübernahme reformorientierter Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh; *zhongguo gongchandang* 中国共产党) und mit der von Deng Xiaoping 邓小平 initiierten Reform- und Öffnungspolitik (*gaigekaifang* 改革开放) im Jahre 1978. Zentrale Aspekte dieser Reform waren die Modernisierung der Wirtschaft, der Aufbau eines marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystems sowie die außenwirtschaftliche Öffnung des Landes.²⁴ Das Jahr 1978 markiert also einen Wendepunkt auf dem Weg der internationalen Integration Chinas und ist gleichzeitig Grundlage für eine stärkere Partizipation Chinas innerhalb der internationalen Gemeinschaft und für die Aufnahme der Volksrepublik in wichtige internationale Organisationen wie beispielsweise den Internationalen Währungsfond (IWF) oder auch die Weltbank im Jahr 1980. Einen Rückschlag im Prozess der internationalen Integration Chinas stellt die gewaltsame Unterdrückung einer demokratischen Protestbewegung 1989 auf dem Tian'anmen (*liushihijian* 六四事件) in Peking dar, der eine kurzzeitige diplomatische Isolation der Volksrepublik folgte. Das zu Sanktionen verurteilte China entwickelte daraufhin im Laufe der 1990er Jahre ein immer größeres Bewusstsein für die Notwendigkeit internationaler Kooperation zum Erhalt eines friedlichen internationalen Umfelds und einer respektvollen Behandlung der Volksrepublik China im internationalen Staatensystem, nicht zuletzt auch um die eigenen strategischen Interessen verwirklichen zu können. China erhielt daraufhin 1995 einen Beobachterstatus in der Welthandelsorganisation (WTO), der 2001 zum Mitgliedsstatus ausgeweitet wurde.²⁵ Mit der Aufnahme in die WTO erfolgte nicht nur die offizielle Anerkennung Chinas im Bereich der Weltwirtschaft und ein Ende der wirtschaftlichen Abschottung Chinas, sondern auch eine Eingliederung in ein international verbindliches Regelwerk. Einhergehend mit der außenpolitischen Öffnung des Landes nahm die Volksrepublik auch eine zunehmend aktivere Rolle in internationalen Sicherheits- und Umweltregimen, wie beispielsweise dem UN-Klimaregime, ein.

Was Chinas Rolle im internationalen Klimaregime betrifft, ist die VR China eine der Vertragsparteien, die 1992 die Klimarahmenkonvention unterzeichneten, und die Konvention bereits im Januar 1993 ratifizierte.²⁶ Auch das Kyoto-Protokoll unterzeichnete China bereits im Mai 1998, wobei die Ratifizierung durch die Volksrepublik erst im August 2002 folgte.²⁷ Grund dafür waren vor allem der im Kyoto-Protokoll vorgesehene CDM sowie das Prinzip der *Joint Implementation*, denen die VR

²⁴ Vgl. Taube (2003): 5f.

²⁵ Vgl. Schmidt/Heilmann (2012): 17.

²⁶ Vgl. UNFCCC (1997).

²⁷ Vgl. UNFCCC (2014d).

China zunächst skeptisch gegenüberstand. So befürchtete die chinesische Regierung, dass sich Industrieländer unter dem Deckmantel dieser Mechanismen ihrer historischen Verantwortung entziehen und eigene Emissionsreduktionsverpflichtungen umgehen könnten.²⁸ Die finanzielle Unterstützung durch die Industrieländer, die sich vor allem aus dem CDM für Entwicklungsländer ergibt, bewog die VR China jedoch schließlich dazu, das Protokoll zu ratifizieren. Der CDM soll besonders Entwicklungsländer beim Aufbau einer nachhaltigen Entwicklung sowohl durch finanzielle als auch technologische Investitionen unterstützen. Industrieländer wiederum können für derartige Investitionen sogenannte *Certified Emission Reduction (CER) Credits* erhalten, die sie sich als eigene Emissionsreduktionsleistung gutschreiben lassen können.²⁹ Die nachfolgende Darstellung zeigt, dass China diesen Mechanismus seit 2007 aktiv nutzt und in der Gruppe der im Rahmen des CDM geförderten Entwicklungs- und Schwellenländer bis 2014 eindeutig den Großteil des bisher durch die Industrieländer an Investitionen geleisteten Beitrags für sich beansprucht hat.

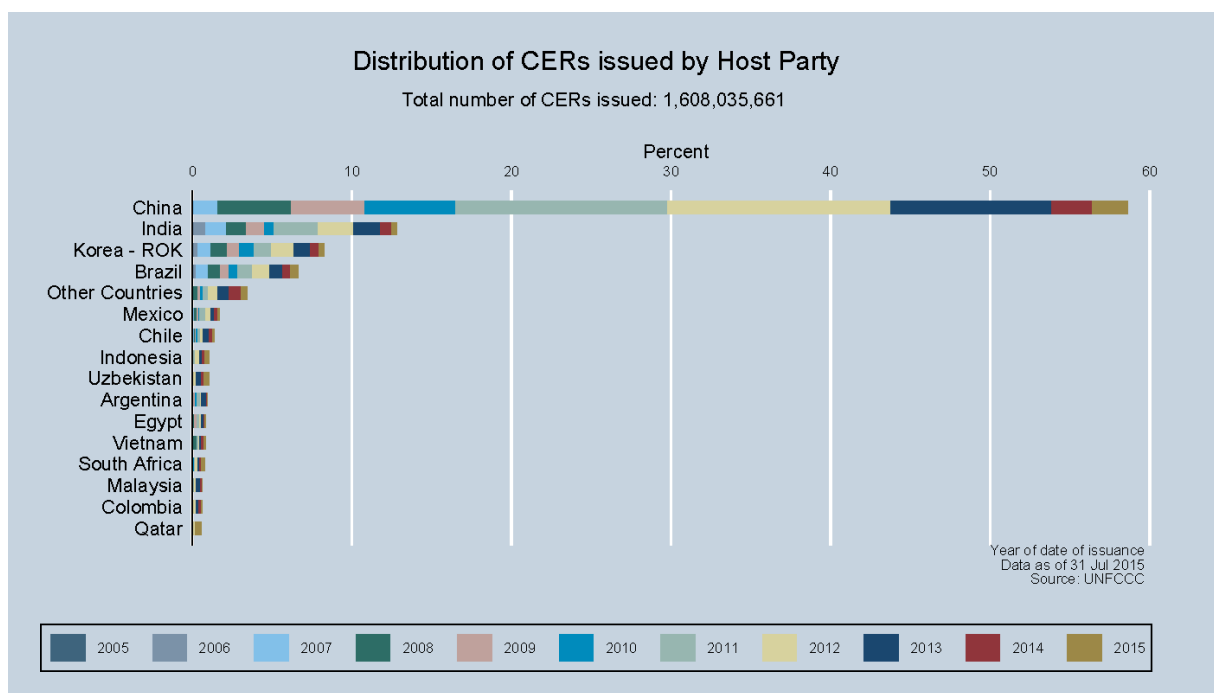


Abbildung 2: Verteilung der CERs nach Ländern und Jahr³⁰

Seit der ersten Vertragsstaatenkonferenz 1995 partizipiert China als Nicht-Annex I-Staat aktiv an internationalen Klimaverhandlungen. Für gewöhnlich tritt China in den Verhandlungen gemeinsam mit der Gruppe 77 auf, einem losen Zusammenschluss von Staaten, der auf der ersten Welthandelskonferenz 1964 gegründet wurde und mittlerweile 132 Mit-

²⁸ Vgl. Heggelund (2007): 179.

²⁹ Vgl. UNFCCC (2014e).

³⁰ UNFCCC (2015).

glieder, vorwiegend Entwicklungsländer, umfasst. Die Gruppe 77 und China fungieren in den internationalen Klimaverhandlungen vor allem als koordinierendes Organ, die Interessen und Standpunkte der einzelnen Mitglieder betreffend. Aufgrund der großen Anzahl an Mitgliedsstaaten ist die größte internationale Verhandlungskoalition jedoch keineswegs homogen. Die Mitgliedsstaaten können grob in vier Gruppen eingeteilt werden. Die erste Gruppe ist die der Schwellenländer, der neben China auch Indien, Brasilien und Südafrika angehören. Eine zweite Einheit bilden die sogenannten OPEC-Länder, also die Organisation erdölexportierender Länder, nach deren pro Kopf-Emissionen zu urteilen sie zwar zu den Entwicklungsländern zählen, die in der Gesamtheit jedoch bereits sehr hohe Emissionswerte erzielen und vor allem vom Export fossiler Brennstoffe abhängig sind.³¹ Hierzu zählen beispielsweise Nigeria, der Iran, Saudi-Arabien, Kuwait aber auch Indonesien.³² Diesen beiden Blöcken gegenüber stehen die Allianz der kleinen Inselstaaten (*Alliance of Small Island States*, AOSIS) sowie die Gruppe der *Least Developed Countries* (LDC), von denen die Hälfte auf dem afrikanischen Kontinent liegt. Gemein sind diesen beiden Gruppierungen ein niedriges Entwicklungsniveau, die Abhängigkeit vom Agrarsektor sowie wirtschaftliche und administrative Strukturschwächen, womit die Länder konfrontiert sind.³³ Aufgrund der großen Heterogenität des Zusammenschlusses der Gruppe 77 und China und der unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Länder, sind die Position der Verhandlungskoalition und die zugrundeliegenden Interessen eher allgemeiner Natur.

Eine besondere Rolle hinsichtlich der Interessensvertretung der Gruppe 77 kommt China zu. Als Verhandlungsführer tritt China auf den Konferenzen der Vertragsstaaten unter Berufung auf die Prinzipien der Klimarahmenkonvention als Verteidiger der Rechte der Entwicklungsländer auf. Die führende Rolle Chinas rührt vor allem von seiner Position als größtes Entwicklungsland der Erde, aber auch von seinem Status als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und seinem daraus resultierenden internationalen Gewicht her. Nicht zuletzt nutzt die VR China ihre Position als Verbündeter der G77 traditionell auch als Strategie, um die internationale Klimapolitik im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen. Dabei stellt die Unterstützung durch den Block der Entwicklungsländer eine Art Legitimationsquelle für Chinas eigens kommunizierten Status als Entwicklungsland dar. Gleichzeitig schwächt sich durch die Allianz mit der G77 auch die internationale Wahrnehmung der

³¹ Vgl. Kasa et al. (2008): 118; 122.

³² Vgl. Barnett et al. (2004): 2085.

³³ Vgl. Laurency (2012): 120f.

Volksrepublik als sich schnell entwickelndes Schwellenland mit hohen Emissionsmengen ab.³⁴ Einhergehend mit der Unterstützung der G77 vertrat China in der Vergangenheit stets eine klare Haltung was die Verantwortung für den Klimawandel bzw. den Klimaschutz betrifft. Die traditionelle Verhandlungsposition der VR China basiert auf dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, wonach China sich selbst als Entwicklungsland begreift, von einer historischen Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel ausgeht und eine Verantwortung der Entwicklungsländer von der Hand weist. Vielmehr betont China seine geringen Pro-Kopf-Emissionen, die im Jahr 2011 bei 6,7 Tonnen und damit bei nur rund einem Drittel der Pro-Kopf-Emissionen der USA, dem zweitgrößten CO₂-Emittenten der Welt, lagen³⁵, sowie das Recht der Entwicklungsländer auf nachholende wirtschaftliche und industrielle Entwicklung – ein Grund dafür, dass China umfassende und völkerrechtlich bindende Verpflichtungen, wie beispielsweise Emissionsreduktionsziele, in der Vergangenheit ablehnte.³⁶ In diesem Zusammenhang führte China bereits auf der Klimakonferenz im Jahr 1998 in Buenos Aires an, dass die „Luxusemissionen“ der Industrieländer keineswegs mit den „überlebensnotwendigen Emissionen“ der Entwicklungsländer verglichen werden dürften.³⁷ Absolute Emissionsreduktionsziele bedeuteten für China stets eine Einschränkung ihres wirtschaftlichen Wachstums. Traditionell stellte die VR China in der Vergangenheit ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung über den globalen Klimaschutz und ging, trotz massiver CO₂-Emissionen, bis heute keine umfassenden verbindlichen Emissionsreduktionsverpflichtungen ein – vor dem Hintergrund jedoch, dass weder die Klimarahmenkonvention noch das Kyoto-Protokoll derartige Verpflichtungen für Nicht-Annex I-Staaten wie China vorsehen. Auch die Beziehungen zu den USA im Rahmen des internationalen Klimaregimes scheinen diese traditionelle Verhandlungsposition Chinas beeinflusst zu haben. Obwohl die USA das Kyoto-Protokoll im Jahr 1998 unterzeichneten³⁸, kam es 2001 zum Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem internationalen Klimaabkommen und somit nie zu einer Ratifizierung des Kyoto-Protokoll durch die USA. Die Tatsache, dass Entwicklungsländer im Rahmen des Protokolls keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich der Reduktion ihrer Emissionen eingehen müssen bildete hierbei die Argumentationsgrundlage der USA für den Ausstieg aus dem Protokoll. Solange sich jedoch die USA nicht zu verbindlichen Emissionsreduktionen

³⁴ Vgl. Kasa et al. (2008): 119ff.

³⁵ Vgl. World Bank (2015b).

³⁶ Vgl. Heggelund (2007): 175ff.

³⁷ Vgl. IISD (1998): 3.

³⁸ Vgl. UNFCCC (2014d).

verpflichten, ihre Emissionen weiterhin Spitzenwerte erreichen und sie somit ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel nicht gerecht werden, stehen Emissionsreduktionsverpflichtungen auch für die chinesische Regierung, die das Prinzip der historischen Verantwortung als grundlegend für internationale Klimaverhandlungen betrachtet, nicht zur Debatte.³⁹ Seit der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 tritt China zudem in der Gruppe der BASIC-Staaten, einem Zusammenschluss der vier großen Schwellenländer Brasilien, Südafrika, Indien und China, auf, in deren Rahmen die Volksrepublik die Industrieländer, allen voran die USA, zu deutlich weitreichenderen Emissionsminderungen aufruft und Verpflichtungen der Schwellenländer an Maßnahmen der USA koppelt.⁴⁰ Was den Klimawandel betrifft begreift China sich und andere Entwicklungsländer nicht als Verursacher, sondern vielmehr als Opfer⁴¹ und forderte die Industrieländer in der Vergangenheit stets dazu auf, den Entwicklungsländern finanzielle, aber vor allem auch technische Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu leisten.⁴² Auch wenn sich China bei den Klimaverhandlungen im Jahr 2007 weiterhin nicht zu absoluten Emissionsreduktionszielen verpflichtete, stellt die UN-Klimakonferenz auf Bali dennoch einen Bruch in dieser traditionellen Verhandlungsposition dar. Wie also lässt sich der Wandel im Verhalten Chinas erklären?

3 Forschungsstand

Was die Forschung über China in internationalen Organisationen und Regimen im Allgemeinen, aber auch über China im internationalen Klimaregime im Speziellen betrifft, können grundsätzlich zwei theoretische Herangehensweisen beobachtet werden. Eine Vielzahl von Wissenschaftlern, die sich mit Chinas außenpolitischem Auftreten und China in den internationalen Beziehungen beschäftigen, bewertet Chinas Verhalten im internationalen System bzw. im internationalen Klimaregime aus neorealistischer Perspektive – wenn auch eher implizit. Dirk Schmidt und Sebastian Heilmann verzichten zwar in ihrer 2012 erschienenen Pub-

³⁹ Vgl. Zhang Haibin (2006): 43.; vgl. Heggelund (2007): 177.

⁴⁰ Vgl. Talberg (2010).

⁴¹ Vgl. Zhang (2006): 42.

⁴² Vgl. Zhang (2006): 38.

likation „Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China“ auf eine explizite Einbettung ihrer Analysen in die Theorien der *Internationalen Beziehungen*, setzten sich jedoch im Rahmen einer umfassenden Auswertung chinesischer Quellen intensiv mit den Fragen, welche Grundmuster und Ziele sich in Chinas auswärtigen Beziehungen erkennen lassen und inwiefern China durch einen eventuellen Lernprozess tatsächlich internationale Normen verinnerlicht und als kooperativer Partner auftritt oder ob es sich im Falle Chinas lediglich um eine vordergründige Anpassung zugunsten eigener nationaler Interessen handelt, auseinandersetzt.⁴³ Im Rahmen ihrer Analyse betrachten die Autoren unter anderem Chinas Position in der Weltwirtschaft und der internationalen Menschenrechtspolitik aber auch die chinesische Haltung in der internationalen Umwelt- und Klimapolitik. Bezüglich der Verhandlungsposition Chinas im Hinblick auf den globalen Klimaschutz schlussfolgern Schmidt und Heilmann dennoch aus neorealistischer Perspektive, dass traditionelle außenpolitische Prinzipien, wie die Verteidigung der nationalen Souveränität und die Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten, nach wie vor Chinas Verhandlungsposition im internationalen Klimaregime bestimmen und es so auch weiterhin, aufgrund Chinas Status als faktischer Großmacht, an der notwendigen Transparenz hinsichtlich klimaschützender Maßnahmen mangeln wird.⁴⁴ Dennoch erkennen auch Schmidt und Heilmann eine Veränderung des außenpolitischen Handelns Chinas in der internationalen Klimapolitik, die sie vor allem mit Dilemmasituationen begründen, denen sich China gegenüber sieht. Da die Gefahren des Klimawandels für eine positive Entwicklung der VR China auch der chinesischen Führung immer stärker bewusst werden, rückt auch die Notwendigkeit einer ressourcenschonenden energieeffizienten Entwicklungsstrategie zunehmend in das chinesische Bewusstsein. Einer aktiven Beteiligung Chinas an Mechanismen wie dem CDM liegt jedoch den Autoren zufolge stets eine Abwägung von Wachstumszielen und Klimarisiken, also eine Nutzung derartiger klimaschützender Mechanismen zur Förderung nationaler Entwicklungsziele, zugrunde. Ein Kosten-Nutzen-Kalkül seitens der chinesischen Regierung können die Autoren also ebenfalls nicht von der Hand weisen. Schmidt und Heilmann zufolge stehen nationale Ziele der VR China wie wirtschaftliche und industrielle Entwicklung auch weiterhin über dem globalen Klimaschutz.⁴⁵ Einen ähnlichen Beitrag im Hinblick auf das außenpolitische Verhalten Chinas den globalen Klimaschutz und die Verhandlungsposition der VR China betreffend liefert Joanna I. Lewis

⁴³ Vgl. Schmidt/Heilmann (2012): 15f.

⁴⁴ Vgl. Schmidt/Heilmann (2012): 97.

⁴⁵ Vgl. Schmidt/Heilmann (2012): 94ff.

mit ihrem Aufsatz „*China’s Strategic Priorities in International Climate Change Negotiations*“, erschienen 2007 in *The Washington Quarterly*. Sie geht davon aus, dass die Verhandlungsposition der chinesischen Regierung in internationalen Klimaverhandlungen von nationalen Interessen gelenkt ist, wobei die wirtschaftliche Entwicklung an der Spitze der Prioritätenliste der VR China steht. Klimawandel und Klimaschutz werden ihrer Meinung nach im Falle Chinas zugunsten anhaltenden Wachstums und des Erhalts der politischen Stabilität marginalisiert.⁴⁶ Eine aktive Partizipation am CDM aber auch nationale Politiken im Sinne des Klimaschutzes, die auf eine veränderte Verhandlungsposition Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen hindeuten könnten, entsprechen Lewis zufolge vielmehr strategischen Programmen zur Erreichung der nationalen Entwicklungsziele, deren Nebeneffekt es allenfalls ist, die Treibhausgasemissionen des Landes zu reduzieren.⁴⁷ Vielmehr noch geht Lewis davon aus, dass China internationale Mechanismen wie den CDM gezielt dazu benutzt, Zugang zu fortschrittlicher und energieeffizienter Technologie, die für die weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes notwendig ist, zu erhalten und sich überdies im Rahmen dieses Mechanismus‘ im internationalen Klimaregime als proaktiver Kooperationspartner darzustellen.⁴⁸

Gørild Heggelund versucht in ihrem 2007 in *Asian Perspectives* erschienen Beitrag „*China’s Climate Change Policy: Domestic and International Developments*“ ebenfalls Chinas internationale aber auch nationale Klimapolitik zu bewerten und eine Handlungslogik der VR China abzuleiten. Wie auch Schmidt und Heilmann konstatiert sie eine veränderte Haltung der VR China in der internationalen Klimapolitik, führt diese jedoch ebenfalls auf die hohe Verwundbarkeit zurück, der die VR China im Hinblick auf ihre nationale Entwicklung – sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich – durch den Klimawandel gegenübersteht. Eine kooperativere Haltung, die China beispielsweise im Rahmen des CDM einnimmt, deutet Heggelund zufolge nicht darauf hin, dass China gewillt ist, seiner Verantwortung für den Klimawandel aktiv nachzukommen, sondern ist lediglich eine Reaktion Chinas auf den internationalen Druck, dem die Volksrepublik in den internationalen Klimaverhandlungen zunehmend begegnet, eine Antwort auf die Gefahren, wie beispielsweise Wasserknappheit, die der Klimawandel im Hinblick auf Chinas zukünftige Entwicklung birgt, ja vielmehr noch ein

⁴⁶ Vgl. Lewis (2007): 155f.; 164.

⁴⁷ Vgl. Lewis (2007): 158f.

⁴⁸ Vgl. Lewis (2007): 164f.

Mittel zum Zweck zur Erreichung nationaler Interessen.⁴⁹ Nicht der Klimaschutz ist für China von höchster politischer Priorität, sondern vor allem Energieeinsparung und -effizienz zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Eine grundlegende Veränderung des außenpolitischen Handelns Chinas im internationalen Klimaregime als Folge einer Neuordnung nationaler Prioritäten im Sinne des globalen Klimaschutzes stellt auch Heggelund nicht fest.⁵⁰

Chinesische Wissenschaftler haben sich ebenfalls mit Chinas Rolle und Verhalten sowie möglichen Verhaltensveränderungen in internationalen Regimen und Organisationen beschäftigt. Auch chinesische Außenpolitikforscher betonen die Funktion internationaler Regime und Organisationen zum einen als Plattform für die Volksrepublik, ihre nationalen Ziele und Interessen zu erreichen und umzusetzen, zum anderen aber dennoch auch als Mittel für China die eigene Souveränität und strategische Flexibilität zu wahren. Beispielhaft hierfür ist der Beitrag von Zhang Haibin 张海滨, der sich in seinem Aufsatz „*Chinas Position in the Negotiations on International Climate Change: Continuities and Changes*“ (*zhongguo zai guoji qihoubianhuatanpan zhong de lichang: lianxuxing yu bianhua ji qi yuanyintanxi* 中国在国际气候变化谈判中的立场: 连续性与变化及其原因探析) aus dem Jahr 2006 mit möglichen Ursachen für einen Verhaltenswandel der VR China im internationalen Klimaregime beschäftigt und in diesem Rahmen versucht, sowohl diese Veränderungen als auch Kontinuitäten im außenpolitischen Verhalten Chinas darzulegen und zu bewerten. Zunächst stellt Zhang fest, dass Chinas Verhandlungsposition in den internationalen Klimaverhandlungen seit Anfang der 1990er Jahren bis ins Jahr 2006 einen Wandel erfahren hat, sich jedoch auch Kontinuitäten in Chinas Verhalten erkennen lassen. Während China zwar Zhang zufolge in den internationalen Klimaverhandlungen auch weiterhin am Prinzip der „*common but differentiated responsibility*“ festhält⁵¹ und darüber hinaus unter Berufung auf die historische Verantwortung der Industrieländer keinerlei Emissionsreduktionsverpflichtungen eingeht, konstatiert der Autor dennoch ein flexibleres und kooperatives Verhalten der VR China in der internationalen Klimapolitik, welches er vor allem an Chinas positiv veränderter Haltung zum früher noch skeptisch beäugten CDM festmacht. Basierend auf diesen Beobachtungen versucht Zhang in seinem Aufsatz, Gründe für diese Verhandlungsposition der VR China aufzuzeigen. Dabei geht er zunächst von einer Kosten-Nutzen-Abwägung Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen hinsichtlich des Grades an Kooperation aus. Vor allem

⁴⁹ Vgl. Heggelund (2007): 155.

⁵⁰ Vgl. Heggelund (2007): 188f.

⁵¹ Vgl. Zhang Haibin (2006): 42.

eine mögliche Einschränkung der nationalen Entwicklungsstrategien und- räume durch internationale Verpflichtungen spielen in diesem Zusammenhang für den Autor eine große Rolle, besonders deshalb, weil die Volksrepublik hinsichtlich ihrer Energieversorgung immer noch sehr stark von Kohle abhängig ist – eine Tatsache, die dem globalen Klimaschutz entgegensteht.⁵² Zhang fasst diese Problematik folgendermaßen zusammen: „Was das Problem des Klimawandels betrifft, so ist es für China weniger ein Umweltproblem als vielmehr ein Entwicklungsproblem.“⁵³ Ein Grund auch dafür, dass sich China hinsichtlich finanzieller und technologischer Investitionen, wie etwa im Rahmen des CDM, kooperativ zeigt. Eine weitere Erklärung für eine veränderte Verhandlungsposition Chinas sieht Zhang in der ökologischen Verwundbarkeit, der das bevölkerungsreichste Land der Erde durch den Klimawandel ausgesetzt ist und des damit verbundenen internationalen Handlungsdrucks gegenüber China. Zhang zufolge basiert eine Kooperation seitens Chinas also auf Zwängen, die sich aus der ernststen Klimasituation sowie aus den daraus resultierenden Verlusten und negativen Entwicklungen für den nationalen Fortschritt ergeben. Wenngleich Zhang beobachtet, dass die Volksrepublik den Klimawandel zunehmend als Gefahr betrachtet und ernst nimmt und einer dahingehend internationalen Kooperation Chinas nicht ausschließlich ein Kosten-Nutzen-Kalkül zugrunde liegt, erkennt er dennoch eine generelle Problematik in der chinesischen Umweltpolitik sowohl den globalen Klimaschutz als auch nationale Klimaschutzmaßnahmen betreffend, die er folgendermaßen beschreibt: „Umweltschutz ist im gegenwärtigen China an und für sich relativ schwach. Zudem zählt der Klimawandel nicht zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten auf der Umweltagenda Chinas.“⁵⁴ Zhao erkennt also ein Defizit was den Umweltschutz in China allgemein betrifft, welches oftmals der Kosten-Nutzen-Abwägung sowie der nationalen wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung als Priorität geschuldet ist. Wie auch Schmidt und Heilmann geht er darüberhinaus auch auf Dilemmasituationen ein, denen sich China infolge des Klimawandels national und international gegenüber sieht und die eine Verhaltensveränderung der chinesischen Entscheidungsträger in der internationalen Klimapolitik bewirken. Auch William Yang versucht in seinem Aufsatz „Analyses on China’s Climate Change Policy“ (*zhongguo qihoubianhua zhengce de neiwaibu yinsufenxi* 中國氣候變化政策的內外部因素分析) den nationalen und internationalen Kontext

⁵² Vgl. Zhang Haibin (2006): 38.

⁵³ Zhang Haibin (2006): 40. Originalwortlaut des Zitats: „气候变化问题对中国而言，是环境问题，但更是发展问题。“

⁵⁴ Zhang Haibin (2006): 41. Originalwortlaut des Zitats: „环境保护本来在当今的中国就比较弱，气候变化在中国的环境议程中又不属于最重要的议程。“

für Chinas Klimapolitik näher zu beleuchten. Yang zufolge liegt Chinas Haltung in der internationalen Klimapolitik ebenfalls in nationalen Begebenheiten begründet. Während sich China in internationalen Verhandlungen stets auf das Prinzip der „*common but differentiated responsibility*“ beruft⁵⁵ und sich nicht zu Emissionsreduktionszielen verpflichtet, können minimale Zugeständnisse Chinas als notwendige Reaktion auf die zunehmend größer werdende nationale Bedrohung durch den Klimawandel – wie etwa durch Versandung der Flüsse, Wüstenbildung oder Luft- und Wasserverschmutzung – verstanden werden.⁵⁶ Yang schreibt: „Die Verschlechterung des Ökosystems und die immer häufiger werdenden extremen Wettererscheinungen zwingen die chinesische Regierung dazu, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die nationale zukunftsfähige Entwicklung aufrechtzuerhalten.“⁵⁷ Eine kooperative Grundeinstellung der Volksrepublik China in der internationalen Klimapolitik verneint Yang jedoch nicht.⁵⁸

Auch wenn neorealistic Ansätze im Hinblick auf Chinas außenpolitisches Auftreten in internationalen Organisationen und Regimen zahlreich sind, so mangelt es dennoch nicht an sozialkonstruktivistischen Herangehensweisen an das außenpolitische Verhalten Chinas beziehungsweise die Rolle Chinas in internationalen Organisationen und Regimen. Im Hinblick auf sozialkonstruktivistische Analysen der internationalen Integration der VR China liefern Ann Kent und Alastair Iain Johnston wichtige Beiträge. Während sich Kent in ihrem Werk „*Beyond Compliance: China, International Organizations, and Global Security*“ im Rahmen vergleichender Fallstudien mit Chinas Verhalten sowohl im internationalen Sicherheitsregime, der Weltbank und dem internationalen Währungsfond als auch mit Chinas internationaler Haltung zu Menschenrechten und seiner Rolle im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Environment Programme, UNEP*) beschäftigt, fokussiert sich Johnston in seinem 2008 erschienenen Buch „*Social States: China in International Institutions, 1980-2000*“ auf Chinas Verhalten in der globalen Sicherheitspolitik. Kents Fallstudien basieren auf den Konzepten der „*Compliance*“ und der „*Kooperation*“. Während „*Compliance*“ im Wesentlichen ein Rechtsbegriff ist, beschreibt er in den internationalen Beziehungen bis zu welchem Grad ein Staat die Normen, Prinzipien und Regel, denen er durch seine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen oder aufgrund seiner Ratifizierung eines

⁵⁵ Vgl. Yang (2012): 15.

⁵⁶ Vgl. Yang (2012): 7f.

⁵⁷ Yang (2012): 18. Originalwortlaut des Zitats: „生态环境的恶化和越来越频繁的极端气候事件，让中国政府不得不采取必要的措施，维系国家的永续发展。“

⁵⁸ Vgl. Yang (2012): 10.

internationalen Abkommens gegenübersteht, in die Tat umgesetzt beziehungsweise aktiv realisiert. „Kooperation“ als breiter gefasstes politisches Konzept kann als Zusammenarbeit, gemeinsames Handeln, aber auch als gegenseitige Unterstützung verstanden werden, während Kent das Konzept in Verbindung mit ihrer Analyse internationaler Regime eher als Handeln eines Staates versteht, welches dem Zweck des jeweiligen Regimes oder Abkommens förderlich und nicht hinderlich ist.⁵⁹ Während sich Politikwissenschaftler in der Forschung der internationalen Beziehungen oftmals des Konzepts der „*Compliance*“ bedienen⁶⁰, geht Kent einen Schritt weiter und versucht darüber hinaus zu erörtern, inwiefern internationale Organisationen und die damit verbundenen Abkommen China nicht nur dazu bewegen bzw. bewegen haben internationale Normen und Regeln einzuhalten, sondern tatsächlich auch mit anderen Staaten und internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten, um so eine umfassendere Basis für die Prüfung einer Verinnerlichung internationaler Normen Chinas zu erhalten.⁶¹ Hierfür überprüft Kent in einem Vergleichszeitraum von 1980 bis 2005 zunächst die Bereitschaft der Volksrepublik China, internationale Abkommen zu ratifizieren und die damit verbundenen Normen auch im Rahmen nationaler gesetzlicher Regelungen zu implementieren, um daraus Erkenntnisse hinsichtlich Chinas Kooperation gewinnen zu können.⁶² Aus ihren Untersuchungen schlussfolgert Kent: „[...] while China normally ‘complies’ with international norms and rules, it has often not cooperated with them.“⁶³ Während Kent für den Bereich der Menschenrechte im Vergleichszeitraum von 1980 bis 2005 nur eine sehr schwach ausgeprägte „*Compliance*“ Chinas konstatieren kann, zeigt die Volksrepublik im internationalen Sicherheitsregime ein sehr hohes Maß „*Compliance*“. Weniger ausgeprägt ist jedoch Chinas Grad „Kooperation“, was sich vor allem an der der fehlenden Bereitschaft der VR China zeigt, umfassende Kontrollen durchzuführen und sich an freiwilligen Vereinbarungen zu beteiligen. Gründe hierfür sieht Kent vor allem in den außenpolitischen Prinzipien der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in nationale Angelegenheiten.⁶⁴ Ähnliche Ergebnisse ergeben sich auch für Chinas Verhalten im internationalen Währungsfond und im Umweltprogramm der Vereinten Nationen, wengleich Kent hinsichtlich Chinas Verhandlungsposition im internationalen Klimaregime, abgesehen von Chinas „*Compliance*“ mit der

⁵⁹ Vgl. Kent (2007): 17.

⁶⁰ Vgl. Economy/Oksenberg (1999); vgl. Johnston/Ross (1999).

⁶¹ Vgl. Kent (2007): 4.

⁶² Vgl. Kent (2007): 221.

⁶³ Kent (2007): 5.

⁶⁴ Vgl. Kent (2007): 223ff.

Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll, auch den Beginn einer „Kooperation“ mit den Zielen des Protokolls, vor allem unter Berücksichtigung der Umsetzung klimaschützender Maßnahmen im Rahmen nationaler Programme, feststellt.⁶⁵ Eine Erklärung für derartige Verhaltensveränderungen sieht Kent in einer Interessensverschiebung und der Inkaufnahme der durch internationale Kooperation entstehenden Kosten zum Nachteil der nationalen Entwicklung.⁶⁶

Auch Johnston geht bei der Untersuchung des Verhaltens Chinas in der internationalen Sicherheitspolitik von einer Neudefinition außenpolitischer Interessen aus. Seiner sozialkonstruktivistischen Herangehensweise liegt das aus der Soziologie und Sozialpsychologie stammende Konzept der Sozialisation zugrunde, welches er auf den Bereich der *Internationalen Beziehungen* anwendet. Dabei geht er von einem kognitiven Prozess der Argumentation, Reflexion und Akzeptanz der Sinnhaftigkeit bestimmter Normen aus, einem Lernprozess also, innerhalb welchem Staaten Normen verinnerlichen und sich basierend darauf staatliche Identitäten aus der sozialen Interaktion im internationalen System ergeben.⁶⁷ Johnston nimmt an, dass sich staatliche Interessen und Identitäten durch die Einbindung in internationale Institutionen verändern und sich so auch eine Veränderung des staatlichen Handelns im internationalen System ergibt.⁶⁸ Seine Entscheidung in diesem Rahmen das außenpolitische bzw. internationale Verhalten Chinas zu untersuchen, ergibt sich für Johnston zum einen aus der Tatsache, dass Chinas internationale Integration noch sehr jung ist, zum anderen aber auch daraus, dass Chinas internationales Auftreten in sicherheitspolitischen Angelegenheiten über weite Strecken realpolitisch motiviert ist und sich deshalb am Beispiel der Volksrepublik eine Sozialisation leicht beobachten ließe.⁶⁹ Besondere Aufmerksamkeit widmet Johnston im Rahmen seiner Analyse einer veränderten Sicherheitspolitik Chinas für den Zeitraum ab den 1980er- Jahren bis in das Jahr 2000 dem ASEAN *Regional Forum* (ARF), sowie mehreren Rüstungskontrollregimes wie beispielsweise der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen.⁷⁰ Auf Basis quantitativer sowie qualitativer Analysen stellt Johnston grundlegend fest, dass sich China im internationalen sicherheitspolitischen Diskurs seit Beginn der 1980er Jahre zunehmend internationaler, aus der westlichen Welt stammender Konzepte bediente, um

⁶⁵ Vgl. Kent (2007): 225.

⁶⁶ Vgl. Kent (2007): 228.

⁶⁷ Vgl. Johnston (2008): 22.; 42.

⁶⁸ Vgl. Johnston (2008): 32.

⁶⁹ Vgl. Johnston (2008): 32.

⁷⁰ Vgl. Johnston (2008): xxvi.

den eigenen Standpunkt darzulegen. Johnston zufolge spricht dieser Umstand nicht nur für eine veränderte Haltung der Volksrepublik, sondern gleichzeitig für eine kooperativere Einstellung Chinas in der globalen Sicherheitspolitik, wobei die Erklärung in einem Lernprozess liegt, den China seit den 1980er Jahren durchlaufen hat und durch den die politischen Entscheidungsträger die sicherheitspolitischen Interessen des Landes neu definierten.⁷¹ Auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll ein Verhaltenswandel Chinas im internationalen Klimaregime mithilfe eines sozialkonstruktivistischen Ansatzes erklärt werden.

4 Theoretischer Rahmen

Ein außenpolitischer Wandel eines Staates kann verschiedene Ursachen haben. Während der Neorealismus nach Waltz davon ausgeht, dass Staaten in ihren außenpolitischen Handlungen objektiv rationalen Mustern folgen, also als rationale Akteure im internationalen System eine klare Präferenzordnung verfolgen und aufgrund ihres Sicherheitsbestrebens stets versuchen, ihre Macht gegenüber anderen internationalen Akteuren auszubauen, um das Überleben des eigenen Staates zu sichern, versucht der Sozialkonstruktivismus politische Handlungsmuster als Ergebnis einer sozialen Situation beziehungsweise einer vorherrschenden sozialen Struktur zu begreifen. Aus sozialkonstruktivistischer Perspektive sind Staaten die entscheidenden Akteure im internationalen System, die jedoch nicht zwingend rational handeln, sondern – basierend auf gemeinsamen Auffassungen und Wertvorstellungen aber auch wechselseitigen Erwartungen – miteinander interagieren.⁷² Konkreter gesagt folgen Akteure also nicht rationalen Verhaltensmustern, sondern individuellen Handlungslogiken, die sich aus den sozialen Strukturen ergeben, denen die Akteure ausgesetzt sind. Staaten sind also vielmehr regelgeleitet, d.h. Normen und Regeln sind die Basis ihres Handelns.⁷³ Als Normen werden hier Erwartungen an ein angemessenes Verhalten verstanden, die von einer Gruppe von Akteuren geteilt werden.

Einer der prominentesten Vertreter des strukturellen Konstruktivismus ist Alexander Wendt. Seinem Verständnis internationaler Beziehungen nach sind staatliche Interessen weder exogen vorgegeben noch stabil, sondern durch internationale Institutionen veränderbar. Wendt zufolge liegen staatlichen Interessen Identitäten zugrunde,

⁷¹ Vgl. Johnston (2008): 197f.

⁷² Vgl. Auth (2015): 192.

⁷³ Vgl. Ulbert (2010): 446.

durch die die jeweiligen Interessen der Akteure bestimmt werden und aus denen sich Interessen erst herausbilden.⁷⁴ Ein Identitätswandel kann also die Sichtweise eines Akteurs auf eine bestimmte Situation verändern und wiederum eine Interessensverschiebung, was das außenpolitische Handeln eines Staates betrifft, bewirken.⁷⁵ Der heuristische Anspruch der Theorie liegt darin, zu erklären, warum Staaten dauerhafte Verhaltensmuster an den Tag legen oder ihr Verhalten gegebenenfalls auch ändern. Entscheidend ist hierbei die Annahme, dass sich Identitäten und Interessen von Staaten aus dem Interaktionsprozess im internationalen System ergeben. Ausgehend von gegenseitigen Rollenzuschreibungen und der Wahrnehmung der Interaktionspartner untereinander nehmen Staaten nicht nur ihre Interaktionspartner sowie deren Interessen wahr, sondern entwickeln auch eine Vorstellung von sich selbst, von ihrer Rolle im internationalen System. Als Konsequenz definieren Staaten schließlich ihre Interessen.⁷⁶ Interagieren Staaten dauerhaft auf Grundlage dieser Selbst- und Rollenverständnisse, verfestigen sich auch ihre Identitäten und Interessen zusehends, wodurch wiederum Erwartungen der einzelnen Akteure aneinander hervorgerufen und infolgedessen auch bestimmte Handlungsmuster erzeugt werden. Eine Verfestigung dieser Verhaltensweisen hängt jedoch von der Stabilität des rollenspezifischen Verständnisses der einzelnen Akteure von sich selbst und den daraus resultierenden angemessenen Verhaltensweisen gegenüber anderen Staaten einerseits, sowie den Erwartungshaltungen, die das internationale System an sie stellt, andererseits, ab. Ändern sich jedoch die Verhaltenserwartungen oder durchlaufen Staaten aufgrund neuer Gegebenheiten eine Art Lernprozess, kann dies in ein kritisches Hinterfragen ihres eigenen Selbstverständnisses und infolgedessen auch in eine Identitäts- und Interessensverschiebung münden.⁷⁷ Identitätsbildung erfolgt also auf Basis einer Begegnung mit und Wahrnehmung durch andere Staaten. Die mit dem Identitätswandel verbundenen neuen Rollenverständnisse, die sich als Konsequenz veränderter Vorstellungen, Selbsteinschätzungen und Wahrnehmungen ergeben, ersetzen schließlich bis dato stabile Organisationen und institutionalisieren sich. So ordnen Staaten aufgrund eines Lernprozesses die Reihenfolge ihrer Präferenzen bzw. Interessen neu und ersetzen beispielsweise ihre ursprünglich machtpolitischen Interessen durch eine kooperativere Haltung und damit verbundene Maßnahmen. Es kommt also zu einer Loslösung von bisherigen Rollen- und Selbstverständnissen, die mit einer kritischen Auseinandersetzung mit den bisher

⁷⁴ Vgl. Ulbert (2010): 437.

⁷⁵ Vgl. Ulbert (2010): 441.

⁷⁶ Vgl. Auth (2015): 194.

⁷⁷ Vgl. Auth (2015): 193.

vertretenen Ansichten und Wirklichkeitsvorstellungen einhergeht. Die daraus resultierende veränderte Selbst- und Außendarstellung bzw. die veränderte Identität wird zur Grundlage ihrer neuen Handlungspraxis.⁷⁸ Der Sozialkonstruktivismus versucht also herauszuarbeiten, unter welchen Bedingungen Staaten ihre Verhaltensweisen verändern, wie ein Strukturwandel in den internationalen Beziehungen zustande kommt, aber auch wie sich eine strukturelle Veränderung auf die Staaten und ihre Interaktion auswirkt. Eine andere theoretische Basis für eine sozialkonstruktivistische Außenpolitikanalyse, welche auch den theoretischen Rahmen der vorliegenden Arbeit bilden soll, lieferte Kalevi J. Holsti 1970 bereits Jahre vor der Begründung des strukturellen Sozialkonstruktivismus durch Alexander Wendt mit seiner „*Role Theory*“, die auf dem Konzept „nationaler Rollen“ basiert und versucht, außenpolitisches Handeln durch die Rollen, die einzelne Staaten im internationalen System spielen, zu erklären. In seinem bahnbrechenden Aufsatz „*National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy*“ bedient sich Holsti zunächst der Theorie des „sozialen Selbst“ (*Social Self*) von George Herbert Mead, einem US-amerikanischen Soziologen, aus dem Jahre 1934. Mead untersuchte die Wirkung externer Einflüsse, denen das „Selbst“ in der Interaktion mit seinem Umfeld ausgesetzt ist, auf das individuelle Selbstverständnis. Er geht davon aus, dass soziale Interaktion erst das „Selbst“ hervorbringt, also Individualität von sozialer Interaktion abhängig ist und beeinflusst wird.⁷⁹

Grundlage für Holstis *Role Theory* als Erklärungsrahmen für außenpolitisches Handeln bildet die Rollentheorie der Soziologie, die aus den Rollenkonzepten Ralph Lintons oder auch Talcott Parsons der 1920er und 30er Jahre hervorging.⁸⁰ Grundannahme dieser Theorie ist es, dass Individuen in verschiedenen Subsystemen handeln, je nachdem in welchem Umfeld sie sich bewegen, und in jedem dieser Subsysteme eine bestimmte Position besetzen. Jede dieser Positionen ist wiederum mit bestimmten Erwartungen verbunden, die von den Mithandelnden in diesem System an den Inhaber der Position gerichtet werden. Das Handeln, das sich aus diesen Positionen ergibt, wird in der Rollentheorie als soziale Rolle bezeichnet. Rollen sind also durch Erwartungen definiert, die an den Inhaber einer bestimmten Position gerichtet werden.⁸¹ Ausgehend von der soziologischen Rollentheorie betrachtet Holsti also „Rolle“ als Konzept, welches sich auf ein bestimmtes Verhalten, auf Entscheidungen und

⁷⁸ Vgl. Auth (2015): 197.

⁷⁹ Vgl. Morris (1934): 158.

⁸⁰ Vgl. Biddle (2013): ix.

⁸¹ Vgl. Biddle (2013): 5.

Handlungen bezieht, als sogenannte *role performance*, die er von den *role prescriptions*, nämlich den Normen und Erwartungen, die Individuen von Kulturen, Institutionen und Gesellschaften auferlegt werden, trennt. Basierend darauf und in Anlehnung an Meads Annahmen geht Holsti von einem Zusammenspiel dieser *role prescriptions* und der *role performance* eines Akteurs aus.⁸² Die herausragende Leistung Holstis besteht in der Übertragung der soziologischen Rollentheorie auf die Außenpolitikanalyse. Holsti geht zunächst ebenfalls davon aus, dass die *role performance* eines Staates beziehungsweise dessen Regierung zwar durch *role prescriptions*, also Erwartungen an einen Staat im internationalen System, bedingt ist, darüberhinaus aber mit dem eigenen Verständnis und den Vorstellungen der politischen Entscheidungsträger hinsichtlich der Rolle ihres Staates im internationalen System, den sogenannten *national role conceptions*, zu erklären ist. Holstis *Role Theory* zufolge sind deshalb folgende vier Konzepte grundlegend für die Außenpolitikanalyse: (1) *role performance*, die sowohl Haltungen als auch Entscheidungen und außenpolitische Handlungen von Regierungen umfasst, (2) durch politische Entscheidungsträger selbstdefinierte *national role conceptions*, (3) *role prescriptions*, die durch das internationale System vorgegeben werden und (4) *status*, ein Konzept, das Holsti als Äquivalent zum soziologischen Begriff der „Position“ verwendet und damit den Rang eines Staates im internationalen System beschreibt.⁸³ Das folgende Schaubild verdeutlicht den Zusammenhang der verschiedenen Konzepte nochmals.

⁸² Vgl. Holsti (1970): 239.

⁸³ Vgl. Holsti (1970): 240ff.

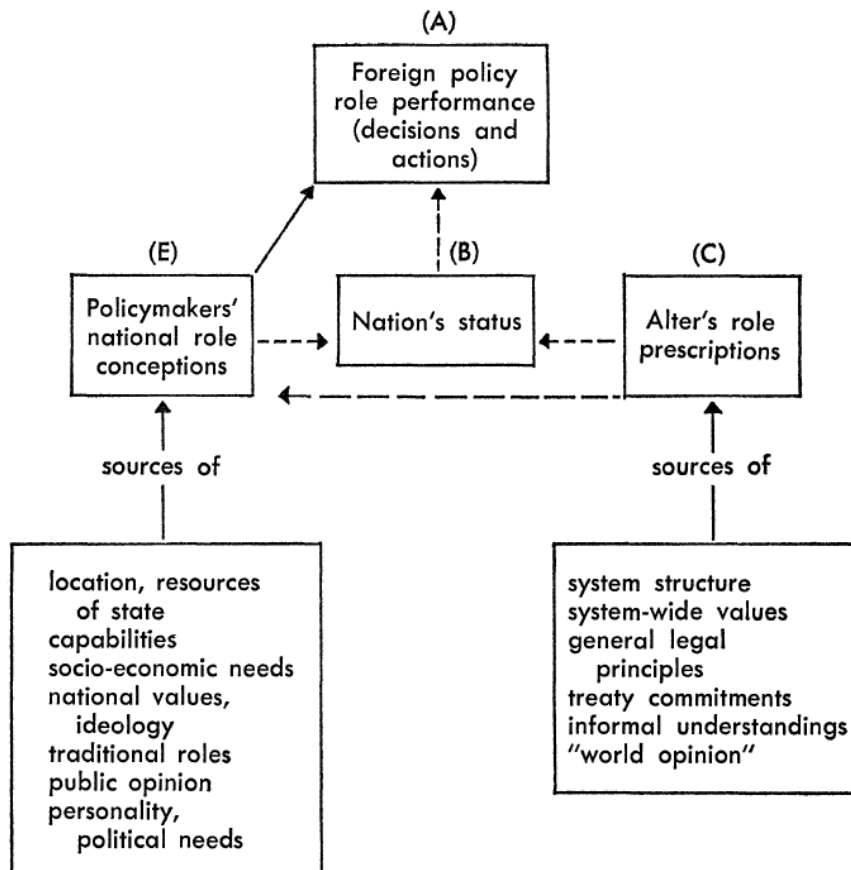


Abbildung 3: Role Theory und Außenpolitik: National Role Conceptions und Prescriptions als unabhängige Variablen⁸⁴

Als *national role performance* beschreibt Holsti das außenpolitische Verhalten von Regierungen im Allgemeinen, welches sowohl Entscheidungen, Reaktionen, Verpflichtungen und Zusagen als auch politische Haltungen mit einschließt. Basierend auf der soziologischen Definition von „sozialen Rollen“ versteht Holsti diese Verhaltensmuster deshalb als „nationale Rollen“. *National role conceptions* versteht Holsti hingegen als eigene Definition der Angemessenheit von Entscheidungen, Reaktionen oder Verpflichtungen und der Aufgaben, die ein Staat im internationalen System durch die politischen Entscheidungsträger eines Staates erfüllen soll. Basis solcher *role conceptions* können politische oder sozioökonomische Bedürfnisse eines Staates, die nationale öffentliche Meinung, ideologische Konzepte und nationale Werte sowie auch traditionelle Rollen sein. *Mediator*, *Regional Leader* oder *Stabilisator* können als typische Beispiele für derartige *role conceptions* genannt werden.⁸⁵ Diese *national role conceptions* einzelner Staaten stützen sich wiederum auf *role prescriptions* aus der externen Umwelt, dem internationalen System, im Rahmen dessen sich staatliches außenpoli-

⁸⁴ Vgl. Holsti (1970): 245.

⁸⁵ Vgl. Holsti (1970): 245f.

tisches Handeln ereignet. *Role prescriptions* können als eine Art von Vorschriften begriffen werden, die sich sowohl aus der Struktur des internationalen Systems, aus den Werten, Normen und Prinzipien, die in einem System vorherrschen, als auch aus Regelungen, Traditionen und Erwartungen anderer Staaten an einen einzelnen Staat ergeben, die wiederum in multilateralen oder bilateralen Verträgen, Konventionen oder der Weltöffentlichkeit begründet liegen können.⁸⁶ Auch wenn Holsti den Einfluss von *role prescriptions* auf *national role conceptions* und damit auf außenpolitisches Handeln berücksichtigt, weist er dennoch darauf hin, dass der Grad des Einflusses äußerer Erwartungshaltungen auf die Herausbildung von *national role conceptions* situativ bedingt ist.⁸⁷ Holstis *Role Theory* als theoretisches Instrument der Außenpolitikanalyse zufolge stellt die *role performance* also die abhängige Variable da, die sich in Abhängigkeit von den *role prescriptions* und den *national role conceptions* verändert. Wendet man Holstis *Role Theory* als theoretischen Rahmen auf die eingangs erläuterte Problematik und die daraus resultierende Fragestellung an, ist zunächst das abweichende Verhalten der VR China bei der Vertragsstaatenkonferenz auf Bali im Jahr 2013 als *role performance* zu sehen, also als Ausprägung des außenpolitischen Verhaltens der VR China. Ausgehend von Holstis Annahme, dass *role prescriptions*, die sich aus dem internationalen System ergeben, einerseits die *national role conceptions*, die von den politischen Entscheidungsträgern definiert werden, beeinflussen, und die *role performance* wiederum durch diese *national role conceptions* bedingt ist, kann an diesem Punkt an die eingangs formulierte Hypothese angeknüpft werden. Nimmt man an, dass sich die Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime durch Chinas Fremdwahrnehmung durch die anderen Staaten verändert hat, kann man nun die *role prescriptions* als Fremdwahrnehmung Chinas begreifen bzw. als Erwartungen an China im internationalen Klimaregime, die sich aus der Fremdwahrnehmung ergeben. Die Selbstwahrnehmung Chinas wiederum kann mit Holstis Konzept der *national role conceptions* gleichgesetzt werden, also der Rollenvorstellungen, anhand derer die politischen Entscheidungsträger Chinas über die Aufgaben und Verpflichtungen entscheiden, die die Volksrepublik im internationalen System im Allgemeinen sowie im Rahmen des internationalen Klimaregimes im Speziellen erfüllen soll. Eine von der Theorie abgeleitete Hypothese könnte deshalb folgendermaßen lauten: Durch die *role prescriptions* haben sich die *role conception* Chinas und in Abhängigkeit davon auch die *role performance* der Volksrepublik im internationalen Klimaregime verändert. Die *role perfor-*

⁸⁶ Vgl. Holsti (1970): 246.

⁸⁷ Vgl. Holsti (1970): 246.

mance, also Chinas abweichendes Verhalten bei der Klimakonferenz auf Bali, ist demnach das Produkt einer veränderten Selbstwahrnehmung Chinas im Hinblick auf den globalen Klimaschutz.

5 Methode

Um sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung der Volksrepublik China im internationalen Klimaregime und deren Wechselwirkung analysieren zu können, ist eine Auswertung zahlreicher Dokumente notwendig. Aus diesem Grund wird eine qualitative Inhaltsanalyse das methodische Konstrukt dieser Arbeit bilden. Die qualitative Inhaltsanalyse wurde vor allem von Philipp Mayring seit den 1980er-Jahren entwickelt und findet überwiegend auf dem Gebiet der Analyse von Interviews Anwendung, wird jedoch beispielsweise auch für Untersuchungen von Argumentationsmustern verwendet. In Anlehnung an Mayrings, aber auch an Johnny Saldañas⁸⁸ Herangehensweisen an eine qualitative Inhaltsanalyse, sollen die verwendeten Dokumente inhaltlich strukturiert werden, das heißt bestimmte Themen, Inhalte und Aspekte, die vermehrt auftreten, aus dem Material herausgefiltert und unter Berücksichtigung der Forschungsfrage in Kategorien zusammengefasst werden. Im vorliegenden Fall sollen die Fremd- und Selbstwahrnehmung Chinas in der internationalen Klimapolitik näher untersucht werden und mithilfe einer inhaltlichen Strukturierung wiederkehrende Forderungen und Argumentationsmuster, sowohl was die Erwartungen an China betrifft als auch im Hinblick auf Chinas eigene Wahrnehmung seiner Rolle bezüglich des globalen Klimaschutzes, extrahiert werden. Als eine Art der qualitativen Inhaltsanalyse soll in der vorliegenden Arbeit die Methode der Kodierung angewendet werden. Kodierung als eine Form der Textanalyse meint die Verdichtung beziehungsweise Zusammenfassung des aussagekräftigsten analysierten Materials in Datenbündel beziehungsweise übergeordnete Kategorien, die im Sinne der Fragestellung interpretiert werden können.⁸⁹ Dabei sind die Kategorien im Rahmen dieser Arbeit nicht vordefiniert, sondern ergeben sich induktiv aus der Dokumentenanalyse. Die sich im Zuge der Analyse ergebenden Kategorien sollen schließlich den empirischen Teil der Arbeit bilden und verbunden mit konkreten Textpassagen aus den untersuchten Dokumenten die Fremd- bzw. Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klima-

⁸⁸ Vgl. Saldaña (2009).

⁸⁹ Vgl. Miles et al. (2014): 72f.

regime beschreiben. Zu diesem Zweck soll der empirische Teil dieser Arbeit zweigeteilt sein, nämlich zum einen in die Fremdwahrnehmung Chinas durch die internationale Gemeinschaft und zum anderen in die Selbstwahrnehmung Chinas in der internationalen Klimapolitik. An dieser Stelle sollen Fremd- und Selbstwahrnehmung zunächst näher definiert werden. Unter Fremdwahrnehmung sollen in der vorliegenden Arbeit vor allem die Erwartungen anderer Staaten an China im internationalen Klimaregime, aber auch die Wahrnehmung der Klimasituation beziehungsweise der Verantwortung, die China im Hinblick auf den Klimawandel trägt, verstanden werden. Fremdwahrnehmung also im Sinne der Rolle, die China durch das internationale System zugeschrieben wird und die daraus entstehenden Forderungen an die Volksrepublik in Bezug auf ihr klimapolitisches Handeln – sowohl international als auch national. Selbstwahrnehmung soll im Umkehrschluss deshalb als Chinas eigene Wahrnehmung was seine Rolle, seine Verantwortung und seine damit verbundenen Pflichten betrifft, verstanden werden, wobei Chinas Verhandlungsposition im Rahmen internationaler Klimakonferenzen sowie der politische Output in Form von nationalen Programmen als auch internationalen Verpflichtungen als Ausdruck dieser Selbstwahrnehmung begriffen werden kann. Die Inhaltsanalyse im Hinblick auf Fremd- und Selbstwahrnehmung soll dabei für den Zeitraum von 2007, also seit der Klimakonferenz auf Bali, bis 2015 erfolgen, wobei für beide Kapitel der empirischen Untersuchung eine Unterteilung des untersuchten Zeitraums in drei Zeitabschnitte, nämlich von 2007 bis 2009, von 2010 bis 2012 und von 2013 bis 2015 erfolgen wird. Grund hierfür ist die Notwendigkeit einer zeitlichen Vergleichbarkeit der Fremd- und Selbstwahrnehmung, die im Hinblick auf eine Schlussfolgerung über Einflüsse externer Erwartungen auf das klimapolitische Selbstverständnis und Verhalten Chinas notwendig ist. Dabei stehen jedoch weniger die Klimakonferenzen und deren Ergebnisse an sich im Vordergrund, sondern vielmehr die Erwartungen an China im Vorfeld der Konferenzen sowie Chinas eigene Haltung und Positionierung im Hinblick auf den Klimaschutz in diesen Zeiträumen. Unter dem Kapitel „Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime“ sollen zunächst vor allem die Erwartungshaltungen der USA, der EU, insbesondere Deutschlands, sowie der AOSIS und der LDC analysiert werden. Diese Wahl soll an dieser Stelle kurz erklärt werden. Wie bereits beschrieben stiegen die USA 2001 aus dem Kyoto-Protokoll aus und verweigerten eine Ratifizierung des Protokolls solange Schwellenländer wie China und Indien nicht ebenfalls verbindliche Verpflichtungen eingingen. Aus diesem Grund kann erwartet werden, dass die Vereinigten Staaten auch in den Klimaverhandlungen bzw. im Vorfeld der

internationalen Klimakonferenzen, im Rahmen derer seit 2007 über ein Nachfolgeprotokoll, welches sowohl Industrie- als auch Schwellen- und Entwicklungsländer in die Pflicht nimmt, verhandelt wird, sehr klare Forderungen an die VR China stellt. Auch die Europäische Union und Deutschland sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Als treibende Kraft in Sachen globaler, regionaler und nationaler Klimaschutz sowie im Hinblick auf ein neues internationales Abkommen, das alle Staaten – unabhängig von ihrem Entwicklungsstand – zu angemessenen Beiträgen zum internationalen Klimaschutz verpflichten soll, sollte die Erwartungshaltung der EU allgemein, vor allem aber auch Deutschlands, an Schwellenländer wie China klar definiert sein. Was die Wahl der Erwartungen der AOSIS und der LDC betrifft ist damit zu begründen, dass sich die Gruppe der 77 und China in den letzten Jahren zusehends in verschiedene Blöcke aufspaltet, darunter die BASIC-Staaten, aber eben auch die Allianz der kleinen Inselstaaten sowie die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder, die besonders vom Klimawandel betroffen sind. Auch wenn sich AOSIS und LDC weiterhin mit der Gruppe 77 und China solidarisieren, können doch veränderte Erwartungen an China, den größten CO₂-Emittenten der Welt und damit einen der Hauptverantwortlichen für den fortschreitenden Klimawandel, durch diese Staaten erwartet werden. Als Basis für die Analyse der Fremdwahrnehmung Chinas durch die eben aufgeführten Staaten und Gruppierungen sollen vor allem Statements der jeweiligen Regierungen und Verhandlungsgruppen sowie deren Positionspapiere im Hinblick auf die Klimakonferenzen dienen, aus denen explizite und implizite an China gerichtete Forderungen extrahiert werden sollen. Neben der Erwartungshaltung von Staaten sollen auch Forderungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit in die Analyse einfließen, da diese aufgrund der staatlichen Unabhängigkeit der NGOs sehr direkt sein dürften. Hierbei werden neben anderen vor allem die Positionen des *World Wide Fund for Nature* (WWF) und *Greenpeace* näher betrachtet, die regelmäßig Positionspapiere mit ihren Erwartungen an die internationalen Klimaverhandlungen und die daran teilnehmenden Staaten veröffentlichen.

Im Anschluss an die Darstellung der Fremdwahrnehmung Chinas soll in einem zweiten Kapitel die Selbstwahrnehmung der Volksrepublik in der internationalen Klimapolitik durch die politischen Entscheidungsträger beleuchtet werden. Mithilfe der Methode der Kodierung, aber auch mit einer allgemeineren Diskursanalyse sollen die Argumentationsmuster der VR China für die bereits unter dem Kapitel „Fremdwahrnehmung“ angewendeten Zeiträume herausgearbeitet werden, in der Erwar-

tung, eine Veränderung in der Positionierung Chinas über die betrachtete Zeitspanne hinweg feststellen zu können. Im Fokus der Analyse sollen dabei die Fragen stehen, wie China die Klimasituation allgemein bewertet, inwieweit sich China als Teil des internationalen Klimaregimes weiterhin auf traditionelle klimapolitische Prinzipien wie das der „*common but differentiated responsibility*“ oder jenes der historischen Verantwortung der Industriestaaten bezieht, sich also weiterhin in einer Opferrolle begreift. Basierend auf diesen Fragen sollen sich mittels Kodierung des verwendeten Materials so Kategorien im Hinblick auf Chinas Selbstwahrnehmung ergeben, die anschließend im Sinne der Fragestellung interpretiert werden sollen. Gleichzeitig soll aus der Analyse hervorgehen, inwieweit sich über den Zeitraum von 2007 bis 2015 eine Verhaltensveränderung Chinas im Hinblick auf den globalen Klimaschutz bzw. eine veränderte Position der politischen Entscheidungsträger hinsichtlich Chinas Verantwortung als größter CO₂-Emittent und eine damit verbundene Bereitschaft, sich aktiv am Kampf gegen den Klimawandel zu beteiligen, erkennen lässt. Für die Analyse der Selbstwahrnehmung werden sowohl Statements der chinesischen Regierung, des chinesischen Umweltministeriums und weiterer politischer Entscheidungsträger als auch nationale Klima- bzw. Umweltprogramme, Politiken und Weißbücher zum Thema herangezogen. Abgesehen von der Analyse der Statements, die an die internationale Gemeinschaft gerichtet sind, soll durch die Betrachtung der nationalen Bemühungen eine Neupositionierung der VR China in Hinblick auf den Klimaschutz festgestellt werden. Nicht zuletzt sollen, abgesehen von der 13. Vertragsstaatenkonferenz auf Bali, als Ausgangspunkt der Analyse über die qualitative Inhaltsanalyse hinaus auch einzelne Klimakonferenzen bzw. die Zugeständnisse Chinas während dieser Konferenzen betrachtet werden, um eine veränderte Selbstwahrnehmung Chinas weiter untermauern zu können. Ziel ist es, zu zeigen, dass sich die Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime seit 2007 verändert hat und diese Neupositionierung im internationalen Klimaregime durch die Fremdwahrnehmung Chinas hinsichtlich seiner Verantwortung für den Klimawandel bzw. Klimaschutz bedingt ist.

6 Empirie

6.1 Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime

Der Fokus der internationalen Klimaverhandlungen liegt seit Verabschiedung der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls auf der Diskussion darüber, welche Staaten Verantwortung für die Erderwärmung und den Klimawandel tragen und deshalb internationale Verpflichtungen eingehen müssen – eine Diskussion, die auch den Wandel des internationalen Systems und die damit einhergehenden Gewichtsverschiebungen berücksichtigt. In diesem Zusammenhang spielen vor allem verbindliche Emissionsreduktionsziele für die verantwortlichen Staaten aber auch die Form und der Verpflichtungsradius eines Nachfolgeabkommens des Kyoto-Protokolls eine Rolle, dessen erste Verpflichtungsperiode den Zeitraum von 2008 bis 2012 umfasst. Auch Chinas Rolle im Hinblick auf den globalen Klimaschutz und die damit verbundenen internationalen Erwartungen an die Volksrepublik im internationalen Klimaregime unterliegen einem Wandel und spiegeln eine veränderte Realität wieder. Die traditionelle Erwartungshaltung bzw. Fremdwahrnehmung Chinas kann sowohl an der Klimarahmenkonvention als auch am Kyoto-Protokoll und deren Prinzipien abgelesen werden. Aufgrund der Tatsache, dass China im Rahmen der UNFCCC von allen Vertragsparteien, darunter insbesondere auch den Industrieländern, als Nicht-Annex I- Staat und damit als Entwicklungsland eingestuft und anerkannt wurde und dementsprechend auch keine Erwartungen bzw. Forderungen hinsichtlich verbindlicher Emissionsreduktionsverpflichtungen an China erhoben wurden, kann für die Anfangsphase der internationalen Klimaverhandlungen von einer Akzeptanz und Wahrnehmung Chinas einerseits als Entwicklungsland, andererseits aber auch als Leidtragendem und Opfer des Klimawandels ausgegangen werden. Eine möglicherweise veränderte Wahrnehmung und Erwartungshaltung an die Volksrepublik zeigte sich erstmals mit dem Austritt der USA aus dem Kyoto-Protokoll 2001, dem eine Forderung der Verpflichtung von Entwicklungsländern wie China zu Emissionsreduktionszielen zugrunde lag. Den Vereinigten Staaten zufolge scheint sich China im 21. Jahrhundert also scheinbar nicht mehr in einer Opferrolle zu befinden, sondern vielmehr eine internationale Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel zu tragen. Einhergehend mit der Tatsache, dass China seit 2007 die Liste der weltweit größten CO₂-Emittenten anführt, können auch von anderen Staaten im internationalen System bzw. von der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen eine veränderte Wahrnehmung Chinas und damit verbundene Forderungen an die

Volksrepublik erwartet werden. Nach einer qualitativen Inhaltsanalyse soll nun die Fremdwahrnehmung Chinas, wie bereits im Methodenkapitel beschrieben, dargestellt werden.

6.1.1 Von Bali bis Kopenhagen – Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2007-2009

Was die Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime betrifft, zeichneten sich besonders im Fall der USA schon früh eine veränderte Rollenwahrnehmung Chinas und damit veränderte Erwartungshaltungen ab. Was den Zeitraum der Jahre 2007 bis 2009 betrifft, verharren die USA in ihrer bereits 2001 mit dem Austritt aus dem Kyoto-Protokoll bekräftigten Position, den globalen Klimaschutz als gemeinsame Pflicht der Weltgemeinschaft zu betrachten und dementsprechend auch Verpflichtungen für Entwicklungsländer zu fordern.⁹⁰ Während die internationale Gemeinschaft besonders das Prinzip der „*common but differentiated responsibility*“ im traditionellen Sinne, d.h. ohne verbindliche Emissionsreduktionsverpflichtungen für Entwicklungsländer, sondern vor allem die historische Verantwortung der Industrieländer als Anhaltspunkt für rechtlich bindende Emissionsziele als grundlegend für internationale Klimaverhandlungen erachtet, nehmen die Vereinigten Staaten diese Unterscheidung der Verantwortung von Entwicklungs- und Industrieländern, wie sie in der Klimarahmenkonvention festgeschrieben ist, bereits 2007 nicht mehr vor. Vielmehr liegt die Verantwortung für den Klimawandel und damit auch den globalen Klimaschutz Ex-Präsident George W. Bush zufolge bei den größten Emittenten der Welt, unabhängig vom Entwicklungsstand der jeweiligen Staaten.⁹¹ Chinas Rolle beschreibt Bush in diesem Zusammenhang folgendermaßen: „*Countries like China [...] are experiencing rapid economic growth. [...] This also means that they are emitting increasingly large quantities of greenhouse gases – which has consequences for the entire global climate.*“⁹² Im Falle Chinas also sind für die USA zudem die rasante Wirtschaftsentwicklung und die damit verbundenen hohen Emissionsmengen Chinas entscheidend in Bezug auf eine internationale Verpflichtung zu Emissionsreduktionen. Auch wenn die USA anerkennen, dass Länder wie China trotz ihrer wirtschaftlichen

⁹⁰ Vgl. Bush (2007).

⁹¹ Vgl. Bush (2007).

⁹² Bush (2008).

Entwicklung nicht die gleichen Voraussetzungen wie etwa Industrieländer genießen⁹³ und deshalb vor allem Technologietransfer als eine unbedingte Notwendigkeit einer globalen Bekämpfung des Klimawandels erachten⁹⁴, so ist die Verantwortung Chinas ihrer Meinung nach dennoch keine geringere. Zwar erkennen die USA eine eigene historische Verantwortung für den Klimawandel durchaus an, eine faire Lösung im Sinne des globalen Klimaschutzes hängt für Ex-Präsident Bush jedoch größtenteils von einer Einbindung Chinas in ein verpflichtendes internationales Regelwerk ab. Demzufolge fordert er bereits 2008 keine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls nach 2012, sondern ein umfassendes neues Klimaabkommen, welches vor allem Schwellenländer in die Pflicht nimmt.⁹⁵ Auch John McCain, US-amerikanischer Politiker an der Seite George W. Bushs und Senator für den Bundesstaat Arizona, betont im Jahr 2008, dass es nur eine umfassende und globale Lösung für den Klimawandel geben kann, die in besonderem Maße die wichtigsten Volkswirtschaften und größten CO₂-Emittenten der Welt wie China miteinschließt. *„In addressing the problem of climate change, cooperation from the government of China will be essential. [...] Shared dangers are shared duties, and global problems require global cooperation.”*⁹⁶ Damit geht auch der Vorwurf McCains einher, dass China bis zu diesem Zeitpunkt nicht empfänglich für eine internationale Lösung bzw. eine Übernahme internationaler Standards sei, sondern sich in unangemessener Weise auf der historischen Verantwortung der Industrieländer ausruhe. Einer derartigen Wahrnehmung Chinas als unkooperativen und damit auch unverantwortlich handelnden Klimasünder folgen deshalb auch konkrete Forderungen, die sowohl Chinas nationale als auch internationale Klimapolitik betreffen. So koppelt die USA in erster Linie eigene Emissionsreduktionsziele an substantielle Emissionsreduktionen Chinas und fordert in diesem Zusammenhang von der Volksrepublik, nationale Klimaschutzpläne zu entwickeln, die sowohl Emissionsreduktionsziele als auch konkrete Maßnahmen enthalten, eine Minderung des Ausstoßes an Treibhausgasen herbeizuführen.⁹⁷ Wie auch sein Vorgänger befürwortet Präsident Obama eine umfassende Einbindung der Schwellenländer in ein internationales Regelwerk, welches keine Trennung der Verantwortung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vornimmt, sondern vielmehr die Realität der größten CO₂-Emittenten widerspiegelt. Im Vorfeld der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, die einen Entwurf für ein

⁹³ Vgl. Bush (2008).

⁹⁴ Vgl. Bush (2007).

⁹⁵ Vgl. Bush (2008).

⁹⁶ McCain (2008).

⁹⁷ Vgl. Bush (2008).

Post-Kyoto-Protokoll verhandeln sollte, fordert er deshalb einen aussagekräftigen Beitrag Chinas, Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels betreffend.⁹⁸ Dennoch signalisiert die USA Verhandlungsbereitschaft und den Willen, China die notwendige Unterstützung zu gewähren, die für eine globale Bewältigung des Klimawandels notwendig ist, gesetzt den Fall, dass sich die Volksrepublik kooperativ zeigt. *„Pressing on blindly with uncontrolled carbon emissions is in no one's interest, especially China's. And the rest of the world stands ready to help.“*⁹⁹

*„Climate change is a global problem and requires a global solution.“*¹⁰⁰ Unter dieser Prämisse lassen sich die Wahrnehmung und die damit verbundenen Forderungen der Europäischen Union aber auch Deutschlands an die internationale Gemeinschaft und insbesondere an China für den Zeitraum 2007-2009 zusammenfassen. So spricht Portugal vor der Klimakonferenz auf Bali von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Vision aller Vertragsparteien, für den globalen Klimaschutz einzutreten. In besonderer Weise fordert die EU in diesem Zusammenhang die Entwicklungsländer auf, unter der Voraussetzung finanzieller und technologischer Unterstützung durch die Industrieländer, einen aktiveren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Anders jedoch als die USA vertreten die EU und Deutschland das Prinzip der *„common but differentiated responsibility“*, demzufolge die Industrieländer eine historische Verantwortung für den Klimawandel haben und deshalb auch zukünftig ein Führungsrolle in Sachen Emissionsreduktionsziele übernehmen müssen.¹⁰¹ Während zwar Deutschland und die EU dadurch eine Gewichtung der Verantwortung von Annex-I und Nicht-Annex I- Staaten vornehmen, fordern sie dennoch ein erweitertes Engagement der Entwicklungsländer mit der Begründung: *„[...] we all know that developed country action on its own will not be adequate to truly fight the dangerous impacts of climate change.“*¹⁰² Eine Beteiligung aller Vertragsstaaten, unabhängig vom Entwicklungsstand der jeweiligen Länder, sehen die EU und Deutschland vor allem im Hinblick auf das 2°-Ziel als unerlässlich an, welches die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung begrenzen soll. So ist auch eine Einigung über das 2°-Ziel bereits 2007 eine zentrale Forderung der europäischen Staaten in den internationalen Klimaverhandlungen. Darüber hinaus erwartet die EU im Vorfeld der COP13 auf Bali jedoch vor allem messbare und

⁹⁸ Vgl. The White House (2009).

⁹⁹ McCain (2008).

¹⁰⁰ Portugal (2007): 2.

¹⁰¹ Vgl. Portugal (2007): 1.

¹⁰² Portugal (2007): 1.

damit nachvollziehbare Beiträge der Entwicklungsländer¹⁰³ – Forderungen, die sich auch an China richten. Eine Konkretisierung der Erwartungen vor allem auch an China erfolgt jedoch ab 2009 im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen, die eine entscheidende Station in den internationalen Klimaverhandlungen darstellt, da sie eine Vereinbarung aller Länder über die Form und den Verpflichtungsradius eines „post-2012-Abkommens“ hervorbringen sollte. Unter diesen Bedingungen scheint sich vor allem die Wahrnehmung Chinas zusehends zu verschieben. Während Deutschland und die EU 2007 ihre Forderungen noch nicht explizit an China richteten, äußern vor allem politische Entscheidungsträger Deutschlands ihre Erwartungen an die Volksrepublik seit 2009 zunehmend direkter. Den USA folgend knüpft nun auch Deutschland eigene Emissionsreduktionsverpflichtungen an eine ebenfalls verbindliche Verpflichtung der Schwellenländer, ihre Emissionen einzudämmen.¹⁰⁴ Obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel auch im Rahmen der Kopenhagen-Konferenz das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung nicht in Frage stellt¹⁰⁵, kann dennoch der Beginn einer Veränderung der Konnotation dieses Konzepts festgestellt werden. Die explizite Aufforderung an die Schwellenländer, einen aktiveren Beitrag zu leisten, zeigt, dass sich das globale Gewicht und damit auch die Verantwortung für den Klimaschutz zu verschieben beginnen und eine klare Trennung der Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern nicht mehr adäquat scheint. Merkel zufolge sieht sich die Welt im Jahr 2009 einer anderen Realität als noch zu Beginn der Klimaverhandlungen 1992 gegenüber, die sich auch im internationalen Klimaregime widerspiegeln muss. Für die Bundeskanzlerin steht fest: „Die Gewichte in der Weltwirtschaft haben sich erheblich verschoben. Ein globales Regime für die Begrenzung der Treibhausgase kann Länder wie China und Indien nicht ausklammern. China ist jetzt der größte Emittent weltweit [...].“¹⁰⁶ Die Wahrnehmung Chinas nunmehr als Schwellen- und nicht Entwicklungsland, als weltweit größter Emittent von Treibhausgasen, als *global player* mit einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung, verändert auch die Erwartungshaltung an China und erhöht den Druck auf die Volksrepublik, international verbindliche Verpflichtungen einzugehen und den Forderungen Deutschlands und anderer Staaten in Kopenhagen nachzukommen, erheblich. Nicht nur knüpft die Bundesrepublik weitere finanzielle Unterstützungen durch Deutschland an Verpflichtungen der Schwellenländer¹⁰⁷, sondern

¹⁰³ Vgl. Portugal (2007): 2

¹⁰⁴ Vgl. Merkel (2009b).

¹⁰⁵ Vgl. Merkel (2009b).

¹⁰⁶ Merkel (2009c).

¹⁰⁷ Vgl. Merkel (2009b).

fordert neben der Begrenzung des jährlichen Emissionszuwachses für Schwellenländer auch einen „einheitlichen internationalen Verifizierungsmechanismus“¹⁰⁸, der keine leeren Versprechungen verantwortungstragender Länder, darunter auch China, zulässt. Ein Aspekt, der im Rahmen der Klimakonferenz in Kopenhagen ebenfalls betont wird, ist der mit dem Klimaschutz einhergehende Entwicklungsaspekt. So betont Norbert Röttgen, damaliger Bundesminister für Umwelt und Naturschutz, dass Klimaschutz wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand erst bedingt, keinesfalls jedoch einschränkt¹⁰⁹ – ein Fingerzeig in Richtung Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, die zumindest traditionell auf ihr Recht auf Entwicklung pochten und deshalb verbindliche Zusagen ablehnten. Die Zusage zum 2°-Ziel, welches die EU und Deutschland bereits 2007 auf Bali fokussierten, wird in Kopenhagen zur dringlichen Forderung an China. Die Direktheit Deutschlands gegenüber China in dieser Sache rührt vor allem daher, dass sich China noch kurz vor der Klimakonferenz in Kopenhagen gegen ein derartiges Ziel aussprach, wohlwissend, dass damit Verpflichtungen Emissionsmengen betreffend für das eigene Land verbunden sind. „Die Würfel müssen fallen“¹¹⁰ – so fordert deshalb nicht nur Norbert Röttgen die Volksrepublik auf, sich in Kopenhagen endlich zum 2°-Ziel zu bekennen, sondern auch Angela Merkel betont die Notwendigkeit der Anerkennung dieses Ziels durch China, um so eine verbindliche Grundlage für weitere Verhandlungen zu haben, da die Verständigung auf eine maximale Erderwärmung um zwei Grad Celsius auch Schwellenländer wie China zu Emissionsreduktionsmaßnahmen zwingen würde. Was das 2°-Ziel betrifft hält Merkel deshalb folgendes fest: „Wenn China einfach so weitermachen würde wie heute, [...] dann könnten wir das Zwei-Grad-Ziel nicht erreichen. Die Beteiligung der Schwellenländer alleine garantiert noch nicht den Erfolg, aber ohne diese Beteiligung werden die Anstrengungen [...] ein Misserfolg sein.“¹¹¹

Im Gegensatz zu den Erwartungen der Industrieländer, sind die Forderungen der AOSIS und der LDC an China verhaltener. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, dass China für die Entwicklungsländer als Verbündeter der G77 eine wichtige Rolle als Repräsentant und Verteidiger entwicklungspolitischer Ziele und Interessen der Entwicklungsländer gilt und sowohl die AOSIS, die LDC als auch die SIDS (*Small Island Developing States*) die Beziehung zu China als strategischem Partner zu wahren versuchen. Wenngleich die Entwicklungsländer ihr Recht und ihre Anstrengungen im Hinblick auf nachhaltige Ent-

¹⁰⁸ Merkel (2009c).

¹⁰⁹ Vgl. Röttgen (2009).

¹¹⁰ Röttgen (2009).

¹¹¹ Merkel (2009a).

wicklung betonen, sind sie sich dennoch der Gefahr des Klimawandels bewusst und bringen dies weitaus direkter als die Industrieländer zum Ausdruck: „[...] *climate change poses the most serious threat to our survival* [...]“. ¹¹² Besonders diese massive Betroffenheit und Verwundbarkeit, die den AOSIS-Staaten droht, obwohl ihre eigenen Emissionen gegen Null gehen, veranlassen sie dazu, an die internationale Gemeinschaft zu appellieren, von der sie eine globale Vision und eine globale Antwort auf den Klimawandel fordern. ¹¹³ Wie auch die EU und Deutschland vertritt die AOSIS das Prinzip der „*common but differentiated responsibility*“ und sieht demzufolge die Industrieländer in der Verantwortung, eine Führungsrolle im Hinblick auf den globalen Klimaschutz zu übernehmen. Ihre Forderung an die internationale Gemeinschaft „sofortige, ambitionierte und maßgebliche Maßnahmen“ ¹¹⁴ zu ergreifen, um die globalen Treibhausgasemissionen signifikant zu senken, richtet sich jedoch auch an Entwicklungsländer. So sehen auch AOSIS-Staaten die Pflicht, Emissionsreduktionen zu forcieren, nicht nur allein bei den Industrieländern, wenngleich sie eine Trennung der Verantwortlichkeiten vornehmen und von einer historischen Verantwortung der Industrieländer ausgehen. ¹¹⁵ Auch wenn 2009 keine expliziten Forderungen an China ausgesprochen werden, so sind sie doch implizit vorhanden. Neben der Aufforderung der Entwicklungsländer, ihre bei der COP 13 auf Bali vereinbarten MRVs mithilfe technologischer und finanzieller Unterstützung durch die Industrienationen in die Tat umzusetzen, um so signifikant von ihrem „*business as usual*“ (BAU) ¹¹⁶ abzuweichen, richten sich die kleinen Inselstaaten im Hinblick auf die Erreichung des von ihnen geforderten 1,5°-Ziels, vor allem an die größten Emittenten der Welt, Emissionsreduktionsziele zu formulieren und diese durch gezielte Maßnahmen auch zu erreichen. ¹¹⁷ Die Tatsache, dass China in der Realität die Liste der weltweit größten CO₂-Emittenten anführt, macht deutlich, dass sich diese Forderung auch an die Volksrepublik richtet und sich damit auch in den Reihen der Entwicklungsländer die traditionelle Wahrnehmung Chinas als größtes Entwicklungsland der Welt zumindest langsam zu verschieben scheint.

Neben Staaten versuchen auch internationale Nichtregierungsorganisationen die internationale Klimapolitik zu beeinflussen. Sie kommunizieren daher besonders im Vorfeld der Klimakon-

¹¹² AOSIS (2009).

¹¹³ Vgl. AOSIS (2009).

¹¹⁴ AOSIS (2009).

¹¹⁵ Vgl. AOSIS (2009).

¹¹⁶ AOSIS (2009).

¹¹⁷ Vgl. AOSIS (2009).

ferenzen ihre Wahrnehmungen der Klimasituation allgemein, der Verantwortlichkeiten im Hinblick auf den globalen Klimaschutz und verbinden damit gleichzeitig Forderungen an die internationale Gemeinschaft und die in ihren Augen verantwortungstragenden Nationen. Grundlage der Argumentation der im Rahmen dieser Arbeit betrachteten NGOs bildet für die Zeit bis Kopenhagen ebenfalls das Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung“. So steht für den *World Wide Fund for Nature* (WWF) im Vorfeld der COP13 auf Bali fest, dass die Industrienationen eine historische Verantwortung für den Klimawandel tragen und deshalb auch mit gutem Beispiel in Form verbindlicher Emissionsreduktionsziele vorausgehen sollten, entsprechend den Prinzipien der UNFCCC, aber auch Entwicklungsländer analog ihrer Möglichkeiten und Kapazitäten zum globalen Klimaschutz beitragen sollten. In diesem Zusammenhang appelliert der WWF auch an Entwicklungsländer, vor allem an jene, die in ihrer Entwicklung bereits fortgeschritten sind und damit über die notwendigen Voraussetzungen für weitere Verpflichtungen verfügen, ohne dadurch ihre Entwicklung zu gefährden, einen aktiveren Beitrag zu leisten.¹¹⁸ Unter dieser Prämisse fordert der WWF auch vor der Klimakonferenz in Posen 2008: „*Developing countries, as a group, especially the emerging economies, must [commit] to substantially reduce emissions below business as usual scenarios by 2020.*“¹¹⁹ Dennoch misst der WWF die Hauptverantwortung an den Pro-Kopf-Emissionen und dem Pro-Kopf-Einkommen der Nationen und nimmt dadurch vor allem Entwicklungsländer, aber auch Schwellenländer wie China in Schutz.¹²⁰ Was ein neues Klimaabkommen, welches 2009 in Kopenhagen verhandelt werden sollte, betrifft, plädiert der WWF jedoch für Solidarität und Gerechtigkeit und formuliert in diesem Zusammenhang ein „*polluter-pays framework*“¹²¹, welches die Grundlage der internationalen Klimapolitik nach Ablauf des Kyoto-Protokolls 2012 bilden und besonders Länder mit hohen CO₂-Emissionen in die Pflicht nehmen sollte. Auch wenn der WWF technologische und finanzielle Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer durch die Industrienationen als unabdingbare Notwendigkeit erachtet¹²², so deutet dieses Konzept dennoch darauf hin, dass der WWF eine zukünftige Verpflichtung von Schwellenländern wie China als durchaus erforderlich erachtet. Dass die Verantwortung der Schwellenländer im Rahmen des Prinzips der „*common but differentiated responsibility*“ größer zu werden scheint, zeigt sich besonders im Rahmen der

¹¹⁸ Vgl. WWF (2007): 2.

¹¹⁹ WWF (2008): 4.

¹²⁰ Vgl. WWF (2008), S. 4.

¹²¹ WWF (2008): 5.

¹²² Vgl. WWF (2007): 3.; WWF (2008): 1;4.

Klimakonferenz in Kopenhagen, da der WWF zunehmend eine Differenzierung der Entwicklungsländer und damit auch der Verantwortung für den globalen Klimaschutz vornimmt. „Developing countries, in particular LDC/SIDS and drought/flood prone Africa, are being victimized by climate change impacts and their severity is increasing day by day.“¹²³ Während die ärmsten Länder eindeutig als Opfer des Klimawandels charakterisiert werden, wird Schwellenländern wie China scheinbar keine oder nur eine geringe Opferrolle zugeteilt, was darauf schließen lässt, dass sich auch die Fremdwahrnehmung Chinas durch Nichtregierungsorganisationen zu verschieben scheint und zumindest die Einstufung der Volksrepublik als Entwicklungsland und Opfer des Klimawandels nicht mehr gegeben ist. Auch die strikte Trennung des Verpflichtungsradius für Annex I- und Nicht-Annex I-Staaten im traditionellen Sinne scheint dadurch zunehmend an Konsequenz zu verlieren, was auch mit den konkreten klimapolitischen Forderungen des WWF für die Klimakonferenz in Kopenhagen deutlich wird. Als wesentlich gilt auch hier die Verständigung aller Vertragsparteien auf das 2°-Ziel, welches von der breiten internationalen Gemeinschaft als notwendige Grundlage für zukünftige Verhandlungen angesehen wird.¹²⁴ Zur Erreichung dieser Zielsetzung fordert der WWF in Kopenhagen eine Einigung der Entwicklungs- und Schwellenländer darauf, ihre Emissionen bis 2020 um mindestens 30% zu senken – unter der Voraussetzung ausreichender technologischer und finanzieller Unterstützung. In diesem Kontext sollen sich Schwellenländer zudem einverstanden zeigen, messbare und nachvollziehbare „Nationally Appropriate Mitigation Actions (NAMAs)“¹²⁵ durchzuführen, um ihre Emissionsmenge auf ein Level unterhalb des BAU zu reduzieren. Bereits 2008 forderte der WWF: „The Bali Action Plan put the issue of measurable, reportable, and verifiable nationally appropriate ‘enhanced’ mitigation actions (MRV NAMAs) enabled by MRV support squarely on the table, and they must now be brought to life.“¹²⁶ Um einen Rahmen für derartige Emissionsreduktionsmaßnahmen zu schaffen, drängt der WWF besonders auf die Formulierung sogenannter „long term national low carbon development plans“¹²⁷, also nationale Programme, die eine langfristige Umsetzung der NAMAs garantieren. Inwiefern die VR China auf derartige Forderungen eingeht und sie in ihre nationale Klimapolitik integriert, wird der zweite Teil der empirischen Untersuchung klären.

¹²³ WWF (2009): 5.

¹²⁴ Vgl. WWF (2009): 4.

¹²⁵ WWF (2009): 7.

¹²⁶ WWF (2008): 7.

¹²⁷ WWF (2009): 7.

6.1.2 Von Cancún bis Doha – Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2010-2012

Nach der Klimakonferenz in Kopenhagen werden die Forderungen der internationalen Gemeinschaft an China zunehmend stärker. Die Klimaverhandlungen in Dänemark brachten zwar den Kopenhagen-Akkord als ersten Entwurf für ein notwendiges Post-Kyoto-Abkommen hervor, das Ergebnis der Konferenz entspricht in den Augen vieler Industriestaaten jedoch scheinbar lediglich einem Minimalkonsens, dem weitere Verpflichtungen der Schwellenländer, besonders Chinas, folgen müssen. So betont der Klimabeauftragte der Regierung Obama, Todd Stern, im Oktober 2010 im Vorfeld der Klimakonferenz in Cancún, Mexiko, die Verantwortung der aufstrebenden Volkswirtschaften wie China für den Klimawandel noch stärker. Grundlage seiner Argumentation sind die hohen Emissionsmengen der Volksrepublik, die den Klimawandel nachhaltig negativ beeinflussen.¹²⁸ Während bis 2009 noch die Gesamtemissionen des bevölkerungsreichsten Landes der Erde im Fokus der Argumentation standen, verweist Stern nun auch explizit auf die hohen Pro-Kopf-Emissionen des Landes und die damit verbundene Pflicht Chinas, international Verantwortung zu übernehmen:

„You cannot build a system premised on the notion that China should be treated the same as Chad, when China is now the world’s largest emitter, is the second largest historic emitter, will be 60% larger than the U.S. by 2020, and has even surpassed France in per capita emissions.“¹²⁹

Der Ansatz, den US-amerikanische Politiker bereits seit 2007 verfolgen, nämlich nicht zwischen der Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern zu unterscheiden, sondern die Verantwortungspflicht der Nationen entsprechend ihrer Emissionen zu beurteilen, verfestigt sich also zusehends¹³⁰ und spiegelt gleichzeitig die Fremdwahrnehmung Chinas als Klimasünder, der Verantwortung in Form international verbindlicher Verpflichtungen übernehmen muss, durch die Entscheidungsträger der Vereinigten Staaten wider. Die Rolle, in der sich China aus US-amerikanischer Perspektive im Hinblick auf den globalen Klimaschutz befindet, wird vor allem durch eine zunehmende Differenzierung der Nicht-Annex I-Staaten in verschiedene Gruppen, wie sie auch durch den WWF vorgenommen wird, deutlich. So

¹²⁸ Vgl. Stern (2010a).

¹²⁹ Stern (2010a).

¹³⁰ Vgl. Stern (2010a).; vgl. Stern (2010c).

unterscheidet Stern die Pflicht der VR China, als Schwellenland verbindliche Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, eindeutig von der jener Entwicklungsländer, die sich in ihrer Entwicklung noch in einem Anfangsstadium befinden. Zudem macht Stern deutlich, dass China nicht als Opfer des Klimawandels zu begreifen ist, sondern vielmehr als wachsende Volkswirtschaft, die sich einhergehend mit ihrer Entwicklung und den dadurch entstehenden Emissionen international zu ihrer Verantwortung bekennen muss. Die Forderungen der USA, die konkret damit verbunden sind, können unter folgender Prämisse zusammengefasst werden: „[...] *climate change poses far too serious a threat to treat as a matter of voluntarism.*“¹³¹ Aus diesem Grund erwarten die Vereinigten Staaten bereits 2010, nach dem völkerrechtlich nicht bindenden *Copenhagen Accord*, nicht nur mehr Transparenz und vor allem die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Emissionsminderung aller Entwicklungsländer¹³², sondern koppeln international verbindliche Maßnahmen im Rahmen eines neuen Klimaabkommens, aber auch technologische und finanzielle Unterstützung seitens der USA, vor allem an Verpflichtungen Chinas.¹³³ „*A treaty requiring legally binding mitigation commitments from the U.S. [...], would have to also require them of China.*“¹³⁴ Während Technologietransfer und Finanzierung für die USA bis Kopenhagen noch als Selbstverständlichkeit galten, ist eine derartige Unterstützung seit 2010 – zumindest aus US-Perspektive – an Bedingungen geknüpft. Eine Notwendigkeit sehen die USA 2010 vor allem in einer erheblichen Emissionsreduktion Chinas, jedoch im Sinne relativer Reduktionen, d.h. keine absoluten Emissionsreduktionsziele wie sie für die Industrienationen vorgesehen sind, sondern Senkungen im Verhältnis zum BAU-Niveau.¹³⁵ Wenngleich die USA keine Trennung der Verantwortlichkeiten von Industrie- und Entwicklungs- bzw. Schwellenländern vornehmen, so scheinen sie 2010 dennoch eine gewisse Gewichtung des Verantwortungsradius' vorzunehmen. Dass jedoch die Anwendung des Prinzips der „*common but differentiated responsibility*“ im klassischen Sinne, so wie es das Kyoto-Protokoll vorsieht, nicht mehr zeitgemäß ist, betont Stern bereits 2010¹³⁶ und bringt dies 2011 folgendermaßen auf den Punkt:

„I don't think that the Kyoto architecture of [a] sharply divided sort of firewall between all developed and all developing countries, including even the biggest ones, is a tenable architec-

¹³¹ Stern (2010a).

¹³² Vgl. Stern (2010a).

¹³³ Vgl. Stern (2010b); vgl. Stern (2010c).

¹³⁴ Stern (2010b).

¹³⁵ Vgl. Stern (2010c).

¹³⁶ Vgl. Stern (2010c).

*ture for the future.*¹³⁷ „[...] in the future regime, all major players need to be engaged in a quite similar fashion.“¹³⁸

Damit knüpft er nicht nur an die Haltung der Vereinigten Staaten seit dem Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll an, sondern verweist gleichzeitig auf eine Neugewichtung im internationalen Staatensystem – vor allem aufgrund einer rasanten Entwicklung der Schwellenländer wie China – der eine zukunftsfähige und faire Verhandlungsgrundlage für das internationale Klimaregime Rechnung tragen muss, die in Durban in Form eines neuen Klimaschutzabkommens verhandelt werden sollte. In diesem Zusammenhang appelliert die US-amerikanische Delegation im Rahmen der Klimakonferenz in Doha 2012 auch an alle Vertragsstaaten, Klimaschutz nicht nur als positive Begünstigung, sondern als zwingend notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung zu begreifen.¹³⁹ Auch wenn die Klimakonferenz in Doha aufgrund mangelnder Konsensfindung über ein Nachfolgeprotokoll in Durban 2011 eine zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll erzielen soll, schließen die USA auch nach der Klimakonferenz in Durban ein Abkommen, welches keine verbindlichen Verpflichtungen für Schwellenländer beinhaltet, weiterhin aus, stehen jedoch einer Kooperation mit der VR China in klimapolitischen Fragen sehr positiv gegenüber.¹⁴⁰

Auch die politischen Entscheidungsträger Deutschlands teilen zunehmend die Ansichten der Vereinigten Staaten. Die Veränderung der Konnotation des Prinzips der „*common but differentiated responsibility*“, die sich bereits 2009 andeutete, manifestiert sich seit 2010 zusehends. Wenngleich Bundeskanzlerin Merkel die historische Verantwortung der Industrieländer keineswegs in Frage stellt und die Pflicht, absolute Emissionsreduktionsziele anzunehmen weiterhin zu einem großen Teil bei den Industrienationen sieht, macht sie dennoch deutlich, dass Schwellenländer ebenfalls Verantwortung für ihre gegenwärtig hohen Emissionen zu tragen haben: „Ohne Verpflichtungen der Schwellenländer wird es nicht gehen und geht es nicht.“¹⁴¹ Auch dieser Forderung liegt vor allem die Einhaltung des 2°-Ziels zugrunde, die die Bundesrepublik bereits seit 2007 fordert.¹⁴² Zunehmend betonen deutsche Politiker aber auch die Notwendigkeit einer fairen Lösung zur Bekämpfung des Klimawandels. So fordert Röttgen im Rahmen der COP17 in Durban im Jahr 2011 von allen Nationen einen fairen Beitrag. Einhergehend damit scheint auch in der Wahrnehmung

¹³⁷ Stern (2011b).

¹³⁸ Stern (2011a).

¹³⁹ Vgl. USA (2012): 1.

¹⁴⁰ Vgl. Stern (2011c).

¹⁴¹ Die Bundesregierung (2010).

¹⁴² Vgl. Die Bundesregierung (2010).

Deutschlands die traditionelle Trennung der Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern nicht mehr zeitgemäß zu sein. Während die Bundesrepublik bereits 2009 eine intensivere Einbindung großer Emittenten forderte, wurden Emissionsreduktionen von Schwellenländern wie China größtenteils als positiver Nebeneffekt der Einigung aller Länder auf das 2°-Ziel betrachtet. 2011 jedoch betont Röttgen deutlich, dass die Realität eine andere ist als noch 1997 und ein zukunftsfähiges Klimaregime vor allem Emissionsreduktionen der Schwellenländer beinhalten muss, die ebenso völkerrechtlich verpflichtend wie transparent und verifizierbar sein müssen.¹⁴³ Eine Veränderung der Realität und der damit verbundenen notwendigen Anpassung internationaler klimapolitischer Grundsätze betont auch Merkel, indem sie darauf verweist, dass die Verantwortung nun aufgrund der ökonomischen Entwicklung von Schwellenländern wie China und den sich daraus neu ergebenden internationalen Kräftekonstellationen breiter gefächert ist als noch zu Beginn der Klimaverhandlungen.¹⁴⁴ Beim Petersberger Klimadialog im Juli 2011, der eine treibende Kraft im internationalen Klimaschutzprozess ist, da er die Zeit zwischen den Klimagipfeln überbrückt und jährlich Umweltminister aus Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern zu offenen Diskussionen zusammenbringt, um die Klimaverhandlungen weiter voranzubringen, verweist die Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang auch zum ersten Mal, wie es die USA bereits 2010 taten, auf die beachtlichen Pro-Kopf-Emissionen Chinas und die sich daraus ergebende „riesige Aufgabe“ für die Volksrepublik im Hinblick auf den globalen Klimaschutz, auch wenn sie die Vorbildfunktion der Industrienationen weiterhin betont.¹⁴⁵ Für die Klimakonferenz in Durban fordert die Bundesregierung von der internationalen Gemeinschaft deshalb nicht nur ein hohes Maß an Transparenz, sowohl freiwillige als auch rechtlich bindende Verpflichtungen betreffend, sondern vor allem die Vorlage konkreter Minderungsziele.¹⁴⁶ Da für Entwicklungs- und Schwellenländer jedoch oftmals Wettbewerbsfähigkeit und nationale Interessen eine Hürde für internationale Verpflichtungen darstellen, appelliert Merkel, wie auch die Vereinigten Staaten, deshalb an die Schwellenländer: „Wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz dürfen keine Gegensätze sein.“¹⁴⁷ Auch die EU-Kommission sieht in der umfassenden Umsetzung eines MRV-Mechanismus zur Überprüfung nationaler Klimaschutzmaßnahmen eine Notwendigkeit für zukünftige, auf Vertrauen basierte internationale Klimaverhand-

¹⁴³ Vgl. Röttgen (2011).

¹⁴⁴ Vgl. Merkel (2011).

¹⁴⁵ Vgl. Merkel (2011).

¹⁴⁶ Vgl. Merkel (2011).

¹⁴⁷ Merkel (2011).

lungen.¹⁴⁸ Vor allem die führenden Wirtschaftsnationen, zu denen auch China zählt, müssen Connie Hedegaard, der EU-Kommissarin für Klimaschutz (2010-2014), zufolge nachvollziehbare internationale Verpflichtungen eingehen, um den Klimawandel wirksam anzugehen. Grundlage ihrer Argumentation sind ebenfalls die gegenwärtig hohen Emissionsmengen der Schwellenländer, die ein internationales Klimaregime ausreichend berücksichtigen muss.¹⁴⁹ „*A future regime needs to reflect the reality of the new century, and the reality is that the countries that were industrialized countries back in 1992 account for a rapidly decreasing share of emissions.*“¹⁵⁰ Während die EU-Kommission die Prinzipien der UNFCCC – im Sinne einer differenzierten Verantwortung entsprechend der nationalen Möglichkeiten und Kapazitäten der Vertragsparteien – weiterhin als Grundlage des Klimaregimes betrachtet, begreift sie das Prinzip der „*common but differentiated responsibilities*“ doch zunehmend als dynamisches Konzept, welches modifiziert und an veränderte Gegebenheiten angepasst werden muss und einhergehend damit eine strikte Trennung der Verantwortung von Annex I- und Nicht-Annex I-Staaten wie sie das Kyoto-Protokoll vornimmt nicht mehr zulassen kann.¹⁵¹ Im Verlauf der Klimakonferenz in Doha 2012 mahnte Hedegaard deshalb besonders die Schwellenländer: „*The reality is that citizens in major countries with no obligations emit as much – or even more – than European citizens. And the sad reality that only if these countries commit, will we have a chance to tackle the challenge.*“¹⁵² Das globale Gewicht verschiebt sich also und mit ihm auch die Verantwortlichkeiten.

Auch wenn die Forderungen der Mitgliedsstaaten der AOSIS, der LDC sowie der SIDS weniger direkt an China, einen ihrer wichtigsten Verbündeten, gerichtet sind, ist ihre Wahrnehmung der Klimasituation im Gegensatz zu jener der Industrienationen emotionalerer Natur. „*Our very survival is at stake.*“¹⁵³ „*Climate change is, for us, a matter of life and death.*“¹⁵⁴ „*No country is immune – big, small, rich and poor – we are all feeling the impacts of climate change.*“¹⁵⁵ Vor diesem Hintergrund appellieren die Staaten seit 2007 an die Weltgemeinschaft, einen Rahmen für eine globale Bewältigung des Klimawandels zu schaffen. Besonders die AOSIS und die LDC fordern die Staatengemeinschaft deshalb im Rahmen

¹⁴⁸ Vgl. Hedegaard (2011): 3.

¹⁴⁹ Vgl. Hedegaard (2011): 2.

¹⁵⁰ Hedegaard (2011): 2.

¹⁵¹ Vgl. Hedegaard (2011): 3.

¹⁵² Hedegaard (2012): 2.

¹⁵³ Sillah (2011): 4.

¹⁵⁴ Dabwido (2011): 2.

¹⁵⁵ AOSIS (2012a): 2.

der Klimakonferenz in Durban auf, sich auf ein rechtlich bindendes Abkommen zu einigen, welches alle Vertragsparteien einschließt und darüber hinaus auch emissionsreduzierende Maßnahmen für Entwicklungsländer zur Pflicht macht.¹⁵⁶ Überdies mahnen sie erneut und mit Nachdruck, das Wohl der globalen Gemeinschaft im Vordergrund zu sehen und nicht nationale Interessen über jene der Weltgemeinschaft zu stellen.¹⁵⁷ Wie für die USA und Deutschland scheint auch für die ärmsten Entwicklungsländer und kleinen Inselstaaten der Welt festzustehen, dass ein einziges Land bzw. die Industrienationen allein im Kampf gegen den Klimawandel nicht erfolgreich sein können. So betonen auch die *Pacific SIDS* in Durban: „*Climate change is an international crisis too big for any country to tackle alone. We will succeed together, or we will fail together.*“¹⁵⁸ Einhergehend damit nimmt jedoch auch die Differenzierung der Entwicklungsländer und infolgedessen auch die ihrer Verantwortung im Hinblick auf eine globale Lösung zu. So betonten die LDC in Durban nicht nur die prekäre und damit mit besonderen Bedürfnissen verbundene Situation der am wenigsten entwickelten Länder und Inselstaaten der Welt, sondern fordern auch die Implementierung des Prinzips der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung im Sinne einer umfassenderen Verpflichtung nach einem „*Polluter-Pays-Prinzip*“¹⁵⁹ wie es bereits der WWF formulierte. Der Ansatz, die größten Emittenten der Welt international umfassender in die Pflicht zu nehmen, deutete sich im Falle der AOSIS und LDC bereits 2009 an und manifestiert sich nun 2011 zunehmend. Besonders die massive Bedrohung, der diese Länder durch den Klimawandel ausgesetzt sind, veranlasst sie sogar dazu, den größten Emittenten eine regelrechte Ignoranz und Tatenlosigkeit gegenüber der globalen Gemeinschaft vorzuwerfen, wie folgendes Statement von Jato S. Sillah, dem Minister Gambias für Forstwirtschaft und Umwelt, eindrücklich wiedergibt:

*„[...] the collective needs of our countries to secure ambitious mitigation action to secure our livelihood are not being respected by those Parties whose emissions are causing climate change. Our human rights are now being violated.“*¹⁶⁰

Auch wenn sich Gambia damit nicht explizit an China als Verbündeten richtet, so muss sich die Volksrepublik hier dennoch implizit angesprochen fühlen, da Sillah den Fokus auf gegenwärtige Emissionen legt und China in dieser Hinsicht seit 2007 – zumindest gemessen an den

¹⁵⁶ Vgl. Dabwido (2011): 3.

¹⁵⁷ Vgl. AOSIS (2011).

¹⁵⁸ Dabwido (2011): 4.

¹⁵⁹ Vgl. Sillah (2011): 5f.

¹⁶⁰ Sillah (2011): 4.

Gesamtemissionen – eine herausragende Position einnimmt. Diese negative Wahrnehmung der weltweit größten Treibhausgasemittenten, darunter auch der VR China, manifestiert sich überdies darin, dass sich Staaten wie auch Staatengemeinschaften wie die AOSIS, die ihre Statements im Rahmen der UN-Klimakonferenzen stets an jene der G77 und China knüpften, dies seit 2012 jedoch zumindest nicht mehr in der gewohnten Konsequenz und Eindeutigkeit tun.¹⁶¹ Obwohl sich die Gruppe der LDC wie auch die AOSIS hinsichtlich ambitionierter Emissionsreduktionsziele für eine Führungsrolle der Annex I-Staaten aussprechen¹⁶², werden auch ihre Forderungen an Entwicklungsländer, vor allem aber an die Hauptemittenten, stärker und richten sich zunehmend an die Gruppe der großen Volkswirtschaften, somit auch an China. Eine Trennung der Verantwortlichkeiten wie sie das Kyoto-Protokoll vornimmt scheint auch den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt als unzureichend. Auch sie betonen, dass sich seit 2007, einem Jahr, in dem sich ihre Forderungen im Hinblick auf den globalen Klimaschutz ausschließlich an die Industrienationen richteten, andere Voraussetzungen ergeben hätten.¹⁶³ So betont die Delegation der Marshall-Inseln in Doha: „*The [urgency] of the issues facing the most vulnerable countries [...] can no longer hide behind the veil of self-interest and finger-pointing of the major economies.*“¹⁶⁴ Darüber hinaus appelliert die Gruppe der AOSIS 2012 in Doha an alle Vertragsparteien, ihre Ambitionen im Hinblick auf NAMAs zu erhöhen¹⁶⁵ und eine Einigung über einen Zeitpunkt herbeizuführen, der den Höchstpunkt der weltweiten Emissionsmengen markiert.¹⁶⁶

Was die Forderungen der Nichtregierungsorganisationen im Zeitraum von 2010-2012 betrifft, decken sich diese mit jenen der AOSIS und der LDC, sind aber im Hinblick auf die VR China umfassender und vor allem direkter. Während sowohl *CAN International (Climate Action Network International)* sowie der WWF als auch Greenpeace ebenso substantielle Fortschritte im Hinblick auf Emissionsreduktionen der Entwicklungsländer entsprechend ihrer BAU-Emissionen durch NAMAs fordern¹⁶⁷ und damit einhergehend auch die Notwendigkeit eines größeren Maßes an Transparenz in Form eines umfassenden MRV-Mechanismus und regelmäßigen Berichterstattungen durch die Länder¹⁶⁸ betonen,

¹⁶¹ Vgl. DeBrum (2012).; AOSIS (2012c).

¹⁶² Vgl. AOSIS (2012b): 1.; vgl. LDC (2012): 6.; vgl. AOSIS (2012d): 3.

¹⁶³ Vgl. AOSIS (2012a): 1.

¹⁶⁴ DeBrum (2012).

¹⁶⁵ Vgl. AOSIS (2012d): 3.

¹⁶⁶ Vgl. AOSIS (2012a): 3.

¹⁶⁷ Vgl. CAN International (2010): 7.; vgl. WWF (2011).; vgl. Greenpeace (2012).

¹⁶⁸ Vgl. Greenpeace (2011): 2f.; 11.; vgl. Greenpeace (2012).

nehmen auch sie den Klimawandel als „*global threat*“ wahr, dem nur eine globale Antwort folgen kann.¹⁶⁹ Dabei appellieren sie ebenso wie AOSIS und LDC an die internationale Gemeinschaft, den globalen Klimaschutz über nationale Interessen zu stellen und vor allem auch an die großen Volkswirtschaften, zu denen sie China explizit hinzuzählen.¹⁷⁰

„These governments need to demonstrate that they will put the interests of the world and its peoples before their own national interests and restore the faith of citizens around the world in governments’ willingness and ability to deal with climate change.“¹⁷¹ „Governments must prove that they are putting people before the polluter’s profits.“¹⁷²

Wenngleich der WWF die Pflicht, eine Führungsrolle zu übernehmen, weiterhin bei den Industrienationen sieht, fordert er doch Industrie- und Schwellenländern gleichermaßen auf, in den internationalen Klimaverhandlungen eine konstruktive und kooperative Haltung einzunehmen, um der ernststen Situation gemeinsam Herr werden zu können.¹⁷³ Für den WWF steht außer Zweifel: *„These Governments wield great political influence, individually or collectively, and either historically or currently contribute to a rather large share of the world’s emission.“¹⁷⁴* Für die VR China bedeutet dies, dass sie als größter Emittent weltweit eine Verantwortung für den Klimawandel trägt, die zwar nicht in der Vergangenheit, sehr wohl jedoch in der Gegenwart und Zukunft liegt. Auch die Organisation „Brot für die Welt“ betont dies 2012 im Vorfeld der Klimakonferenz in Doha nochmals: *„[...] There are the polluters, who caused the climate change – historically in the first place the industrialised countries due to their high, accumulated carbon debt, but looking ahead, also the rapidly growing emerging economies [...].“¹⁷⁵* Mit dieser Prämisse sind auch klare Forderungen für die Klimaverhandlungen verbunden, die insbesondere der WWF in Cancún explizit an China stellt. So sollte China nicht nur international bestätigen, seine CO₂-Intensität pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes um 40%-45% bis 2020 im Vergleich zur Intensität des Jahres 2005 zu senken, sondern darüber hinaus auf nationaler Ebene eine Reduktion von 50% anstreben. Weiter wird eine Verpflichtung der Volksrepublik erwartet, einen „Low Carbon Action Plan“ zu entwerfen und umzusetzen, welcher langfristige Maßnahmen für eine emissionsarme Entwicklung bis 2050 enthält und ebenso wie jegliche Art von Emissionsminderungsmaßnahmen, die

¹⁶⁹ Vgl. WWF (2010a): 1.; vgl. WWF (2010b): 1.

¹⁷⁰ Vgl. WWF (2010a): 1.; vgl. WWF (2010b): 1.

¹⁷¹ WWF (2010a): 1.

¹⁷² Greenpeace (2011): 2.

¹⁷³ Vgl. WWF (2010a): 1.

¹⁷⁴ WWF (2010a): 1.

¹⁷⁵ Brot für die Welt (2012): 2.

durch Gelder der Industrienationen finanziert werden, gleichzeitig einer internationalen Überprüfung durch Dritte unterliegt. Zudem erachtet es der WWF in diesem Zusammenhang als unerlässlich, dass China alle vier Jahre nationale Mitteilungen sowie im Abstand von zwei Jahren Zwischenberichte über den Fortschritt der Umsetzung derartiger Minderungsmaßnahmen einreicht, um das notwendige Maß an internationaler Transparenz zu gewährleisten.¹⁷⁶ Darüber hinaus fordert Greenpeace die größten Emittenten der Welt auf, eine ressourcenschonende, auf erneuerbare Energien basierende, „grüne“ Entwicklung zu verfolgen, um die Weltbevölkerung nachhaltig vor den verheerenden Folgen des Klimawandels zu schützen.¹⁷⁷ Dass die traditionelle Unterscheidung der Verantwortung von Annex I- und Nicht-Annex I-Staaten einem internationalen Klimaregime des 21. Jahrhunderts nicht mehr entspricht, machen NGOs, die dies bis einschließlich 2009 nur implizit andeuteten, nun auch explizit deutlich. So fordert Greenpeace im Vorfeld der Klimakonferenz in Durban:

*„COP 17 in Durban must [...] do away with the traditional divide between developed and developing countries. The governments must stop the blame game and using other governments as excuses for their own inaction [...] and instead make real progress in the negotiations, putting aside the reluctance of a few governments to take responsibility and do their fair share.“*¹⁷⁸

Hiermit entkräftet Greenpeace regelrecht Chinas traditionelle Argumentation der historischen Verantwortung der Industrieländer und eigene Positionierung als Entwicklungsland und betont die Notwendigkeit einer auf Fairness und Verantwortung gegründeten globalen Beteiligung am Klimaschutz. Besonders im Jahr 2012, welches nicht nur das Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls markiert, sondern damit auch eine Entscheidung über das weitere internationale Vorgehen gegen den Klimaschutz hervorbringen muss, betonen NGOs deshalb nochmals die Notwendigkeit einer konstruktiven globalen Kooperation. Diese sehen Nichtregierungsorganisationen in Doha aufgrund des mangelnden Konsenses der Vertragsparteien über den Verpflichtungsradius der einzelnen Nationen in einem Nachfolgeprotokoll, zwar zunächst lediglich im Rahmen einer zweiten Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll realisierbar, welches jedoch basierend auf dem Prinzip der „*common but differentiated responsibility*“ die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse in der internationalen Gemeinschaft widerspiegeln muss.¹⁷⁹ Spätestens für 2015 fordern sie jedoch ein global ver-

¹⁷⁶ Vgl. WWF (2010a): 16.

¹⁷⁷ Vgl. Greenpeace (2011): 1.

¹⁷⁸ Greenpeace (2011): 3.

¹⁷⁹ Vgl. Brot für die Welt (2012): 5.

pflichtendes Abkommen, welches verbindliche Verpflichtungen in Form von Emissionsreduktionszielen für alle großen Volkswirtschaften, darunter vor allem China, festlegt,¹⁸⁰ denn: „*Climate change is no longer a threat for the future: it is happening now.*“¹⁸¹

6.1.3 Von Warschau bis Paris – Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2013-2015

Nachdem sich ein Großteil der Vertragsparteien 2012 in Doha schließlich auf eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls bis 2020 als Übergangslösung einigten, wurde in Katar gleichzeitig ein Fahrplan für ein international verbindliches Klimaschutzabkommen ab 2020 verabschiedet, welches bis 2015 ausgehandelt werden und alle Länder in eine Klimaschutzvereinbarung einbeziehen sollte. Vor allem die darauffolgenden Klimaverhandlungen in Warschau 2013 sowie die COP 20 in Lima im Jahr 2014 sollten dahingehend substantielle Fortschritte und Verständigungen hervorbringen, um in Paris 2015 ein umfassendes Abkommen verabschieden zu können. Einhergehend damit erhärten sich auch die Forderungen und Appelle, die die internationale Gemeinschaft an jene Länder stellt, die eine große Verantwortung für den Klimawandel bzw. den Klimaschutz tragen, bisher jedoch nicht völkerrechtlich zu maßgebenden Beiträgen verpflichtet sind. So betont nicht nur der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, John Kerry, dass der Klimawandel eine Herausforderung sei, die globale Zusammenarbeit absolut erforderlich macht¹⁸², sondern auch Präsident Obama weist auf die wachsende Gefahr hin, die vom Klimawandel ausgeht und ruft die internationale Gemeinschaft zur Zusammenarbeit auf.¹⁸³ Seine Worte beim UN-Klimagipfel in New York im September 2014 richten sich in diesem Zusammenhang vor allem auch an die Volksrepublik China. Unter der Prämisse „*no nation is immune*“¹⁸⁴ fordert er die chinesische Regierung mit Nachdruck auf: „*[...] as the two largest economies and emitters in the world, we have a special responsibility to lead. That's what big nations have to do.*“¹⁸⁵ Während die Vereinigten Staaten China zwar bereits seit Jahren als größten Emittenten der Welt wahrnehmen und dementsprechend auch Forderungen an das bevölkerungsreichste Land der Erde stellen, erweitert sich die US-amerikanische Wahrnehmung Chinas 2013 deutlich um die Dimension

¹⁸⁰ Vgl. Greenpeace (2012).

¹⁸¹ Greenpeace (2012).

¹⁸² Vgl. Kerry (2013).

¹⁸³ Vgl. The White House (2014).

¹⁸⁴ The White House (2014).

¹⁸⁵ The White House (2014).

der weltwirtschaftlichen Position der VR China und den damit verbundenen Kapazitäten. So unterschieden die USA noch 2012 die Möglichkeiten Chinas im Hinblick auf den Klimaschutz von den eigenen und forderten lediglich relative Emissionsreduktionsziele, um das Entwicklungsstadium Chinas zu berücksichtigen. Diese Differenzierung nimmt Obama im Jahr 2014 scheinbar nicht mehr vor, sondern sieht die USA und China sowohl was ihre Emissionen als auch ihr ökonomisches Gewicht betrifft auf einer ebenbürtigen Stufe. Aus diesem Grund erwartet er von der chinesischen Regierung nichts weniger, als gleichermaßen wie die Vereinigten Staaten zum globalen Klimaschutz beizutragen und ihre internationale Verantwortung wahrzunehmen. Einhergehend damit macht Obama nochmals explizit deutlich, was sich bereits seit 2007 wie ein roter Faden durch die internationale Haltung der USA in Sachen Klimaschutz zieht:

„We can only succeed in combating climate change if we are joined in this effort by every nation – developed and developing alike. Nobody gets a pass. [...] We have to set aside the old divides. [...] This time, we need an agreement that reflects economic realities.“¹⁸⁶

Eine Unterscheidung der Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern für den Klimaschutz ist also weder zeitgemäß noch spiegelt sie die weltwirtschaftliche Realität wider. Vor allem Letzteres stellt für die USA einen wichtigen Aspekt im Hinblick auf ein zukünftiges Klimaschutzabkommen dar. Länder wie China, deren Emissionen gegenwärtig in hohem Maße zum fortschreitenden Klimawandel beitragen, sich vor allem jedoch zukünftig negativ auf die Erderwärmung auswirken werden, können und dürfen sich Obama zufolge ihrer internationalen Verantwortung nicht mehr entziehen. Nicht nur die Differenzierung der Vertragsparteien in Annex I- und Nicht-Annex I-Staaten, sondern auch das Konzept der historischen Verantwortung der Industrieländer, widersprechen der US-amerikanischen Auffassung von internationaler Kooperation in Sachen Klimaschutz. Wenngleich Obama die historische Verantwortung der USA für den Klimawandel keineswegs verleugnet, betont er doch umso stärker die Verantwortung der Schwellenländer für die Zukunft, welcher China ebenso ambitioniert Rechnung tragen muss, wie die Industrieländer. Hierbei betont Obama zudem, wie es die AOSIS oder auch die LDC bereits seit längerem fordern, dass es für beide Seiten unerlässlich sei, nationale Interessen im Sinne des globalen Klimaschutzes vorerst in den Hintergrund zu stellen.¹⁸⁷ So appelliert Obama auch im April 2015 an die internationale Staatengemeinschaft: *„[...] climate change can no longer be denied. It can't be edited out. [...] And action*

¹⁸⁶ The White House (2014).

¹⁸⁷ Vgl. The White House (2014).

*can no longer be delayed.*¹⁸⁸

Ebenso wie die USA betonen auch die EU und Deutschland mit Nachdruck die Notwendigkeit einer umfassenden internationalen Kooperation. Hedegaard zufolge müsse eine Zusammenarbeit unbedingt auf Transparenz und Verifizierbarkeit basieren, was sie bereits 2011 betonte, in Warschau jedoch im Blick auf die Klimakonferenz in Paris 2015 und ein neues Klimaschutzabkommen in noch dringlicherer Art und Weise fordert.

*„In 2015 [...] no country will have a legitimate excuse for not having done its homework, for not having prepared its pledge and its fair share of the contribution. [...] The commitments must be transparent, quantifiable, comparable, verifiable and ambitious.“*¹⁸⁹

Dass eine Beteiligung aller Nationen eine unabdingbare Voraussetzung und besonders im Hinblick auf die Beschränkung der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius notwendig ist, akzentuiert auch Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, auf dem UN-Klimagipfel in New York im September 2014. In diesem Zusammenhang betont er vor allem die „gemeinsame Verantwortung“ aller Nationen, den Klimawandel zu bekämpfen, erwartet jedoch vor allem von Schwellenländern wie China „signifikante Beiträge“.¹⁹⁰ Stärker noch als bereits schon in den vorherigen Jahren betont die EU-Kommission auch die Pflicht der weltweit größten Emittenten, Verantwortung zu übernehmen und koppelt Emissionsreduktionen der EU von 20-30% an vergleichbare Reduktionsziele der Hauptemittenten, die in einem neuen Klimaschutzabkommen verankert werden sollen.¹⁹¹ Einhergehend damit ruft der Rat der Europäischen Union während der Klimaverhandlungen in Lima 2014 besonders die großen Volkswirtschaften wie China auf, ihre nationalen Reduktionsziele und Maßnahmen noch bis April 2015 vorzulegen.¹⁹² Die Tatsache, dass die in der UNFCCC und im Kyoto-Protokoll verankerten Prinzipien und Verpflichtungen nicht mehr der Realität entsprechen und dringend einer Überarbeitung und Neuformulierung bedürfen, betont die EU bereits seit längerem. Auf der Klimakonferenz in Lima verweist der Europäische Rat jedoch nochmals explizit darauf, dass die Prinzipien der UNFCCC als dynamische Konzepte verstanden werden müssen: *„Those principles need to be applied dynamically in a way that mirrors evolving reality. If not, we risk disconnecting the UNFCCC talks from reality.“*¹⁹³ Grundsätze, die auf der Basis einer Realität wie sie sich 1992 darstellte formuliert wurden, stellen also keine hinrei-

¹⁸⁸ The White House (2015).

¹⁸⁹ Hedegaard (2013): 1.

¹⁹⁰ Vgl. Müller (2014).

¹⁹¹ Vgl. Cañete (2014a).

¹⁹² Vgl. Council of the European Union (2014): 2.

¹⁹³ Cañete (2014b). S. 7.

chende Basis für Klimaverhandlungen des 21. Jahrhunderts dar. Vielmehr müssen diese Prinzipien die sich stetig verändernden Gegebenheiten und – wie auch die USA betonen – vor allem die wirtschaftlichen Gewichte im internationalen System widerspiegeln.¹⁹⁴

Eine umfassende Einbindung der weltweit größten CO₂-Emittenten ist auch 2014 für die Malediven, einem Mitgliedsstaat der AOSIS, eine notwendige Pflicht im Hinblick auf die Zukunft, wie Dunya Maumoon, die Außenministerin der Malediven, im September 2014 verdeutlicht: „*We pledge to continue to remind emitting countries about their responsibility towards the future of the planet, our children, and the generations to come.*“¹⁹⁵ Nicht nur fordert sie insbesondere Schwellenländer auf, sich ihrer internationalen gegenwärtigen Verantwortung zu stellen und im Sinne der Weltgemeinschaft zusammenzuarbeiten, sondern klagt zudem Länder mit hohen Treibhausgasemissionen regelrecht an:

*Is it not ironic that nations like the Maldives, which are already taking steps to cut their emissions and protect our common environment, are made helpless bystanders, while others who ignore the threat they impose on us, decide our fate?*¹⁹⁶

Auch wenn Maumoon ihre Worte nicht explizit an China richtet, so liegt ein Verweis auf die bisher scheinbar unzureichenden Maßnahmen von Schwellenländern wie China auf der Hand. Die sich aus der massiven Bedrohung durch den Klimawandel seit 2009 zusehends manifestierenden Forderungen der AOSIS, die weltweit größten CO₂-Emittenten umfassender in ein verbindliches Regelwerk einzubinden, erweisen sich im Jahr 2014 auch für die Staaten der AOSIS und der LDC als unbezweifelbare Notwendigkeit bzw. – wie es der Präsident Mikronesiens ausdrückt – als eine „moralische Verpflichtung“¹⁹⁷, welcher die verantwortlichen Staaten wie China nachkommen müssen. Eine zunehmende Wahrnehmung Chinas durch Mitgliedsstaaten der AOSIS als CO₂-Emittent und Klimasünder, aber auch als aufstrebende Wirtschaftsmacht, die trotz ihrer Kapazitäten ihren Pflichten und ihrer Verantwortung bis dato nicht ausreichend nachgekommen ist, zeigt sich zum einen dadurch, dass sich AOSIS-Staaten wie die Bahamas oder auch die Fidschis¹⁹⁸ im Rahmen ihrer Statements nicht mehr mit der VR China und deren Forderungen assoziieren, China also nicht mehr als Entwicklungsland wahrnehmen. Zum anderen fordert der Präsident Mikronesiens ausdrücklich

¹⁹⁴ Vgl. Council of the European Union (2014a): 3.

¹⁹⁵ Maumoon (2014): 1.

¹⁹⁶ Maumoon (2014): 2.

¹⁹⁷ Mori (2014): 2.

¹⁹⁸ Vgl. Dorsett (2013).; vgl. Thomson (2014).

eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten von Amerika und Chinas, um gemeinsam ihre Treibhausgasemissionen zu senken¹⁹⁹ und verweist damit nicht nur auf die Dringlichkeit, dass sich die Regierungen der Länder mit den größten CO₂-Emissionen weltweit auf Emissionsreduktionsziele verständigen, sondern zugleich auch auf die Kapazitäten und Möglichkeiten der VR China zusammen mit den USA einen aktiven und substantiellen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Auch die Erwartungen seitens der NGOs an die internationale Gemeinschaft allgemein und speziell an China fokussieren seit 2013 besonders ein neues und umfassendes Klimaabkommen. Während der WWF, wie auch die USA und die EU-Staaten, vor allem im Hinblick auf die Zeit nach der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bereits in Warschau 2013 eine Einigung der Vertragsparteien über ein höheres Maß an Transparenz fordern²⁰⁰, betont „Brot für die Welt“ bei der Klimakonferenz in Lima 2014 zudem erneut die globale Dimension der Klimaproblematik²⁰¹ und fordert die internationale Gemeinschaft nicht nur zu Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung auf, sondern appelliert an die Länder, „politischen Willen für den weltweiten Klimaschutz zu demonstrieren“²⁰², der sich vor allem auch in ambitionierten Emissionsreduktionsmaßnahmen der Vertragsstaaten zeigen soll. In diesem Zusammenhang verweist der WWF 2014 zwar weiterhin auch auf die historische Verantwortung der Industriestaaten, akzentuiert jedoch gleichermaßen, dass ein neues Klimaabkommen auch die gegenwärtigen Kapazitäten der jeweiligen Staaten berücksichtigen, also die realen Kräfteverhältnisse der internationalen Staatengemeinschaft widerspiegeln muss²⁰³, und so besonders auch China als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt in die Pflicht nehmen muss.

6.2 Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime

Vor allem die zu beobachtende zunehmende Verschiebung der Konnotation traditioneller UNFCCC-Prinzipien sowie auch Forderungen an China, konkrete nationale Maßnahmen anzunehmen und Emissionsreduktionsziele zu formulieren und darüber hinaus den globalen Klimaschutz über eigene nationale Interessen zu stellen, erhöht nicht nur den Druck auch auf China, sich international kooperativer und verantwortungsvoller zu zeigen, sondern appel-

¹⁹⁹ Vgl. Mori (2014): 2.

²⁰⁰ Vgl. WWF (2013); vgl. WWF (2014): 6ff.

²⁰¹ Vgl. Brot für die Welt (2014): 1.

²⁰² Brot für die Welt (2014): 2.

²⁰³ Vgl. WWF (2014): 4.

liert vor allem an die Volksrepublik und die politischen Entscheidungsträger Chinas, ihre internationale Verantwortung wahrzunehmen und aus eigener Überzeugung zum Wohle der Weltgemeinschaft zu handeln. So sind die Erwartungen an die chinesische Delegation bereits auf Bali sehr konkret, die sich besonders aus der rasanten Wirtschaftsentwicklung und den damit verbundenen hohen Emissionsmengen Chinas ergeben. Nicht nur betonen die Industrieländer die Notwendigkeit einer globalen Lösung für den Klimawandel, welcher vor allen Dingen eine gemeinsame Vision zugrunde liegen muss, sondern fordern darüber hinaus besonders die Entwicklungsländer, darunter vor allem jene wie China, die sich bereits in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befinden, auf konkrete Maßnahmen zur Minderung ihrer CO₂-Emissionen zu ergreifen und sich in diesem Zusammenhang auf Bali auf messbare und somit verifizierbare Beiträge zu verständigen. Inwiefern derartige Forderungen, die sich seit 2007 zunehmend verstärkten, auch Einfluss auf Chinas Selbstwahrnehmung nehmen, soll nun Gegenstand der weiteren Untersuchung sein.

Noch 2005 betonten chinesische Politiker die Opferrolle Chinas im Hinblick auf den Klimawandel, beriefen sich in diesem Zusammenhang auf das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und die geringen Pro-Kopf-Emissionen ihres Landes und sahen China als Entwicklungsland in erster Linie einer wirtschaftlichen Bedrohung durch den Klimawandel gegenüber. Wenngleich sie den Klimawandel als „globales Thema von gemeinsamem Interesse“²⁰⁴ betrachteten – die eigene wirtschaftliche Entwicklung aufrechtzuerhalten stand weiterhin an oberster Stelle der nationalen Prioritätenliste, während die von der Erderwärmung ausgehende ernste Gefahr sowie die damit verbundene Dringlichkeit, eine international aktive und kooperative Haltung einzunehmen, scheinbar noch nicht ausreichend in das Bewusstsein der VR China gerückt zu sein schien. Internationale Kooperation im Rahmen des Klimaregimes erachtete die VR China deshalb lediglich im Hinblick auf Technologietransfer als notwendig. *„China holds a positive attitude toward international cooperation [...] in the following fields: researching and developing energy conservation technologies, introducing and diffusing them [...]“*²⁰⁵ Dass eine internationale Kooperation jedoch weder erweiterte Verhandlungen noch Emissionsreduktionen für China beinhaltet, bekräftigte Jiang Weixin 姜伟新, stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (*National Development and Reform Commission, NDRC; guojia fazhan he gaige weiyuanhui*

²⁰⁴ Hua Jianmin (2006).

²⁰⁵ Liu Jiang (2005).

国家发展和改革委员会), bei der Klimakonferenz noch in Nairobi 2006 folgendermaßen: „*The dialog, however, is neither a negotiation process, nor an attempt to set up emission reduction limitation targets for the developing countries.*“²⁰⁶ Erklärungen wie „*China is willing to work with the international community to explore solutions for climate change*“²⁰⁷ liegt also bis 2006 noch eine Priorisierung nationaler Entwicklungsziele zugrunde, die der Kooperationsbereitschaft der VR China einen einseitigen Charakter verleiht. So stellt die chinesische Regierung Forderungen an die Industrieländer, während sie selbst keine aktive und konstruktive Haltung einnimmt. Der zweite Teil der empirischen Untersuchung soll nun klären, inwiefern sich eine veränderte Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime, aber auch eine zunehmend dringlichere Behandlung der Klimasituation durch andere Staaten allgemein auf die Selbstwahrnehmung der Volksrepublik und ihre Rolle im Hinblick auf den globalen Klimaschutz auswirkt und sogar ein Umdenken der politischen Entscheidungsträger bewirkt. Im Mittelpunkt der Analyse sollen nun jene Konzepte bzw. Kategorien stehen, die sich aus der näheren Betrachtung der Fremdwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime ergeben haben. Es soll besonders beobachtet werden, inwiefern die VR China ebenfalls eine Notwendigkeit einer globalen Kooperation sowie einer aktiveren Beteiligung der Entwicklungsländer erkennt und sich damit einhergehend auch die Selbstwahrnehmung der VR China als Entwicklungsland verändert, d.h. China sich seiner Rollen als Schwellenland sowie als weltweit größter CO₂-Emittent bewusst wird und dementsprechend international Verantwortung übernimmt. In diesem Zusammenhang soll auch erörtert werden, ob die chinesische Regierung eine strikte Trennung der Verantwortlichkeiten wie sie die UNFCCC festlegt, beibehält oder ebenfalls, wie die im ersten Teil der empirischen Untersuchung betrachteten Staaten, ein Bewusstsein für eine neue Realität entwickelt und damit einhergehend auch traditionelle Prinzipien neu bewertet. Hierfür sollen neben einzelnen Klimakonferenzen unter anderem nationale Politiken näher betrachtet werden, vor allem jedoch Argumentationsstrukturen aus Reden und Statements herausgefiltert werden, um nicht nur eine bloße Verhaltensveränderung in Form internationaler Zugeständnisse, sondern eine Veränderung der Selbstwahrnehmung Chinas durch die politischen Entscheidungsträger aufzeigen zu können.

²⁰⁶ Jiang Weixin (2006).

²⁰⁷ Liu Jiang (2005).

6.2.1 Nationale Entwicklung vs. internationale Klimakooperation – Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2007-2009

Als erstes Entwicklungsland veröffentlichte die NDRC im Juni 2007 einen nationalen Plan zum Umgang mit dem Klimawandel – ein erster Schritt der Volksrepublik den Klimaschutz in die nationale Politik zu integrieren. Die traditionelle Selbstwahrnehmung Chinas als Entwicklungsland ändert sich jedoch zunächst nicht. So betont die chinesische Regierung weiterhin die geringen Pro-Kopf-Emissionen²⁰⁸ und die wirtschaftliche Unterlegenheit des Landes²⁰⁹ und verweist auch weiterhin auf die historische Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel.²¹⁰ Auch betont die chinesische Regierung weiterhin das Recht auf Entwicklung²¹¹ und betrachtet vor allem die hohen CO₂-Emissionen Chinas als notwendige Konsequenz eines Industrialisierungsprozesses.²¹² Auch die chinesische Regierung bekräftigt, dass eine nachhaltige Entwicklung weiterhin die oberste Priorität für die chinesische Regierung darstelle und globaler Klimaschutz nationales Wachstum nicht negativ beeinträchtigen oder gar beschränken darf, sondern jegliche Art von klimaschützenden Maßnahmen der nachhaltigen Entwicklung Chinas förderlich sein müssen.²¹³ Dass weiterhin die Gefahren des Klimawandels für die nationale Entwicklung im Vordergrund stehen, verdeutlicht die NDRC in der Einleitung des nationalen Klimaplan: „Klimawandel ist gleichermaßen ein Umwelt- wie ein Entwicklungsproblem, letzten Endes jedoch ist es ein Entwicklungsproblem.“²¹⁴ Während der Klimawandel von chinesischen Politikern allerdings noch 2006 lediglich als globales Thema beschrieben wurde, wird die Klimasituation nun zunehmend als globale Herausforderung wahrgenommen, die einer internationalen Reaktion und Antwort bedarf.²¹⁵ Damit beginnt sich scheinbar nun auch die Wahrnehmung der Klimasituation in China zu verschieben und an die Einschätzungen der Klimasituation, wie sie die Industrieländer vornehmen, anzuknüpfen. Ein größeres Bewusstsein der chinesischen Entscheidungsträger über die ernsthafte Bedrohung, die vom Klimawandel ausgeht, findet sich auch in den Worten Su Weis 苏伟 bei der Klimakonferenz auf Bali wieder: „[Climate change] is happening now! The threat is immi-

²⁰⁸ Vgl. NDRC (2007): 6.

²⁰⁹ Vgl. NDRC (2007): 10.

²¹⁰ Vgl. NDRC (2007): 54.

²¹¹ Vgl. MEA (2007).

²¹² Vgl. NDRC (2007): 19.

²¹³ Vgl. NDRC (2007): 24.

²¹⁴ NDRC (2007): 2. Originalwortlaut des Zitats: „气候变化即使环境问题，也是发展问题，但归根到底是发展问题。”

²¹⁵ Vgl. NDRC (2007): 25.; vgl. Xie Zhenhua (2007): 2.

*ment, and the damage is real.*²¹⁶ Chinas Bewusstsein über die Bedrohung spiegelt sich auch in zunehmend größer werdenden Erwartungen an die internationale Gemeinschaft wider. So betont nicht nur Xie Zhenhua die Erfordernis einer „loyalen Zusammenarbeit und gemeinsamer Anstrengungen“ aller Länder, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand²¹⁷, sondern auch die NDRC hebt die Notwendigkeit, eine Reduktion der weltweiten Emissionen herbeizuführen, hervor.²¹⁸ Wie auch für andere Staaten, darunter auch Industrieländer wie Deutschland, muss für China eine internationale Klimaschutz-Kooperation jedoch auf dem Prinzip der „*common but differentiated responsibility*“ basieren, welches die VR China 2007 wie folgt definiert: „Gemäß diesen Prinzipien sollten die Industrieländer, was die Reduktion von Treibhausgasen betrifft, eine Führungsrolle übernehmen und darüber hinaus den Entwicklungsländern finanzielle und technische Unterstützung leisten.“²¹⁹ Auch wenn die chinesische Regierung internationale Kooperation im Hinblick auf den globalen Klimaschutz 2007 wie auch 2006 noch stark an Technologietransfer knüpft bzw. Technologietransfer als absolute Notwendigkeit betrachtet – worüber durchaus ein internationaler Konsens herrscht – betont die chinesische Regierung eine zunehmend größere Bereitschaft international zu kooperieren. So erklärt die NDRC eine „aktive und umfassende Partizipation“ der Volksrepublik im internationalen Klimaregime zu einem grundlegenden Prinzip der Klimapolitik Chinas.²²⁰ So formuliert auch Xie Zhenhua den Gemeinschaftsgedanken, der sich nun auch in der Wahrnehmung der Klimasituation durch die VR China zu manifestieren scheint, wie folgt: „[...] *to combat climate change, each of us shall make corresponding contributions and sacrifices for the common goods of mankind.*“²²¹ Auch wenn die VR China weiterhin keine international verbindlichen Verpflichtungen, die über die Bestimmungen, die die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll für Entwicklungsländer vorsehen, hinausreichen, eingeht, kündigt die chinesische Regierung im Rahmen des Klimaprogramms von 2007 doch nationale Ziele an. Mit den Maßnahmen, die vor allem den Energiesektor des Landes betreffen, kommt die Volksrepublik vor allem der Forderung der USA an Entwicklungsländer nach, nationale Pläne zur Reduktion von Treibhausgasen zu entwerfen. Die chinesische Regierung kündigt nicht nur an, den Anteil erneuerbarer Energien auf 10% zu erhöhen, sondern strebt gleichzeitig an,

²¹⁶ Su Wei (2007): 1.

²¹⁷ Vgl. Xie Zhenhua (2007): 2.

²¹⁸ Vgl. Su Wei (2007): 1.

²¹⁹ NDRC (2007): 24. Originalwortlaut des Zitats: „根据这一原则，发达国家应带头减少温室气体排放，并向发展中国家提供资金和技术支持。”

²²⁰ Vgl. NDRC (2007): 25.

²²¹ Xie Zhenhua (2007): 3.

den Energiekonsum des Landes bis 2010 um 20% pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes im Vergleich zum Jahr 2005 zu senken.²²² Wenngleich eine Senkung der Treibhausgasemissionen lediglich ein positiver Nebeneffekt derartiger Maßnahmen ist, erklärt Zhou Jian 周建, Vizeminister des Ministeriums für Umweltschutz der VR China (*zhonhuarenmingongheguo huanjingbaohubu* 中华人民共和国环境保护部; *Ministry of Environmental Protection* MEP) eine Senkung der nationalen Emissionen bis 2010 um 10% bereits im November 2007 zur Kernaufgabe der nationalen Politik.²²³ Dieser Schritt verdeutlicht auch die Ambitionen der chinesischen Regierungen von ihren BAU-Emissionen abweichen zu wollen. Dass der globale Klimaschutz sehr wohl auch zur nationalen Aufgabe zu werden und sich eine zunehmende Veränderung der traditionellen Haltung der VR China einzustellen scheint, wird nicht nur durch die Veröffentlichung des Klimaprogramms, sondern auch durch die Einrichtung einer „Nationalen Führungsgruppe zur Bewältigung des Klimawandels“ (*guojia yingdui qihoubianhua lingdaoxiaozu* 国家应对气候变化领导小组) innerhalb des NDRC deutlich, welche unter der Leitung des Premierministers der VR China, Wen Jiabao 温家宝, steht.²²⁴ So erfolgt mit der Schaffung dieser Arbeitsgruppe auch die Integration des Klimaschutzes in das nationale sozio-ökonomische Entwicklungsprogramm. Obwohl die chinesische Regierung ihr Land weiterhin als Opfer des Klimawandels begreift²²⁵, scheint sich die chinesische Regierung zunehmend auch über eine eigene Verantwortung für den Klimaschutz bewusst zu werden. So bekräftigt auch Su Wei bei der Klimakonferenz in Bali: „*China is acting. We will do what we should do and will do what we can do. China is committed to strengthening ability and capacity to fight climate change and to making new contribution to the protection of the global climate.*“²²⁶ Aus diesem Grund kann auch die Verpflichtung Chinas auf Bali zu national angemessenen Eindämmungsmaßnahmen (NAMAs) – wie es auch viele Staaten im Vorfeld der 13. Klimakonferenz forderten – als erster Ausdruck eines neuen Kooperationsverständnisses der chinesischen Regierung sowie auch als Antwort auf die Ankündigung, international einen größeren Beitrag leisten zu wollen, gewertet werden und weniger als bloße Reaktion auf einen sich aufbauenden internationalen Druck. Auch Xie Zhenhua bringt dies auf Bali nochmals zum Ausdruck: „*All of these efforts clearly indicate that the Government of China will be trying its best to make positive efforts to address climate change in a responsible*

²²² Vgl. NDRC (2007): 26.

²²³ Vgl. MEP (2007).

²²⁴ Vgl. NDRC (2007): 52.

²²⁵ Vgl. Su Wei (2007): 1.

²²⁶ Su Wei (2007): 4.

manner.“²²⁷ Die chinesische Regierung betrachtet die Klimakonferenz auf Bali sogar als Wendepunkt in den internationalen Klimaverhandlungen, begründet vor allem durch das höhere Maß an Kooperation und die Verständigung der Entwicklungsländer auf gemeinsame Maßnahmen.²²⁸ Dieser Kooperationsgedanke verstärkt sich nach der COP 13 zunehmend und findet seinen Niederschlag in folgenden Worten Wen Jiabaos: „*The international community must [...] recognize that helping others is helping yourself and harming others is harming yourself [...]*.“²²⁹ Auch Yu Qingtai 于庆泰, der Sonderbeauftragte der VR China für Klimaverhandlungen, greift diesen Solidaritätsgedanken auf und bekräftigt, dass es einer „Einheitsfront“ im Kampf gegen den Klimawandel bedarf.²³⁰ Wenngleich die chinesische Regierung China weiterhin als Entwicklungsland begreift und nach wie vor die Prinzipien der UNFCCC als absolute Grundlage internationaler Klimaverhandlungen betrachtet²³¹, fordert Wen Jiabao im November 2008 dennoch alle Entwicklungsländer auf, entsprechend ihrer Kapazitäten zu versuchen, ihre Emissionen zu senken und erweiterte Minderungs- wie Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen.²³² Auch die chinesische Regierung scheint also zu erkennen, dass Emissionsreduktionen allein durch die Industrieländer zukünftig nicht mehr ausreichen werden. Einen eigenen Beitrag leistet die VR China mit der Veröffentlichung eines Weißbuchs im Oktober 2008, welches nicht nur Politiken und konkrete Maßnahmen im Hinblick auf die Implementierung der in Indonesien beschlossenen Minderungsmaßnahmen enthält und beispielsweise eine Reduktion nationaler Emissionen um 20% pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bis 2010 ankündigt²³³, sondern vor allem über internationale Kooperationschritte der VR China informiert sowie eine Darstellung der Position Chinas für die Klimakonferenz in Kopenhagen enthält. Besonders was die internationale Kooperation betrifft, kristallisiert sich eine zunehmend aktivere Position der VR China heraus. So betont die chinesische Regierung in ihrem Weißbuch nicht nur, dass sie beabsichtige, die Zusammenarbeit mit den ärmsten Entwicklungsländern im Rahmen ihrer Möglichkeiten auszuweiten, sondern gleichzeitig auch in einen Klimadialog mit den USA, Japan und anderen Industrieländern zu treten.²³⁴ Zwar ist eine internationale Kooperation mit Industrieländern seitens der chinesi-

²²⁷ Xie Zhenhua (2007): 5.

²²⁸ Vgl. Yu Qingtai (2008).

²²⁹ Wen Jiabao (2008): 4.

²³⁰ Vgl. Yu Qingtai (2008).

²³¹ Vgl. SCIO (2008).

²³² Vgl. Wen Jiabao (2008): 4.

²³³ Vgl. SCIO (2008): Kapitel 3.

²³⁴ Vgl. SCIO (2008): Kapitel 7.

schen Regierung auch weiterhin stark an Technologietransfer gebunden, jedoch knüpft China eigene Maßnahmen nicht mehr explizit daran. Vielmehr betont Zhang Ping 张平, Vorsitzender der NDRC, die Erfordernis, Zugang zu moderner Technologie zu haben und appelliert an die Industrieländer: „If developed countries could transfer [...] climate-friendly technologies to developing countries [...] the environmental costs of developing countries in the course of development will be greatly reduced.“²³⁵ Vor allem, die Akzentuierung klimafreundlicher Technologien zeigt, dass die Notwendigkeit des Klimaschutzes zunehmend ins Bewusstsein der chinesischen Regierung rückt. Nicht nur auf dem Gebiet der internationalen Kooperation und der Haltung zum Technologietransfer, sondern auch im Hinblick auf Chinas traditionell rücksichtslose Priorisierung der nationalen Entwicklung, kann die COP 13 in Indonesien als Wendepunkt bezeichnet werden. Während China noch im Verlauf des Jahres 2007 betonte, dass hohe Emissionen ein notwendiges Produkt industrieller Entwicklung sind, bewertet die chinesische Regierung 2008 hohe CO₂-Ausstöße zwar aufgrund Chinas Entwicklungsstadiums weiterhin als unvermeidbar, betont jedoch gleichzeitig den negativen Einfluss hoher Emissionen auf internationale Minderungsbemühungen.²³⁶ Darüber hinaus bekräftigt Wen Jiabao im November 2008: „It is not in the common interest of mankind to address climate change at the cost of development, or to blindly pursue economic growth in disregard of the threats of climate change.“²³⁷ So scheint sich auch in den Reihen chinesischer politischer Entscheidungsträger eine Haltung zu manifestieren, die eine Trennung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und des Klimaschutzes als nicht mehr sinnvoll erachtet, sondern vielmehr eine Balance zwischen beiden Komponenten fordert. Was die Positionierung der chinesischen Regierung im Hinblick auf die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 betrifft, kann zudem erstmals eine veränderte Selbstwahrnehmung Chinas festgestellt werden. Während jene noch 2008 betonte, dass „China eines der Länder sei, die im Hinblick auf die schädlichen Einflüsse des Klimawandels besonders verwundbar seien“²³⁸, begreift die chinesische Regierung ihr Land nun erstmals in einer Zwischenstufe der Entwicklung und erkennt einen gewissen Industrialisierungsgrad an: „China befindet sich gerade in einer entscheidenden Phase auf halber Strecke der Industrialisierung und des umfassenden Aufbaus einer Mittel-

²³⁵ Zhang Ping (2008): 2.

²³⁶ Vgl. Zhang Ping (2008): 1.

²³⁷ Wen Jiabao (2008): 4.

²³⁸ SCIO (2008): Kapitel 2. Originalwortlaut des Zitats: „中国是最易受气候变化不利影响的国家之一 [...]。 “

standsgesellschaft.“²³⁹ Damit scheint auch ein Umdenken der chinesischen Regierung im Hinblick auf nationale Prioritäten einherzugehen. So betont die NDRC im Jahresbericht über Politiken und Maßnahmen Chinas gegen den Klimawandel von 2009 (*zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce he xingdong* ——2009 niandubaogao 中国应对气候变化的政策和行动——2009 年度报告) explizit die Notwendigkeit des Klimaschutzes für die weitere positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes: „Eine aktive Reaktion auf den Klimawandel ist nicht nur wichtig für die Existenz der Menschheit und die Entwicklung eines jeden Landes, sondern ebenso wichtig für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Chinas in ihrer Gesamtheit.“²⁴⁰ Während zwar die nationale Entwicklung weiterhin im Fokus der chinesischen Regierung steht, gewinnt auch der Klimaschutz auf nationaler Ebene zunehmend an Bedeutung. Dies wird auch in einer Rede Xie Zhenhuas bereits im August 2009 deutlich, in der er betont, dass die Kontrolle von Treibhausgasemissionen zwar einen Restriktionsfaktor für die nachhaltige Entwicklung Chinas darstelle, sich eine aktive Reaktion auf den Klimawandel jedoch gleichermaßen positiv auf die Umsetzung eines wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts auswirke.²⁴¹ Ausdruck findet dieses Umdenken in einer Ankündigung Hu Jintaos, derzufolge die chinesische Regierung nicht nur anstrebe, die Gesamtemissionen bis 2020 erheblich zu senken, sondern auch den Anteil nicht fossiler Energieträger auf 15% zu erhöhen.²⁴² Wenngleich zu diesem Zeitpunkt keine konkreten Emissionsreduktionsziele genannt werden, scheint der Klimaschutz dennoch nicht nur Teil nationaler Entwicklungspläne zu werden, sondern vor allem als Notwendigkeit in das Bewusstsein der chinesischen Entscheidungsträger zu rücken. Dass eine Koordinierung der nationalen Entwicklung und des globalen Klimaschutzes auch für die VR China zunehmend an Wichtigkeit gewinnt, macht Hu Jintao im September 2009 folgendermaßen deutlich: „Entwicklungsländer müssen sich frei machen von der gewohnten Weise, zuerst [die Erde] zu verschmutzen und erst dann [zu beginnen], die [Folgen] unter Kontrolle zu bringen.“²⁴³ Darüber hinaus betont er unter dem Motto „Hand in Hand gegen die Herausforderungen des Klimawandels“ (*xieshou yingdui qihoubianhuatiao zhan* 《携手应对气候变化挑战》) noch

²³⁹ NDRC (2009): 43. Originalwortlaut des Zitats: „中国正处于工业化中期阶段、全面建设小康社会的关键时期。“

²⁴⁰ NDRC (2009): 43. Originalwortlaut des Zitats: „积极应对气候变化，不仅事关人类生存和各国发展，而且事关中国经济社会发展全局。“

²⁴¹ Vgl. NDRC (2009): 55.

²⁴² Vgl. NDRC (2009): 43.

²⁴³ Hu Jintao (2009): 3. Originalwortlaut des Zitats: „发展中国家应该 [...] 摆脱先污染、后治理的老路。“

stärker als in den vergangenen Jahren, dass es einer internationalen Zusammenarbeit bedarf, um den Klimawandel einzudämmen und appelliert in diesem Zusammenhang auch an die Entwicklungsländer, ihre Emissionen zu senken.²⁴⁴ Auch der chinesische Premier unterstreicht in Kopenhagen nochmals, dass es „eine gemeinsame Mission sei, den Klimawandel einzudämmen“²⁴⁵ und kündigt darüberhinaus das ambitionierte Ziel der chinesischen Regierung an, die Emissionen des Landes auf freiwilliger Basis bis 2020 um 40-45% pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes senken zu wollen. Eine internationale bindende Verpflichtung auf Emissionsreduktionsziele würde jedoch zu diesem Zeitpunkt die Kapazitäten des Landes übersteigen.²⁴⁶ Wenngleich die chinesische Regierung im Hinblick auf Emissionsreduktionen auch 2009 keine internationalen Verpflichtungen eingeht und nach wie vor auf das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung verweist²⁴⁷, so wird doch zunehmend deutlich, dass sie, einhergehend mit der positiven Entwicklung des Landes, nun auch einen internationalen Beitrag entsprechend der erweiterten Möglichkeiten und Kapazitäten leisten will.²⁴⁸ Diese Entschlossenheit formuliert auch der chinesische Premierminister Wen Jiabao: „*We will honor our world with real action*“.²⁴⁹ Dass einer Kooperation nicht mehr nur technologische Anreize und nationale Interessen zugrunde liegen, sondern vor allem eine dringendere Wahrnehmung des Klimawandels als globale Herausforderung sowie ein Bewusstsein über die eigene Verantwortung für die Zukunft, zeigt sich nicht nur in der Ankündigung nationaler Emissionsreduktionsziele. Dieser Umstand manifestiert sich auch in einer erweiterten Kooperation der chinesischen Regierung mit afrikanischen Ländern, in Form finanzieller Unterstützung durch die Volksrepublik auf dem Gebiet der Entwicklung alternativer Energien, vor allem jedoch in der Zusammenarbeit mit den USA. So verständigen sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die Volksrepublik China in einem Kommuniqué (*jiaqiang qihoubianhua nengyuan he huanjinghezuo de liangjiebeiwanglu* 《加强气候变化、能源和环境合作的谅解备忘录》) auf die Verstärkung ihrer Kooperation auf den Gebieten des Klimawandels und der Umwelt sowie im Energiesektor.²⁵⁰ Es lässt sich also mehr und mehr sowohl eine Bereitschaft als auch ein Wille Chinas beobachten, mit der internationalen Staatengemeinschaft im Hinblick auf den globalen Klimaschutz an einem Strang zu ziehen. So

²⁴⁴ Vgl. Hu Jintao (2009): 3.

²⁴⁵ Xinhua (2009).

²⁴⁶ Vgl. Xinhua (2009).

²⁴⁷ Vgl. NDRC (2009): 32.

²⁴⁸ Vgl. NDRC (2009): 57.

²⁴⁹ Xinhua (2009).

²⁵⁰ Vgl. NDRC (2009): 34f.

bekräftigt auch Hu Jintao auf dem Klimagipfel in New York 2009: „China ist bereit, sich Hand in Hand mit anderen Ländern zu bemühen, gemeinsam eine noch bessere Zukunft für die kommenden Generationen zu schaffen.“²⁵¹

So erkennt China im *Copenhagen Accord* (Decision 2/CP.15), dem zentralen, jedoch rechtlich nicht bindenden Abschlussdokument der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009, nicht nur die Notwendigkeit des 2-Grad-Ziels an, sondern erklärt sich zusammen mit anderen Entwicklungsländern zusätzlich zu einer Kontrolle jener nationaler Minderungsanstrengungen bereit, die mit internationalen Geldern finanziert werden.²⁵² Dadurch entfernt sich die chinesische Regierung nicht nur bis zu einem gewissen Grad von ihrem traditionellen außenpolitischen Prinzip der nationalen Souveränität, sondern trägt dadurch auch gleichzeitig in erheblichem Maße zur Transparenz und Vertrauensbildung im internationalen Klimaregime bei – Notwendigkeiten, die auch Teil der Forderungen der internationalen Gemeinschaft an China sind.

6.2.2 Größtes Entwicklungsland der Erde vs. weltweit größter CO₂-Emittent – Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2010-2012

Wie bereits 2009, veröffentlicht die NDRC auch im Jahr 2010 einen Jahresbericht über nationale Politiken und Maßnahmen gegen den Klimawandel (*zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce he xingdong* — 2010 niandubaogao 中国应对气候变化的政策和行动——2010 年度报告). Wenngleich die chinesische Regierung weiterhin den Status Chinas als Entwicklungsland mit einer hohen Bevölkerungszahl betont und gleichzeitig darauf verweist, sich nach wie vor im Prozess der Industrialisierung und Modernisierung zu befinden, bekräftigt sie dennoch die Ernsthaftigkeit ihrer Ankündigung relativer Emissionsreduktionen um 40-45% bis 2020. So verdeutlicht die NDRC im Jahresbericht nochmals, dass es sich dabei um eine „ehrliche bzw. ernsthafte Verpflichtung“ der VR China handelt, einen signifikanten Beitrag

²⁵¹ Hu Jintao (2009): 5. Originalwortlaut des Zitats: „中国愿同各国携手努力，共同为子孙后代创造更加美好的未来!“

²⁵² Vgl. UNFCCC (2009): 5f.

zum globalen Klimaschutz zu leisten.²⁵³ Auch der erneute Verweis auf die Unterstützung der ärmsten Länder der Welt²⁵⁴ durch die VR China zeigt, dass die chinesische Regierung eine internationale Kooperation aktiv verfolgt. Dies manifestiert sich auch darin, dass der nationale Bericht auch das von Hu Jintao 2009 geprägte Motto „Hand in Hand gegen den Klimawandel“ erneut aufgreift und so auch die Kooperationsbereitschaft der chinesischen Regierung abermals signalisiert.²⁵⁵ Wenngleich die VR China auch im Jahr 2010 die Prinzipien der Klimarahmenkonvention als Basis für internationale Klimaverhandlungen begreift und mit der Betonung der historischen Verantwortung der Industrieländer auch weiterhin eine Trennung der Verantwortung von Annex I- und Nicht-Annex I- Staaten vornimmt, so scheinen jedoch auch für die chinesische Regierung die Entwicklungsländer eine zunehmend größere Rolle für den globalen Klimaschutz zu spielen. Obwohl die chinesische Regierung weiterhin betont, dass Klimaschutz den nationalen Entwicklungsspielraum nicht begrenzen dürfe, so appelliert sie dennoch an alle Entwicklungsländer: „Entwicklungsländer sollen innerhalb des Prozesses ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und der Beseitigung von Armut, mithilfe der Unterstützung durch die Industrieländer und entsprechend der jeweiligen nationalen Bedingungen, aktiv Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie Maßnahmen zu dessen Minderung ergreifen.“²⁵⁶ Auch die Notwendigkeit einer Koordinierung von wirtschaftlicher Entwicklung und globalem Klimaschutz, die bereits aus diesen Worten hervorgeht, betont die NDRC in ihrem Jahresbericht im Rahmen ihrer Positionierung hinsichtlich internationaler Klimaverhandlungen erneut. Während sich bereits 2009 andeutete, dass die chinesische Regierung die nationale Entwicklung Chinas nicht mehr derart konsequent wie noch 2007 über den globalen Klimaschutz stellt, manifestiert sich dies in den Ausführungen der NDRC folgendermaßen: „Nachhaltige Entwicklung ist sowohl Ziel als auch Mittel einer effizienten Reaktion auf den Klimawandel“.²⁵⁷ Während aus diesen Worten in erster Linie eine Notwendigkeit einer Balance beider Komponenten spricht, begreift die chinesische Regierung den Klimaschutz 2010 erstmals auch als Chance für die Entwicklung des Landes und bewertet eine Harmonisierung des Klimaschutzes und der nationalen Entwicklung als „für beide Seiten ge-

²⁵³ Vgl. NDRC (2010): Vorwort.

²⁵⁴ Vgl. NDRC (2010): Vorwort.

²⁵⁵ Vgl. NDRC (2010): Kapitel 7.

²⁵⁶ NDRC (2010): Kapitel 7. Originalwortlaut des Zitats: „发展中国家在发展经济、消除贫困的过程中，在发达国家的支持下根据各国国情采取积极的适应和减缓气候变化的措施。“

²⁵⁷ NDRC (2010): Kapitel 7.2. Originalwortlaut des Zitats: „可持续发展是有效应对气候变化的目标和手段。“

winnbringend“.²⁵⁸ Dennoch betont die Regierung, dass sie kurzfristig vor allem die Anpassung des Landes und die der Entwicklung an den Klimawandel verfolge, aktive Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels jedoch als langfristige Pflicht der VR China erachte.²⁵⁹ Nichtsdestotrotz werden nationale Bemühungen zur aktiven Bekämpfung des Klimawandels bereits seit 2009 in Form ambitionierter Reduktionsziele von 40-45% deutlich. Wenngleich es sich dabei weder um national noch international bindende Verpflichtungen handelt, so bekräftigt die NDRC in ihrem Jahresbericht erneut den Willen der chinesischen Regierung, einen ehrlichen und qualifizierten Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten: „Eine aktive Reaktion auf den Klimawandel [...] wird den Kurs der zukünftigen Entwicklung Chinas maßgeblich bestimmen.“²⁶⁰ Nicht nur erklärt die chinesische Regierung hiermit den Klimaschutz zu einem wichtigen Element der zukünftigen Entwicklung des Landes und damit auch zu einer politischen Priorität, sondern bekennt sich dadurch erstmals – wenn auch implizit – zu ihrer Verantwortung für die Zukunft. Einhergehend damit kündigt die NDRC bereits 2010 an, innerhalb der darauffolgenden fünf Jahre nicht nur die Energieintensität, sondern auch die Treibhausgasemissionen des Landes erheblich senken zu wollen, wodurch zunehmend deutlich wird, dass die chinesische Regierung die Notwendigkeit erkennt, die zukünftige Entwicklung des Landes im Hinblick auf den Klimawandel verantwortungsvoll zu gestalten. Im März 2011 schließlich wurden diese klimapolitischen Ankündigungen auf der 4. Plenarsitzung des 11. Volkskongresses im 12. Fünfjahrplan (*guomin jingji he shehui fazhan di shi'er ge wu guihuagangyao* 国民经济和社会发展第十二个五年规划纲要; kurz: *shi'erwu guihuagangyao* 十二五规划纲要) formuliert und unter dem 6. Kapitel in eine national bindende Form überführt. Während bisher auch nationale Zielsetzungen, z. B. Emissionsreduktionen betreffend, keinen verbindlichen Charakter hatten, macht die chinesische Regierung in ihrem 12. Fünfjahrplan nun erstmals eine verbindliche Zusage – zumindest auf nationaler Ebene. So legt sich die chinesische Regierung auf eine Reduktion der CO₂-Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes um 17% bis 2015 im Vergleich zu 2010 sowie auf eine Verringerung des Energiekonsums um 16%²⁶¹ und kommt damit gleichzeitig internationalen Forderungen nach, konkrete Minderungsziele zu formulieren und nationale Verpflichtungen einzugehen. Wenngleich sich die VR China in ihrem Entwicklungsplan keine Reduzierung um 40-45% zum Ziel

²⁵⁸ NDRC (2010): Kapitel 7.2.

²⁵⁹ Vgl. NDRC (2010): Kapitel 7.2.

²⁶⁰ NDRC (2010): Schlusswort. Originalwortlaut des Zitats: „积极应对气候变化 [...] 成为中国未来发展重要的导向。“

²⁶¹ Vgl. SCIO (2011): Kapitel 7.

setzt, so zeigen diese nationalen Maßnahmen dennoch, dass ambitionierte internationale Ankündigungen Chinas keine leeren Versprechungen bzw. gar Beschwichtigungsversuche seitens der chinesischen Regierung sind, den internationalen Druck auf die Volksrepublik zu mindern, sondern vielmehr einem politischen Willen entsprechen, im Rahmen der nationalen Möglichkeiten einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Ein Verantwortungsgefühl für die Zukunft, welches sich auch bei chinesischen Entscheidungsträgern zunehmend einzustellen scheint, manifestiert sich auch darin, dass die chinesische Regierung in ihrem 12. Fünfjahrplan der Verfolgung eines emissionsarmen (*ditan fazhanlinian* 低碳发展理念) und vor allem „grünen“ Entwicklungskonzepts (*lüse fazhanlinian* 绿色发展理念) Nachdruck verleiht.²⁶² Wenngleich eine nachhaltige Entwicklung auch in den internationalen Klimaverhandlungen nach wie vor von der chinesischen Regierung priorisiert wird, die VR China auch weiterhin keine international verbindlichen Verpflichtungen eingeht und damit seiner Rolle und Verantwortung als weltweit größter Emittent von Treibhausgasen in den Augen der internationalen Gemeinschaft auch 2011 noch nicht ausreichend gerecht zu werden scheint, so kann an diesem Punkt dennoch ein Paradigmenwechsel in der klimapolitischen Haltung festgestellt werden – weg von einem rein quantitativen hin zu einem qualitativeren und klimafreundlicheren Entwicklungsansatz und damit auch einem verantwortungsvolleren Verhalten im Sinne des globalen Klimaschutzes. Eben diese klimafreundliche Entwicklung beschreibt die chinesische Regierung in einem im November 2011 veröffentlichten Weißbuch als „neuen Weg der Industrialisierung“²⁶³, an dem China festhalten werde und verdeutlicht in diesem Zusammenhang auch die internationale Dimension dieses Konzepts und damit auch die klimapolitisch internationale Orientierung der VR China: „Es ist bereits jetzt eine weltweite Hauptströmung, dass alle Länder Hand in Hand auf den Klimawandel reagieren und eine grüne und emissionsarme Entwicklung fördern.“²⁶⁴ Seit 2011 scheint sich also Chinas Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung für den Klimaschutz beginnen zu verschieben. Dies wird nicht nur durch nationale Verpflichtungen deutlich, sondern auch durch die Forderung Chinas an die Entwicklungsländer, aktiv Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, nationale Ziele zu formulieren und diese auch auf nationaler Ebene in Gesetzesform zu verankern.²⁶⁵ Sowohl die Forderungen eines größeren Beitrags der Entwicklungslän-

²⁶² Vgl. Nationaler Volkskongress (2011): Kapitel 6.

²⁶³ SCIO (2011): Kapitel 7. Originalwortlaut des Zitats: „新型工业化道路“

²⁶⁴ SCIO (2011): Vorwort. Originalwortlaut des Zitats: „各国携手应对气候变化，共同推进绿色、低碳发展已成为当今世界的 主流。“

²⁶⁵ Vgl. SCIO (2011): Kapitel 8.2.

der allgemein als auch Chinas nationale, im 12. Fünfjahrplan verankerten Ziele, markieren den Beginn einer Verschiebung der Konnotation des Prinzips der „*common but differentiated responsibility*“, wenn auch nicht in dem Maße und der Eindeutigkeit wie sie beispielsweise im Verständnis der USA oder auch Deutschlands zu beobachten ist. Die chinesische Regierung nimmt zwar weiterhin eine Trennung der Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern vor und betont auch in ihrem 2011 veröffentlichten Weißbuch die historische Verantwortung der Industrieländer²⁶⁶, nimmt letztere jedoch nicht mehr als Begründung der eigenen Untätigkeit in Sachen Klimaschutz, sondern leistet mit ihren nationalen Verpflichtungen seit 2011 einen zunehmend aktiveren Beitrag zum globalen Klimaschutz, wenn auch nicht in einem international verbindlichen Rahmen. „Die chinesische Regierung misst dem Thema des globalen Klimawandels ein hohes Maß an Bedeutung bei [...].“²⁶⁷ Nicht nur Erklärungen wie diese, sondern auch Formulierungen wie „mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein“²⁶⁸ oder „China wird [...] unermüdlich mit allen Ländern zusammenarbeiten“²⁶⁹, die sich seit der Rede Hu Jintaos 2009, in der er die internationale Gemeinschaft aufrief, Hand in Hand zu arbeiten, häufen, verdeutlichen auch, dass sich China im Jahr 2011 über die Notwendigkeit des Klimaschutzes bewusst ist und nationale Bemühungen auch mit einem Willen verbunden sind, einen angemessenen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Gleichermaßen betont die chinesische Regierung auch im Vorfeld der Klimakonferenz in Durban: „[China ist] ein verantwortungsbewusstes bedeutendes Entwicklungsland.“²⁷⁰ Mit dieser Äußerung löst die chinesische Regierung China nicht nur implizit aus der Opferrolle heraus, sondern hebt das Land gleichzeitig auf eine höhere Entwicklungsstufe mit der auch ein höheres Maß an Verantwortung für den globalen Klimaschutz verbunden ist. Dieses nun stärker vorhandene Verantwortungsbewusstsein der chinesischen Regierung äußert sich in einer Rede Xie Zhenhuas im Rahmen der Klimakonferenz in Durban noch deutlicher, in welcher der stellvertretende Vorsitzende der NDRC erstmals einräumt: „Die Gesamtmenge der Emissionen Chinas gibt Anlass zur Sorge.“²⁷¹ Es scheint, als rücke nun auch erstmals die Rolle Chinas als weltweit größter Emittent ins Bewusstsein der chinesischen Regierung. Dies manifestiert sich vor allem darin, dass Xie Zhenhua zwar im gleichen Atem-

²⁶⁶ Vgl. SCIO (2011): Kapitel 8.2.

²⁶⁷ SCIO (2011): Kapitel 5. Originalwortlaut des Zitats: „中国政府高度重视全球气候变化问题 [...]。“

²⁶⁸ SCIO (2011): Kapitel 5. Originalwortlaut des Zitats: „[...] 以高度负责人的态度 [...]。“

²⁶⁹ Xie Zhenhua (2011): 4.

²⁷⁰ SCIO (2011): Schlusswort. Originalwortlaut des Zitats: „[中国是] 负责人的发展中大国。“

²⁷¹ Xie Zhenhua (2011): 3. Originalwortlaut des Zitats: „中国的排放总量引发了关注 [...]。“

zug auf das noch geringe Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, jedoch erstmals nicht mehr auf die geringen Pro-Kopf-Emissionen des Landes verweist.²⁷² Auch diese veränderte Wahrnehmung der chinesischen Regierung verleiht dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung eine neue Dimension und erklärt die 2011, im Vergleich zu 2007, weitaus ambitioniertere Haltung der chinesischen Regierung. So können nationale Verpflichtungen im Rahmen des 12. Fünfjahrplan als Wahrnehmung Chinas internationaler Verantwortung entsprechend seines gegenwärtigen Entwicklungsstandes und seiner nationalen Möglichkeiten begriffen werden, wenngleich die nationalen Verpflichtungen der VR China in den Augen der internationalen Gemeinschaft umfassender sein könnten. Dass den Ambitionen der chinesischen Regierung, einen neuen, klimafreundlichen Entwicklungskurs einzuschlagen und, wie Hu Jintao bereits 2009 ankündigte, den herkömmlichen Entwicklungsweg zu verlassen, sowohl eine veränderte Haltung als auch ein neues Verantwortungsbewusstsein im Hinblick auf den globalen Klimaschutz zugrunde liegen, wird in einer Rede Xie Zhenhuas vom Juli 2012 erneut deutlich. Zwar bekräftigt er eingangs wiederholt, dass die Prinzipien der Klimarahmenkonvention als Grundlage internationaler Klimaverhandlungen zu begreifen sind und nimmt auch weiterhin mit dem Verweis auf die historische Verantwortung der Industrieländer eine Trennung der internationalen Verantwortung für den Klimawandel und damit auch für den Klimaschutz vor, appelliert jedoch zugleich an alle Entwicklungsländer: „Entwicklungsländer sollten ebenfalls den Weg einer grünen und emissionsarmen Entwicklung gehen, um eine Wiederholung der Fehler, die die Industrieländer im Industrialisierungsprozess begangen haben, zu vermeiden.“²⁷³ Wenngleich er in diesem Zusammenhang erneut darauf verweist, dass damit verbundene Emissionsreduktionsmaßnahmen den Entwicklungsrhythmus der Länder nicht negativ beeinflussen dürften²⁷⁴ und gleichzeitig betont, dass Forderungen der internationalen Gemeinschaft, die die Möglichkeiten von Entwicklungsländern übersteigen „weder gerecht, noch realistisch wären“²⁷⁵, betont er dennoch die Notwendigkeit einer „grünen“ Entwicklung. Vor allem die Wahrnehmung der Art des Industrialisierungsprozesses der Industrieländer als „Fehler“ macht deutlich, dass sich die chinesische Regierung zunehmend der eigenen Verantwortung für die Zukunft bewusst wird, die maßgeblich durch die Art der eigenen Industrialisierung bestimmt sein wird. So scheinen Chinas politische Ent-

²⁷² Vgl. Xie Zhenhua (2011): 3.

²⁷³ Xie Zhenhua (2012). Originalwortlaut des Zitats: „[...] 发展中国家也应走绿色低碳的发展道路，避免重复发达国家在工业化过程中的错误。

²⁷⁴ Vgl. Xie Zhenhua (2012).

²⁷⁵ Xie Zhenhua (2012). Originalwortlaut des Zitats: „[...] 是不公平也不现实的。 “

scheidungsträger zunehmend anzuerkennen, dass uneingeschränkte Emissionen nicht nur klimaschädlich sind, sondern eine auf hohen Emissionen gründende Entwicklung sowohl für die Zukunft des Landes als auch im Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel keinen adäquaten Weg darstellt. So affirmiert auch Wen Jiabao beim jährlichen Treffen der „*New Champions*“ in Tianjin im September 2012: *„I believe green development is the main goal of economic transformation and opening-up and cooperation is an irreversible trend of the world.“*²⁷⁶ Besonders die persönliche Perspektive dieser Aussage signalisiert einmal mehr, dass eine „grüne“ Entwicklung nicht nur als formuliertes Ziel des nationalen Entwicklungsplans, sondern vor allem auch als Teil der persönlichen Wahrnehmung politischer Entscheidungsträger präsent ist. Dass sich auch die Selbstwahrnehmung der chinesischen Regierung hinsichtlich des Entwicklungsstandes des Landes zu verändern scheint, kann an folgenden Worten Xie Zhenhuas abgelesen werden: „Auch wenn die Wirtschaftsleistung Chinas vergleichsweise groß ist, ist es dennoch ein Entwicklungsland.“²⁷⁷ Wenngleich Xie Zhenhua hier den Status Chinas als Entwicklungsland bekräftigt, rechtfertigt er dies ausschließlich über das geringe Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt des Landes, jedoch nicht über etwaige geringe Pro-Kopf-Emissionen wie dies traditionell der Fall war.²⁷⁸ Ein Trend also, der sich seit 2011 fortzusetzen scheint. Die Regierung der VR China scheint sich also zunehmend über eine neue Realität, entsprechend welcher China nicht nur gemessen an der Gesamtmenge seiner Emissionen, sondern auch was seine bereits ebenfalls beachtlichen Pro-Kopf-Emissionen betrifft, eine internationale Verantwortung für den Klimaschutz trägt, bewusst zu werden. So spiegelt die Wahrnehmung Chinas durch die eigenen politischen Entscheidungsträger zusehends auch die internationale Fremdwahrnehmung vor allem durch Industrieländer wie die USA und Deutschland wider, die bereits seit 2010 auf die hohen Pro-Kopf-Emissionen Chinas und die damit verbundene internationale Verantwortung verweisen. Auch diese veränderte Selbstwahrnehmung, die 2012 in besonderem Maße zu Tage tritt, kann bereits als Ursache für erweiterte nationale Maßnahmen und Verpflichtungen der chinesischen Regierung verstanden werden. Darüber hinaus verleiht diese veränderte Selbstwahrnehmung auch der internationalen Kooperation Chinas einen neuen Charakter. Diese Kausalität zwischen einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium der VR China und der internationalen Kooperationsbereitschaft der chinesischen Regierung betont Xie Zhenhua explizit: „Infolge des Anstiegs

²⁷⁶ Xinhua (2012).

²⁷⁷ Xie Zhenhua (2012). Originalwortlaut des Zitats: „虽然中国经济总量较大， 但仍是发展中国家 [...]。 “

²⁷⁸ Vgl. Xie Zhenhua (2012).

Chinas wirtschaftlicher Stärke ist China in der Lage, anderen Entwicklungsländern zusätzliche Hilfe zu leisten.²⁷⁹ Auch der 2012 veröffentlichte Jahresbericht (*zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce he xingdong* — 2012 niandubaogao 中国应对气候变化的政策和行动——2012 年度报告) hält die eben beschriebene erhöhte klimapolitische Kooperationsbereitschaft der chinesischen Regierung fest. So fasst das 7. Kapitel des Jahresberichts die internationalen Kooperationsfortschritte der VR China des vergangenen Jahres zusammen. Vor allem die Zusammenarbeit Chinas mit Deutschland auf dem Gebiet einer „grünen Entwicklung“ zeigt, dass die Äußerungen der vergangenen Jahre über eine Notwendigkeit internationaler Kooperation keine leeren Versprechungen, sondern vielmehr ein aufrichtiges Bedürfnis der chinesischen Regierung sind. So wurden auch die Gespräche zwischen dem Verkehrsministerium der VR China (*jiaotong yunshubu* 交通运输部) und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Form der „Chinesisch-Deutschen Konferenz zur Umsetzung des Aktionsplans ‚Grüne Logistik‘“ (*zhongde lüsewuliu huiyi* 中德绿色物流会议) institutionalisiert²⁸⁰, im Rahmen derer die beiden Länder besonders in den Bereichen umweltfreundlicher und emissionsreduzierter Transporte in Städten sowie grüner Hafenlogistik kooperieren. Darüber hinaus liefert der Jahresbericht auch eine detaillierte Darstellung der klimapolitischen Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen der VR China (NAMAs), mittels derer die chinesische Regierung nicht nur den internationalen Forderungen eines nationalen Berichts über die Anstrengungen des Landes in Sachen Klimaschutz nachkommt, sondern gleichzeitig auch einen höheren Grad an Transparenz gewährleistet. Auch verdeutlicht der Jahresbericht, dass, abgesehen von der Anpassung an die klimatischen Veränderungen, auch die Minderung des Klimawandels, welche die VR China bisher als langfristiges Ziel betrachtet hat, zunehmend an Bedeutung zu gewinnen scheint: „Es ist eine wesentliche Pflicht Chinas, durch Kontrollen der Treibhausgasemissionen aktiv auf den globalen Klimawandel zu reagieren [...]“²⁸¹ Auch die Forcierung einer „grünen“ Entwicklung bereits im 12. Fünfjahrplan, welcher eine emissionsarme Entwicklung zur nationalen Aufgabe macht, unterstützt diese Annahme.

²⁷⁹ Xie Zhenhua (2012).

²⁸⁰ Vgl. NDRC (2012): 34.

²⁸¹ NDRC (2012): 4. Originalwortlaut des Zitats: „控制温室气体排放是中国积极应对全球气候变化的重要任务[...]“

6.2.3 *Global Player* und verantwortungsvoller Kooperationspartner – Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime 2013-2014

Eine verstärkte institutionalisierte Kooperation wie sie die chinesische Regierung seit 2012 mit Deutschland pflegt weitet sich seit 2013 auch auf die bilaterale Zusammenarbeit der VR China mit den USA aus. Während China und die USA bereits 2009 in einem gemeinsamen Kommuniqué eine verstärkte Kooperation auf den Gebieten Klimaschutz und Energieeffizienz ankündigten, verständigen sich die Regierungen beider Staaten im April 2013 in einer gemeinsamen Erklärung auf eine umfassendere Kooperation der beiden Regierungen besonders im Hinblick auf eine „grüne“ und emissionsarme Entwicklung. Zusammenhängend damit bekräftigten die beiden Staaten nicht nur, dass die globale Antwort auf den Klimawandel, gemessen an den Gefahren des Klimawandels, unzureichend sei, sondern betonen gleichzeitig, dass vor allem nationale Maßnahmen Chinas und der USA hinsichtlich der Reduktion ihrer Emissionen unerlässlich seien. Besonders der explizite Verweis auf die Notwendigkeit von Emissionsreduktionen beider Seiten verdeutlicht, dass sich sowohl die amerikanische, vor allem aber die chinesische Regierung, wie es sich bereits seit 2011 andeutet, zunehmend der negativen Auswirkungen der hohen Treibhausgasausstöße und der damit verbundenen internationalen Verantwortung bewusst ist.²⁸² Darüber hinaus kommt in der gemeinsamen Erklärung der USA und Chinas auch eine zunehmend positivere Einstellung Chinas zu aktiven Emissionsreduktionen zum Ausdruck, wenngleich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes weiterhin eine entscheidende Rolle spielt: *„Both sides noted a common interest in developing and deploying new environmental and clean energy technologies that promote economic prosperity and job creation while reducing greenhouse gas emissions.“*²⁸³ So kündigen die beiden Regierung auch die sofortige Einrichtung einer *„Climate Change Working Group“* (CCWG; *zhongmei qihoubianhua gongzuozu* 中美气候变化工作组) an, welche von Todd Stern und Xie Zhenhua geleitet wird und vor allem als Plattform für eine erweiterte Zusammenarbeit der beiden Staaten auf den Gebieten der Technologie, der Forschung, aber auch der alternativen und erneuerbaren Energien dienen soll, um so eine klimaschonende Wirtschaftsentwicklung Chinas gewährleisten zu können.²⁸⁴ An dieser Stelle zeigt sich erneut auch eine Verschiebung der nationalen Prioritäten der VR China, die nun auch in einem in-

²⁸² Vgl. U.S. Department of State (2013).

²⁸³ U.S. Department of State (2013).

²⁸⁴ Vgl. U.S. Department of State (2013).

ternational institutionalisierten Rahmen mehr auf eine klimafreundliche und damit auch ökologisch nachhaltige Entwicklung als auf ein kompromissloses und schnelles Wirtschaftswachstum setzt. Die Unerlässlichkeit einer sino-amerikanischen Kooperation für eine klimaschonende sozioökonomische Entwicklung und die Bereitschaft der chinesischen Regierung auf diesem Gebiet umfassender als bisher mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, betont auch Xi Jinping bei einem Treffen der beiden Staatschefs im Juni 2013 erneut²⁸⁵ und begründet dies nicht zuletzt dadurch: „[Die USA und China] sind die beiden größten Ökonomien der Welt.“²⁸⁶ An dieser Stelle manifestiert sich die sich bereits seit 2012 vollziehende veränderte Wahrnehmung der chinesischen Regierung, den Entwicklungsstand und das internationale Gewicht Chinas betreffend. Wenngleich sich im Jahr 2013 noch keine Konsequenz im Diskurs der chinesischen Regierung erkennen lässt und Xie Zhenhua bei der COP 19 in Warschau erneut betont, dass sich China noch im Industrialisierungsprozess befände und die regionale Entwicklung des Landes sehr unausgewogen sei – einen Verweis auf die Opferrolle Chinas nimmt die chinesische Regierung nicht mehr vor.²⁸⁷ Diese doch veränderte Selbstwahrnehmung tritt bereits schon im Vorfeld der Klimakonferenz in Warschau zutage. Während eine umfassende internationale Kooperation der VR China bis dato keine internationalen Verpflichtungen bedeutete, so erklärt die chinesische Regierung im September 2013 erstmals: „[...] China ist bereit, unter Berücksichtigung seiner Entwicklungsphase internationale Verpflichtungen einzugehen, die auf Freiwilligkeit basieren und den eigenen Kapazitäten entsprechen.“²⁸⁸ Während die chinesische Regierung bislang lediglich Verpflichtungen auf nationaler Ebene formulierte, ist diese Ankündigung, trotz des freiwilligen Charakters einer zukünftigen internationalen Verpflichtung, Ausdruck eines sich zunehmend einstellenden Verantwortungsbewusstseins der chinesischen Regierung nicht nur den globalen Klimaschutz betreffend, sondern auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft. So betont auch Xie Zhenhua im Rahmen der Klimakonferenz in Warschau abermals die Ernsthaftigkeit dieser Ankündigungen: „[...] *the Chinese Government spares no effort to [...] actively tackle climate change and makes pains-taking efforts to fulfill its commitment to the international community.*“²⁸⁹ In diesem Zusammenhang betont der stellvertretende Vorsitzende der NDRC

²⁸⁵ Vgl. Xinhua (2013a).

²⁸⁶ Xinhua (2013a). Originalwortlaut des Zitats: „[中美两国]作为世界两大经济体 [...]。 “

²⁸⁷ Vgl. Xie Zhenhua (2013): 2.

²⁸⁸ Xinhua (2013b). Originalwortlaut des Zitats: „[...]中国愿意承担与发展阶段、应尽义务和自身能力相称的国际义务[...]。 “

²⁸⁹ Xie Zhenhua (2013): 2.

auch erneut den Vorsatz der VR China, ihre ambitionierten Reduktionsziele bis 2020 umzusetzen. Dass diesem formulierten Verantwortungsgefühl und dem Kooperationsgedanken eine Überzeugung der chinesischen Regierung über die Notwendigkeit eines aktiveren Beitrags zugrunde liegt, manifestiert sich auch in nationalen Kampagnen wie beispielsweise dem 2013 erstmals stattfindenden „*National Low Carbon Day*“, der vor allem ein Bewusstsein für den Klimaschutz in der chinesischen Bevölkerung stärken soll.²⁹⁰ Vor allem jedoch drückt sich die Überzeugung hinsichtlich einer gemeinsamen Bewältigung des Klimawandels darin aus, dass Xie Zhenhua in Warschau erstmals stärker auf den Kooperationsgedanken bzw. die „gemeinsame Verpflichtung“ der Klimarahmenkonvention und weniger auf die voneinander zu trennende Verantwortung der Vertragsstaaten verweist: „*The UNFCCC represents a common commitment of all Parties to address climate change through cooperation.*“²⁹¹ Dass besonders China eine internationale Verantwortung für den Klimaschutz trägt und ein aktiver Beitrag der VR China deshalb unerlässlich ist, scheint der chinesischen Regierung im Jahr 2014 mehr und mehr bewusst zu werden. So verweist Zhou Shengxian 周生贤, der bis Februar 2015 amtierende Minister für Umweltschutz der VR China, auf die umweltschädliche Entwicklung Chinas und gesteht damit in gewisser Weise nicht nur eine Schuld für den fortschreitenden Klimawandel ein, sondern bekennt sich auch zur internationalen Verantwortung der chinesischen Regierung, aktiv zu werden: „*China’s economic development is achieved at excessive cost of resources and environment.*“²⁹² Eine Entschlossenheit der chinesischen Regierung, den Umweltschutz auch als politische Priorität verfolgen und den Klimawandel regelrecht bekämpfen zu wollen, äußert sich vor allem in der Wortwahl Zhou Shengxians, indem er betont: „*To resolutely declare war against pollution is an inevitable choice.*“²⁹³ Wenngleich der Minister für Umweltschutz diese starke Formulierung zunächst mit den negativen Folgen des Klimawandels für das eigene Land begründet, so verweist er sogleich auch auf die internationale Dimension der exzessiven Entwicklung der Volksrepublik China und bekennt im Namen der chinesischen Regierung erstmals explizit: „*China’s CO2 emissions rank high in the world.*“²⁹⁴ Anhand dieser Worte wird nun eindeutig klar, dass sich die chinesische Regierung zu Chinas Rolle als weltweit größter CO₂-Emittent bekennt. Dass sich die politischen Entscheidungsträger Chinas nun auch in hohem Maße über die internati-

²⁹⁰ Vgl. Xie Zhenhua (2013): 3.

²⁹¹ Xie Zhenhua (2013): 1.

²⁹² Zhou Shengxian (2014).

²⁹³ Zhou Shengxian (2014).

²⁹⁴ Zhou Shengxian (2014).

onale Tragweite dieser Rolle bewusst sind, zeigt sich auch in einer Rede Li Wei 李伟, dem Präsidenten des *Development Research Center of the State Council* (DRC; *guowuyuan fazhan yanjiuzhongxin* 国务院发展研究中心), in welcher er hervorhebt:

*„In terms of greenhouse gas emissions [...] [China] is fully aware of the harmful effect brought by climate change to China and to the world. [...] That is to say, China has to pursue a new path of energy development and build an efficient, green and safe energy system.“*²⁹⁵

Aus diesen Worten spricht vor allem die Pflicht Chinas, im Sinne der internationalen Gemeinschaft und des globalen Klimaschutzes zu handeln. So scheint es auch für die chinesische Regierung zur Realität geworden zu sein, dass die VR China aufgrund ihrer hohen Emissionsmengen eine große internationale Verantwortung trägt, deren Wahrnehmung nicht länger auf die Zukunft verschoben werden kann. Diese Überzeugung drückt sich auch in folgenden Formulierungen Zhang Gaolis 张高丽, Sonderbotschafter des Präsidenten Xi Jinping und Vizepremier des Staatsrats der VR China, auf dem UN-Klimagipfel in New York im September 2014 aus: *„China is ready to work with the international community to actively tackle the grave challenge of climate change. [...] China needs to [...] achieve sustainable development at home as well as to fulfill its due international obligation as a responsible major country.“*²⁹⁶ Zhang verweist also nicht nur auf die gravierende Klimasituation und, wie auch Li, auf eine internationale Verpflichtung der VR China, ihre nationalen Emissionen zu reduzieren, sondern signalisiert gleichzeitig auch die Bereitschaft der chinesischen Regierung, ihre internationale Verantwortung wahrzunehmen wie auch folgendes Statement Zhangs nochmals untermauert: *„China will make greater effort to more effectively address climate change and take on international responsibilities [...]“*²⁹⁷ Diese im Hinblick auf einen internationalen Beitrag der VR China verbindliche Zusage konkretisiert der Sonderbotschafter schließlich auch dahingehend, dass die chinesische Regierung baldmöglichst einen Scheitelpunkt ihrer nationalen Gesamtemissionen bekannt machen werde.²⁹⁸ Besonders die Fokussierung nicht mehr nur auf eine relative Minderung der Emissionen entsprechend des Bruttoinlandsproduktes, sondern auf eine Begrenzung der Gesamtemissionen des Landes, macht Chinas zunehmende Selbstwahrnehmung als weltweit größter Treibhausgasemittent erneut deutlich und zeigt gleichzeitig auch, dass eine Trennung der Verantwortung für den Klimaschutz, wie sie traditionell in der Klimarahmenkonvention vor allem basierend auf der historischen Verantwor-

²⁹⁵ Li Wei (2014).

²⁹⁶ Zhang Gaoli (2014): 1.

²⁹⁷ Zhang Gaoli (2014): 2.

²⁹⁸ Vgl. Zhang Gaoli (2014): 2.

tung der Industrieländer formuliert wurde, auch in der Wahrnehmung der politischen Entscheidungsträger Chinas, weder der gegenwärtigen Klimasituation noch einem zukünftigen internationalen Klimaregime gerecht wird. Auch der Jahresbericht der NDRC des Jahres 2014 (*zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce he xingdong —— 2014 niandubaogao* 中国应对气候变化的政策和行动——2014 年度报告) spiegelt wider, dass sich die chinesische Regierung ein Jahr vor der Verabschiedung eines neuen Klimaschutzabkommens über seinen Entwicklungsstand und seine daraus resultierenden Kapazitäten bewusst ist. So verzichtet die NDRC erstmals darauf, China als größtes, sich im Prozess der Industrialisierung befindliches Entwicklungsland zu beschreiben, sondern bekräftigt nun im Jahresbericht: „[...] Chinas wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sind nun in ein neues Zeitalter eingetreten [...]“²⁹⁹ Ausdruck dieser veränderten Selbstwahrnehmung Chinas, sowohl im Hinblick auf das eigene wirtschaftliche Gewicht und die Rolle als weltweit größter CO₂-Emittent als auch das Bewusstsein über die damit verbundene internationale Verantwortung und gleichermaßen Pflicht der chinesischen Regierung, einen maßgeblichen internationalen Beitrag zu leisten, ist eine gemeinsame Erklärung der VR China und der USA zum Klimawandel (*zhongmei qihoubianhua lianheshengming* 中美气候变化联合声明) vom 12. November 2014. In dieser Erklärung strebt China erstmals an, sich auch international zu Klimaschutzziele zu verpflichten und kündigt an, seinen Emissionshöhepunkt etwa im Jahr 2030 erreichen zu wollen und einen Anteil an erneuerbaren Energien von ca. 20% anzustreben.³⁰⁰ Dass die chinesische Regierung nun über ihre nationalen Verpflichtungen hinaus auch eine internationale Antwort auf die ihrerseits kommunizierte Bereitschaft, einen größeren internationalen Beitrag im Sinne des globalen Klimaschutzes leisten zu wollen, gibt, zeigt, dass sich die VR China im Jahr 2014 erstmals konsequent ihrer internationalen Verantwortung stellt und damit auch die Versprechen der letzten Jahre in die Tat umsetzt. Während die chinesische Regierung in der gemeinsamen Erklärung mit den USA internationale Klimaschutzziele zunächst nur ankündigt, werden die formulierten Beiträge im Juni 2015 in einen internationalen verbindlicheren Rahmen gefasst. Mit ihrer nationalen Mitteilung (*qianghua yingdui qihuibianhua xingdong —— zhongguo guojia zizhu gongxian* 强化应对气候变化行动——中国国家自主贡献) an Christina Figueres, die Generalsekretärin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, kommt die

²⁹⁹ NDRC (2014): 1. Originalwortlaut des Zitats: „[...] 中国经济社会发展正步入一个新的历史时期 [...]。 “

³⁰⁰ Vgl. Xinhua (2014).

chinesische Regierung nicht nur internationalen Forderungen nach, im Jahr 2015 nationale Ziele auch in einem internationalen Bericht zu formulieren, sondern legt sich nun auch in einem internationalen Rahmen auf folgende Klimaschutzziele fest:

„China hat bis 2030 folgende eigene Handlungsziele festgelegt:

- Erreichung des Spitzenwertes an CO₂-Emissionen ca. 2030 und Bemühung den Höchststand so früh wie möglich zu erreichen;
- Senkung der CO₂-Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes um 60%-65% im Vergleich zum Jahr 2005;
- Erhöhung des Anteils an nichtfossilen Brennstoffen am Primärenergieverbrauch um ca. 20%;
- Erhöhung des Waldbestands um ca. 4,5 Milliarden Kubikmeter im Vergleich zum Jahr 2005.“³⁰¹

Wenngleich sich China auch weiterhin international nicht zu absoluten Emissionsreduktionszielen verpflichtet und darüber hinaus die angekündigten Handlungsziele noch nicht in einem international verbindlichen Abkommen festgeschrieben sind, so kann diese internationale Bekanntgabe, die zweifellos auf nationaler Ebene, aber bis zu einem gewissen Grad auch auf internationaler Ebene einen verbindlichen Charakter besitzt, als deutliches Zeichen für ein in hohem Maße vorhandenes Verantwortungsgefühl der chinesischen Regierung gegenüber der internationalen Gemeinschaft und eines damit verbundenen Bewusstseins über die internationale Verantwortung des weltweit größten CO₂-Emittenten für den globalen Klimaschutz verstanden werden. Denn wie die NDRC bereits 2014 bekräftigte, ist auch für China ein neues Zeitalter angebrochen.

7 Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Nachdem nun sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung Chinas im internationalen Klimaregime erörtert wurden, soll im letzten Kapitel nun die eingangs formulierte Fragestellung, inwieweit ein Wandel in Chinas außenpolitischem Verhalten hinsichtlich der internationalen Klimapolitik zu beobachten ist und wie sich dieser erklären lässt, diskutiert werden. Dabei soll basierend auf den Ergebnissen der empirischen Untersuchung und unter Zuhilfenahme der *Role Theory* Holstis gezeigt werden, dass sich die Selbstwahrnehmung Chinas im

³⁰¹ NDRC (2015): 4. Originalwortlaut des Zitats: „[...] 中国确定了到 2030 年的自主行动目标: 二氧化碳排放 2030 年左右达到峰值并争取尽早达峰; 单位国内生产总值二氧化碳排放比 2005 年下降 60%—65%, 非化石能源占一次能源消费比重达到 20% 左右, 森林蓄积量比 2005 年增加 45 亿立方米左右。“

internationalen Klimaregime durch die Fremdwahrnehmung anderer Staaten verändert und sich damit einhergehend auch ein Wandel in Chinas außenpolitischem Verhalten vollzogen hat. Dass sich seit 2007 Veränderungen in Chinas klimapolitischem Verhalten bedingt durch eine veränderte Selbstwahrnehmung im Hinblick auf die eigene Rolle im internationalen Klimaregime ergeben haben, zeigt die empirische Untersuchung. Während die chinesische Regierung noch 2006 die nationale Entwicklung absolut priorisierte, kann seit 2007 eine Verschiebung der außenpolitischen Prioritäten Chinas beobachtet werden. Zwar betonen die politischen Entscheidungsträger auch weiterhin, dass der globale Klimaschutz die nationale Entwicklung nicht gefährden dürfe, es manifestiert sich jedoch gleichermaßen ein Bewusstsein dafür, dass eine positive Entwicklung des Landes nur mit klimaschützenden Maßnahmen einhergehen kann. Während also die nationale Entwicklung nach wie vor einen hohen Stellenwert hat, wurde sich die chinesische Regierung seit 2007 zunehmend der vom Klimawandel ausgehenden Gefahr bewusst und forcierte in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße eine emissionsarme bzw. klimaschonende Entwicklung. Eine Neuordnung der außenpolitischen Prioritäten Chinas zeigt sich bereits auch bei der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009. Die Verständigung auf das 2°-Ziel, welches auch entwicklungspolitische Einschränkungen für China in sich birgt, besonders jedoch die Zustimmung Chinas zu einem internationalen Kontrollmechanismus für nationale Klimaschutzmaßnahmen, lassen zudem das Prinzip der nationalen Souveränität, welches China noch 2006 mit Nachdruck betonte, mehr und mehr in den Hintergrund rücken. Stattdessen spiegelt sich in Chinas klimapolitischem Verhalten zunehmend die Notwendigkeit und Absicht einer „grünen Entwicklung“ wider, zugunsten welcher China auch eine langsamere, wenngleich nachhaltige Entwicklung in Kauf nimmt. Diese Überzeugung der chinesischen Regierung findet jedoch nicht nur auf nationaler Ebene als Teil des sozio-ökonomischen Entwicklungskonzepts, sondern darüber hinaus in Form bilateraler Kooperationen mit Deutschland und den USA auch in der Außenpolitik Chinas Niederschlag. Auch was die globale Dimension des Klimawandels und vor allem des Klimaschutzes betrifft, vollzog sich seit 2007 ein Wandel in der Wahrnehmung der chinesischen Entscheidungsträger. Der Forderung der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Industrieländer, folgend, erkennt auch die chinesische Regierung zusehends eine Notwendigkeit einer globalen Lösung des Klimawandels, die vor allem einer umfassenderen Kooperation bedarf. Während China noch 2006 eine Zusammenarbeit, welche, über die Grundsätze der UNFCCC und des Kyoto-Protokolls hinaus, auch Zugeständnisse Chi-

nas verlangte, strikt ablehnte, verfestigt sich bereits seit 2007 ein neuartiges Kooperationsverständnis in Chinas außenpolitischem Handeln. Nicht mehr nur der eigene Nutzen steht im Vordergrund, sondern zunehmend auch ein Konzept des Gebens und Nehmens, welches schließlich erstmals in der Bali Roadmap zum Ausdruck kommt und von Wen Jiabao im Jahr 2008 folgendermaßen formuliert wird: „*The international community must [...] recognize that helping others is helping yourself and harming others is harming yourself [...]*.“³⁰² Darüber hinaus verdeutlicht auch ein Wiederkehren des Mottos „Hand in Hand gegen den Klimawandel“, welches Hu Jintao prägte, eine veränderte Wahrnehmung der chinesischen Regierung hinsichtlich der Notwendigkeit einer internationalen Klimakooperation und manifestiert sich schließlich auch in der von China initiierten Einrichtung der CCWG, die dem Kooperationsgedanken gleichzeitig einen bilateralen Rahmen über die Klimarahmenkonvention hinaus eröffnet. Einher mit diesem veränderten Kooperationsverständnis der chinesischen Regierung geht auch eine Verschiebung der Konnotation des Prinzips der „common but differentiated responsibility“. Wie auch die Industrieländer fordert China nicht nur einen größeren Beitrag zum globalen Klimaschutz aller Länder, sondern begreift sich seit 2013 auch zunehmend in einer Entwicklungsphase, aufgrund derer es auch selbst einen größeren Beitrag zur internationalen Klimapolitik leisten kann und muss. Besonders das Pflichtbewusstsein, im Sinne des globalen Klimaschutzes einen aktiveren und umfassenderen Beitrag leisten zu müssen, verfestigt sich auch in der chinesischen Wahrnehmung zusehends. Wenngleich die chinesische Regierung die Verantwortung der einzelnen Staaten weiterhin an ihrem Entwicklungsstand misst, nimmt sie doch ebenfalls wie Industrieländer eine Verschiebung der Verantwortung auch auf große Entwicklungs- bzw. Schwellenländer wahr. Dies rührt vor allem von einer veränderten Wahrnehmung der Rolle Chinas im Hinblick auf den globalen Klimawandel- bzw. -schutz durch die chinesische Regierung her. Während sich China seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen als Entwicklungsland präsentierte, gesteht die chinesische Regierung 2011 aufgrund seiner exzessiven Entwicklung erstmals eine Teilschuld Chinas am fortschreitenden Klimawandel ein und zählt sich seit 2014 auch selbst zu den weltweit größten Emittenten. Diese veränderte Selbstwahrnehmung und die damit verbundene internationale Verantwortung Chinas zeigt sich zunächst darin, dass die chinesische Regierung den globalen Klimaschutz zur nationalen Aufgabe macht, d.h. sich auf nationaler Ebene zu konkreten Minderungsmaßnahmen und Klimaschutzzielen verpflichtet und

³⁰² Wen Jiabao (2008): 4.

den globalen Klimaschutz so in das sozio-ökonomische Entwicklungsprogramm des Landes einbettet. Wenngleich sich China bis dato noch nicht in einem international verbindlichen Rahmen zu seinen auf nationaler Ebene beschlossenen Klimazielen verpflichtet, so sind die nationalen Maßnahmen doch Ausdruck eines veränderten Pflichtbewusstseins und Rollenverständnisses, da sich die chinesische Regierung dadurch bewusst für eine Beeinflussung der zukünftigen Entwicklung des Landes durch den Klimaschutz entschieden hat.

Dass die eben beschriebenen Veränderungen in der chinesischen Wahrnehmung sowohl die eigene Rolle im internationalen Klimaregime als auch den Stellenwert internationaler Kooperationen und nationaler Politiken betreffend ein Ergebnis des Einflusses der Fremdwahrnehmung Chinas sowie durch die internationale Gemeinschaft sind, geht ebenfalls aus der empirischen Untersuchung hervor. So decken sich nämlich die Veränderungen in der Selbstwahrnehmung Chinas mit der Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft und den damit verbundenen Erwartungen an China. Besonders die internationale Wahrnehmung der VR China als weltweit größter Emittent und die konsequente Akzentuierung dieser Rolle Chinas, sowohl durch Industrie- als auch durch Entwicklungsländer, bewirkten bei der chinesischen Regierung ein verändertes Rollenverständnis Chinas und der internationalen Verantwortung des Landes im internationalen Klimaregime, welches spätestens seit 2014 offensichtlich ist. Auch die damit verbundene und bereits erwähnte Konnotationsverschiebung des Konzepts der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“, spiegelt sich in der internationalen klimapolitischen Haltung der chinesischen Regierung wider, wenn auch nicht gleichermaßen explizit wie dies für Industrieländer und auch NGOs der Fall ist. Auch die Bewertung des Klimawandels als Bedrohung und die damit einhergehend kommunizierte Notwendigkeit eines globalen Ansatzes, einerseits seit 2007 verstärkt durch die Gruppe der AOSIS und der LDC, andererseits bereits seit den frühen 2000ern durch die USA, zeigt sich auch in der Haltung chinesischer politischer Entscheidungsträger und stellt bereits 2009 gewissermaßen einen Grundsatz der internationalen Klimapolitik Chinas dar. Auch die Forderungen nach einer klimapolitischen Kooperation der beiden Reibungspartner China und USA gewinnt aufgrund der Notwendigkeit einer emissionsarmen Entwicklung seit 2010 auch für China zunehmend an Bedeutung. So forciert die chinesische Regierung seit diesem Zeitpunkt auch verstärkt eine sino-amerikanische Klimakooperation. Darüber hinaus bekräftigen vor allem Industrieländer eine veränderte Realität, was vor allem die Pro-Kopf-Emissionen Chinas und die damit verbunde-

ne internationale Verantwortung betrifft – eine Wahrnehmung, die auch bei der chinesischen Regierung, die seit 2011 nicht mehr auf die geringen Pro-Kopf-Emissionen des Landes verweist, zunehmend zum Vorschein kommt. Seit 2007 also hat sich die chinesische Regierung Konzepte und Ansichten der internationalen Gemeinschaft zu eigen gemacht, die sie nicht nur kommuniziert, sondern, wie bereits beschrieben, auch in der klimapolitischen Praxis auf nationaler wie auf internationaler Ebene lebt. Obwohl sich die chinesische Regierung die hohen Emissionsmengen Chinas erst Jahre nachdem die internationale Gemeinschaft bereits mit Nachdruck auf diese Problematik verwiesen hatte, eingestand, zeigt sich gerade hierin deutlich, dass China einen Prozess der Wahrnehmungsveränderung durchlaufen hat – ein Lernprozess mit einem Effekt, der sich erst durch wiederkehrende Forderungen und Erwartungen anderer Staaten an China über einen längeren Zeitraum vollziehen konnte und schließlich eine Veränderung der Selbstwahrnehmung Chinas herbeiführte. Dennoch fand ein stärkeres Kooperationsbedürfnis anderer Staaten bereits früh seinen Niederschlag, sowohl in Chinas eigener Wahrnehmung als auch im politischen Output der chinesischen Regierung. Während sich eine Bereitschaft zur Kooperation erstmals bei der Klimakonferenz auf Bali zeigte, setzte China die internationale Zusammenarbeit in Form bilateraler Kooperationen kontinuierlich und verstärkt fort. Aufgrund der nun dargestellten Parallelen in der Wahrnehmung der Rolle Chinas im internationalen Klimaregime durch andere Staaten und durch die chinesische Regierung selbst, kann ein Einfluss der Fremdwahrnehmung auf die Selbstwahrnehmung Chinas und damit auch auf den politischen Output der chinesischen Regierung konstatiert werden.

Bettet man nun diese Beobachtungen in die *Role Theory* Holstis ein, so hat sich also die *role conception*, d.h. die Rollenvorstellung Chinas im internationalen Klimaregime, auf der außenpolitisches Handeln aus sozialkonstruktivistischer Perspektive basiert, sowie die *role performance*, nämlich die außenpolitischen Entscheidungen Chinas, die gewissermaßen der Kanal des eigenen Rollenverständnisses sind, durch die *role prescriptions*, also die Erwartungen der internationalen Gemeinschaft an die chinesische Regierung, verändert. So können die Zugeständnisse Chinas auf Bali 2007 nicht nur als erste außenpolitische Ausprägung des Einflusses der *role perceptions* auf die *role performance* Chinas verstanden werden, sondern auch als Anfangspunkt einer sich bis 2015 verändernden Selbstwahrnehmung Chinas begriffen werden, welche dieser veränderten *role performance* zugrunde liegt. Diese Verhaltensveränderung und veränderte Rollenwahrnehmung manifestieren sich im interna-

tionalen Klimapolitikprozess besonders in einer stärkeren Kooperationsbereitschaft sowie einem größeren Verantwortungsbewusstsein Chinas im Sinne des globalen Klimaschutzes, die eine Forcierung einer verantwortungsvollen und emissionsarmen Entwicklungsstrategie sowie die Ankündigung ambitionierter Klimaschutzziele der chinesischen Regierung bewirken. So erreicht der Prozess, den China seit 2007 durchlaufen hat, im Jahr 2015 seinen Gipfel, als China erstmals auch international ehrgeizige und vor allem zeitlich terminierte Klimaschutzziele ankündigt, auf die sich Präsident Xi Jinping und US-Präsident Obama im November 2014 einigten. Die Tatsache, dass China bis dato noch keine verbindlichen Verpflichtungen in einem völkerrechtlich bindenden Klimaschutzabkommen eingegangen ist, widerspricht weder einem vollzogenen Lernprozess noch einer veränderten Selbstwahrnehmung Chinas, sondern kann auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand des Landes zurückgeführt werden. Als Land an der Schwelle zur Industrialisierung kann China entwicklungspolitische Ziele nicht in dem Maße zugunsten des globalen Klimaschutzes hintanstellen wie bereits industrialisierte Länder. Aufgrund der noch instabilen Lage, vor allem im Hinblick auf die Entwicklungsschere zwischen den industrialisierten Küstenregionen im Osten und Süden Chinas und dem Landesinneren sowie dem starken Stadt-Land-Gefälle, will und muss sich die chinesische Regierung eine gewisse Flexibilität wahren, um in einem instabilen Entwicklungsstadium – falls notwendig – entwicklungspolitisch reagieren zu können. Dennoch zeigen die national, besonders aber die international kommunizierten Klimaschutzziele, dass sich China seiner Verantwortung und Rolle im internationalen Klimaschutz im Jahr 2015 bewusst ist und sowohl gewillt ist als auch die Notwendigkeit begreift, einen entsprechenden internationalen Beitrag leisten zu müssen. Die Verständigung der VR China und der USA auf gemeinsame Klimaschutzziele können also als großer Schritt in den globalen Bemühungen um eine Lösung der Klimakrise bewertet werden und lassen auch erwarten, dass die chinesische Regierung in Paris im Dezember diesen Jahres seine internationale Verantwortung in umfassender Weise wahrnehmen und sich in einem neuen Klimaschutzabkommen, welches in Paris verabschiedet werden soll, auch international zu ambitionierten Klimaschutzzielen verpflichten wird.

Literaturverzeichnis

AOSIS (2009). *Declaration on Climate Change 2009*.

Verfügbar unter:

<http://aosis.org/wp-content/uploads/2012/10/2009-AOSIS-Leaders-Declaration.pdf>

Zugriff am: 21.05.2015

AOSIS (2011). *Statement Delivered by Grenada on Behalf of the Alliance of Small Island States (AOSIS). High-level Segment of the COP and CMP*. Durban, 6. Dezember 2011.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/durban_nov_2011/statements/application/pdf/111206_cop17_hls_grenada_behalf_alliance_small_island_states.pdf

Zugriff am: 21.05.2015

AOSIS (2012b). *Statement Delivered by Nauru on Behalf of The Alliance of Small Island States (AOSIS). Opening Plenary 8th Session of the Conference of the Parties Serving as the Meeting of the Parties.* Doha.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/resource/docs/cop18_cmp8_hl_statements/AOSIS.pdf

Zugriff am: 21.05.2015

AOSIS (2012c). *Statement Delivered by Nauru on Behalf of The Alliance of Small Island States (AOSIS). Opening of the High Level Segment COP-18/CMP-8.* Doha, 4. Dezember 2012.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/resource/docs/cop18_cmp8_hl_statements/Statement%20by%20Nauru%20%28Rev.%29.pdf

Zugriff am: 21.05.2015

AOSIS (2012a). *Statement by Nauru on behalf of the Alliance of Small Island States. Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action. Opening Plenary.* Doha, 27. November 2012.

Verfügbar unter:

http://aosis.org/wp-content/uploads/2012/11/121127-AOSIS-LCA-Opening-Statement_revised.pdf

Zugriff am: 21.05.2015

AOSIS (2012d). *Alliance of Small Island States Leaders' Declaration, 2012.* New York, 27. Dezember 2012.

Verfügbar unter:

<http://aosis.org/wp-content/uploads/2012/10/2012-AOSIS-Leaders-Declaration.pdf>

Zugriff am: 21.05.2015

AUTH, Günther (2015). *Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt: Die wichtigsten Theorien auf einen Blick.* Berlin.

BARNETT, Jon et al. (2004). "Will OPEC Lose from the Kyoto Protocol?" *Energy Policy* 32, 8, pp. 2077–2088.

BIDDLE, Bruce J. (2013). *Role theory: Expectations, Identities, and Behaviors.* New York.

BROT FÜR DIE WELT (2012). *Expectations Regarding the Climate Conference in Doha (COP 18).*

Verfügbar unter:

http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2012/11/Bread-for-the-World-expectations-for-Doha_final.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

BROT FÜR DIE WELT (2014). *Letzte Ausfahrt Lima. Erwartungen von Brot für die Welt an den UN-Klimagipfel (COP 20) in Peru.*

Verfügbar unter:

http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell49-Letzte_Ausfahrt_Lima.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

BUSH, George W. (2007). *China & Climate Change: Address at the State Department.* Washington, DC, 28. September 2007.

Verfügbar unter:

<http://www.presidentialrhetoric.com/speeches/09.28.07.html>

Zugriff am: 11.06.2015

BUSH, George W. (2008). *Climate Change.* 16. April 2008.

Verfügbar unter:

<http://www.climate-debate.com/george-w-bush-climate-change-r12.php>

Zugriff am: 11.06.2015

CAN INTERNATIONAL (2010). *Cancun Building Blocks. Essential Steps on the Road to a Fair, Ambitious and Binding Deal.*

Verfügbar unter:

http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/CAN_cancun_building_blocks_october2010_1.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

CAÑETE, Miguel A. (2014a). *Speech at the EP Plenary '2014 UN Climate Change Conference Lima'*. Lima, 26. November 2014.

Verfügbar unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-2165_en.htm?locale=en

Zugriff am: 24.06.2015

CAÑETE, Miguel A. (2014b). „Statement by Commissioner Arias Cañete on Behalf of the European Union.“ *Council of the European Union. Compilation of EU Statements*, pp. 7-8. Brüssel, 22. Dezember 2014.

Verfügbar unter:

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-17071-2014-INIT/en/pdf>

Zugriff am: 24.06.2015

COENEN, Reinhard (1997). „Die internationale Klimapolitik und die Klimarahmenkonvention.“ *Risiko Klima. Der Treibhauseffekt als Herausforderung für Wissenschaft und Politik*. Jürgen Kopfmüller; Reinhard Coenen (eds.). Frankfurt. pp. 159-199.

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (2014). *Council Conclusions on Preparations for the 20th Session of the Conference of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change and the 10th Session of the Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol (Lima, 1-12 December 2014)*. Luxemburg, 28. Oktober 2014.

Verfügbar unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/145508.pdf

Zugriff am: 24.06.2015

DABWIDO, Sprent (2011). *Statement by H.E. The Hon. Sprent Dabwido M.P. President of the Republic of Nauru on Behalf of the Pacific Small Island Developing States (Pacific SIDS)*. Durban, 6. Dezember 2011.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/durban_nov_2011/statements/application/pdf/111206_cop17_hls_nauru_behalf_sids.pdf

Zugriff am: 23.05.2015

DEBRUM, Tony A. (2012). *Statement by Minister Tony A. deBrum. Head of Delegation of the Republic of the Marshall Islands. High Level Segment of the 18th Session of the Conference of the Parties United Nations Framework Convention on Climate Change*. Doha, 5. Dezember 2012.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/resource/docs/cop18_cmp8_hl_statements/Statement%20-%20UNFCCC%20-%20Dec12%20-%20RMI.pdf

Zugriff am: 23.05.2015

DIE BUNDESREGIERUNG (2010). *Klimaschutz – Ohne die Schwellenländer geht es nicht*. 10. Juni 2010.

Verfügbar unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2010/10/2010-10-06-Merkel-klimaschutz.html>

Zugriff am: 24.06.2015

DORSETT, Kenred (2013). *Address to the Joint High Level Segment of the Conference of the Parties (COP-19) and the Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol (CMP-9)*. Warschau, 12. November 2013.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/statements/application/pdf/cop19_hls_bahamas.pdf

Zugriff am: 23.05.2015

ECONOMY, Elizabeth; **OKSENBERG**, Michel (eds.) (1999). *China Joins the World: Progress and Prospects*. New York.

FARHANA, Yamin; **DEPLEDGE**, Joanna (2004). *The International Climate Change Regime: A Guide to Rules, Institutions and Procedures*. Cambridge.

GREENPEACE (2011). *At COP 17 in Durban, Governments Must Listen to the People – Not to Polluters*.

Verfügbar unter:

http://www.greenpeace.org/belgium/Global/belgium/report/2011/Durban_COP_Position_Paper_Final.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

GREENPEACE (2012). *What is Needed From the COP 18 Climate Negotiations in Doha?*

Verfügbar unter:

<http://www.greenpeace.org/international/Global/international/briefings/climate/Doha2012/Position-Paper.pdf>

Zugriff am: 08.06.2015

HEDEGAARD, Connie (2011). *Statement at the Opening of the High-Level Segment of COP17 by Connie Hedegaard, European Commissioner for Climate Action*.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/durban_nov_2011/statements/application/pdf/1112_06_cop17_hls_european_union.pdf

Zugriff am: 24.06.2015

HEDEGAARD, Connie (2012). *Moving forward together. Statement by Connie Hedegaard and Sofoclis Aletraris on Behalf of the EU, its 27 Member States, and Croatia. At COP18, Doha*.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/resource/docs/cop18_cmp8_hl_statements/Statement%20on%20behalf%20of%20the%20EU%2C%20its%2027%20Member%20States%20%2C%20and%20Croatia.pdf

Zugriff am: 24.06.2015

HEDEGAARD, Connie (2013). *Statement for Joint High-Level Segment of COP 19 and CMP 9. Warschau, 19. November 2013*.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/statements/application/pdf/cop19_hls_european_union.pdf

Zugriff am: 24.06.2015

HEGSELUND, Gørild (2007). „China's Climate Change Policy: Domestic and International Developments.“ *Asian perspective* 31, 2, pp. 155-191.

HOLSTI, Kalevi J. (1970). „National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy.“ *International Studies Quarterly* 14, 3, pp. 233-309.

HUA JIANMIN (2006). *Strengthen Cooperation for Clean Development and Protect the Common Homeland of Human Beings. Statement at the Inaugural Ministerial Meeting of the Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate*. 12. Januar 2006.

Verfügbar unter:

<http://en.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=38496&TId=98>

Zugriff am: 13.06.2015

HU JINTAO (2009) 胡锦涛. *Xieshou yingdui qihoubianhuatiaozaan——zai lianheguo qihoubianhua fenghui kaimushi shang de jianghua* 携手应对气候变化挑战——在联合国气候变化峰会开幕式上的讲话. New York, 22. September 2009.

Verfügbar unter:

<http://www.un.org/zh/focus/hujintao/summit.pdf>

Zugriff am: 13.06.2015

IISD, International Institute for Sustainable Development (1998). “Report of the Fourth Conference of the Parties to the UN Framework Convention on Climate Change: 2-13 November 1998.” *Earth Negotiations Bulletin* 12, 97, pp. 1-14.

Verfügbar unter:

<http://www.iisd.ca/download/pdf/enb1297e.pdf>

Zugriff am: 04.06.2015

JIANG WEIXIN (2006). *Statement by Mr. Jiang Weixin at the Joint High-Level Segment of COP12*. Nairobi, 15. November 2006.

Verfügbar unter:

<http://en.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=38519&TId=98>

Zugriff am: 13.06.2015

JOHNSTON, Alastair I.; Ross, Robert S. (eds.) (1999). *Engaging China: The Management of an Emerging Power*. New York.

JOHNSTON, Alastair I. (2008). *Social States. China in International Institutions, 1980-2000*. New Jersey.

KASA, Sjur et al. (2008). „The Group of 77 in the International Climate Negotiations: Recent Developments and Future Directions.” *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics* 8, 2, pp. 113-127.

KENT, Ann (2007). *Beyond Compliance: China, International Organizations and Global Security*. Stanford.

KENT, Ann (2002). „China's International Socialization: The Role of International Organizations” *Global Governance* 8, 3, pp. 343-64.

KERRY, John (2013). *Message to COP-19 on the President's Climate Action Plan*. Washington, DC, 18. November 2013.

Verfügbar unter:

<http://www.state.gov/secretary/remarks/2013/11/217660.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

KRASNER, Stephen D. (1983). „Structural Causes and Regime Consequences: Regime as Intervening Variables.” *International Regimes*. Stephen Krasner (ed.). New York. 1-21.

LAURENCY, Patrick (2012). *Funktionen wirkungsschwacher Klimaschutzabkommen: Ursachen und Strategien der kontrafaktischen Stabilisierung politischer Zielerwartungen am Beispiel des UN-Klimaschutzregimes*. Wiesbaden.

LDC (2012). *Statement by the Gambia on Behalf of the Least Developed Countries at the Opening Plenary of the Eighteenth Session of the Conference of Parties of the UN Framework Convention on Climate Change (COP-18)*. Doha, 26. November 2012.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/resource/docs/cop18_cmp8_hl_statements/Final%20LDC%20Opening%20Statement%20for%20COP18%20Doha%202.pdf

Zugriff am: 23.05.2015

LEWIS, Joanna I. (2007). „Chinas Strategic Priorities in International Climate Change Negotiations.” *The Washington Quarterly* 31, 1, pp. 155-174.

LI WEI (2014). *Strengthen the Innovation of Energy Technology and Work Together for a Green, Sustainable and Bright Future*. London, 7. Juli 2014.

Verfügbar unter:

<http://en.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=47356&TId=98>

Zugriff am: 13.06.2015

LIU JIANG (2005). *The Challenge of Climate Change and China's Response Strategy. Keynote Speech on the Round Table Meeting of Energy and Environment Ministers from Twenty Na-*

tions by Mr. Liu Jiang, Vice-chairman National Development and Reform Commission of China. 24. März 2005.

Verfügbar unter:

<http://en.cchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=38497&TId=98>

Zugriff am: 13.06.2015

MCCAIN, John (2008). *Remarks on Climate Change Policy*. Portland, 12. Mai 2008.

Verfügbar unter:

<http://www.climate-debate.com/john-mccain-remarks-on-climate-change-policy-r15.php>

Zugriff am: 11.06.2015

MAUMOON, Dunya (2014). *Statement by Her Excellency Dunya Maumoon, Minister of Foreign Affairs of the Maldives at the UN Secretary General's Climate Summit 2014*. New York, 23. September 2014.

Verfügbar unter:

<http://statements.unmeetings.org/media2/4628054/maldives.pdf>

Zugriff am: 23.05.2015

MEA, Ministry of External Affairs, Government of India (2007). *Joint Position Paper of Brazil, China, India, Mexico and South Africa participating in the G8 Heiligendamm Summit*. Heiligendamm, 8. Juni 2007.

Verfügbar unter:

<http://mea.gov.in/in-focus-article.htm?18824/Joint+Position+Paper+of+Brazil+China+India+Mexico+and+South+Africa+participating+in+the+G8+Heiligendamm+Summit+June+2007>

Zugriff am: 15.06.2015

MEP, Ministry of Environmental Protection (2007). *The Action Guideline Instructing the Environmental Protection Work in the 11th 'Five-Year' Plan Period: Special Interview with SEPA Vice Minister Zhou Jian*. 27. November 2007.

Verfügbar unter:

http://english.mep.gov.cn/Ministers/Speeches/200801/t20080116_116318.htm

Zugriff am: 15.06.2015

MERKEL, Angela (2009b). *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der UN-Klimakonferenz*. Kopenhagen, 17. Dezember 2009.

Verfügbar unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2009/12/2009-12-17-rede-merkel-un-klimakonferenz.html>

Zugriff am: 24.06.2015

MERKEL, Angela (2009c). *Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates sowie zur UN-Klimakonferenz von Bundeskanzlerin Merkel*. 17. Dezember 2009.

Verfügbar unter: 24.06.2015

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2009/2009-12-17-merkel-erklaerung-un-klimakonferenz.html>

Zugriff am: 24.06.2015

MERKEL, Angela (2009a). *Pressekonferenz der Bundeskanzlerin nach dem Europäischen Rat*. 11. Dezember 2009.

Verfügbar unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/12/2009-12-12-pk-bk-bruessel.html>

Zugriff am: 24.06.2015

MERKEL, Angela (2011). *Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim "Petersberger Klimadialog II"*. Berlin, 3. Juli 2011.

Verfügbar unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2011/07/2011-07-03-bk-klimadialog-berlin.html>

Zugriff am: 24.06.2015

MILES, Matthew et al. (2014). *Qualitative Data Analysis. A Methods Sourcebook*. Thousand Oaks.

MORI, Emanuel (2014). *Climate Summit 2014. National Action and Ambition Statements. Statement by H.E. Emanuel Mori, President of the Federated States of Micronesia*. New York, 23. September 2014.

Verfügbar unter:

<http://statements.unmeetings.org/media2/4627995/micronesia.pdf>

Zugriff am: 23.05.2015

MORRIS, Charles W. (ed.; 1934). *Mind, Self and Society. From the Standpoint of a Social Behaviorist*. Chicago.

MÜLLER, Gerd (2014). *UN Climate Summit. Statement by Dr. Gerd Müller, Federal Minister for Economic Cooperation and Development*. New York, 23. September 2014.

Verfügbar unter:

http://www.new-york-un.diplo.de/Vertretung/newyorkvn/en/_pr/speeches-statements/2014/20140923-mueller-un-climate-summit.html?archive=3759636

Zugriff am: 24.06.2015

NATIONALER VOLKSKONGRESS (2011) Quanguo renmin daibiao dahui 全国人民代表大会. *Shierwu guihua gangyao (quanwen)* 十二五规划纲要 (全文). Peking, 16. März 2011.

Verfügbar unter:

http://www.china.com.cn/policy/txt/2011-03/16/content_22156007_7.htm

Zugriff am: 24.05.2015

NATIONAL BUREAU OF STATISTICS (2014). *Chinese Statistic Yearbook 2014*. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2014/indexeh.htm>

Zugriff am: 21.05.2015

NDRC, National Development and Reform Commission (2007) Guojia fazhan he gaige weiyuanhui 国家发展和改革委员会. *Zhongguo yingdui qihoubianhua guojia fang'an* 中国应对气候变化国家方案. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File189.pdf>

Zugriff am: 15.06.2015

NDRC, National Development and Reform Commission (2009) Guojia fazhan he gaige weiyuanhui 国家发展和改革委员会. *Zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce yu xingdong — 2009 niandu baogao* 中国应对气候变化的政策与行动——2009 年度报告. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File572.pdf>

Zugriff am: 15.06.2015

NDRC, National Development and Reform Commission (2010) Guojia fazhan he gaige weiyuanhui 国家发展和改革委员会. *Zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce yu xingdong — 2010 niandu baogao* 中国应对气候变化的政策与行动——2010 年度报告. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File927.pdf>

Zugriff am: 15.06.2015

NDRC, National Development and Reform Commission (2012) Guojia fazhan he gaige weiyuanhui 国家发展和改革委员会. *Zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce yu xingdong — 2012 niandu baogao* 中国应对气候变化的政策与行动——2012 年度报告. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://files.ncsc.org.cn/www/201308/20130806104940368.pdf>

Zugriff am: 15.06.2015

NDRC, National Development and Reform Commission (2014) Guojia fazhan he gaige weiyuanhui 国家发展和改革委员会. *Zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce yu xingdong — 2014 niandu baogao* 中国应对气候变化的政策与行动——2014 年度报告. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/archiver/ccchinacn/UpFile/Files/Default/20141126133431386711.pdf>

Zugriff am: 15.06.2015

NDRC, National Development and Reform Commission (2015) Guojia fazhan he gaige weiyuanhui 国家发展和改革委员会. *Qianghua yingdui qihoubianhua xingdong — zhongguo guojia zizhu gongxian* 强化应对气候变化行动——中国国家自主贡献. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/China/1/China's%20INDC%20-%20on%2030%20June%202015.pdf>

Zugriff am: 15.06.2015

PORTUGAL (2007). *Statement by Portugal on Behalf of the European Community and its Member States. Dialogue on Long-term Cooperative Action to Address Climate Change by Enhancing Implementation of the Convention*. Wien, 27.-29. August 2007.

Verfügbar unter:

<https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/ST-AWG%204-Open%202.pdf>

Zugriff am: 24.06.2015

RÖTTGEN, Norbert (2009). „In Kopenhagen müssen die Würfel fallen.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. 13. Dezember 2009.

Verfügbar unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Interview/2009-12-13-interview-roettgen-fas.html>

Zugriff am: 24.06.2015

RÖTTGEN, Norbert (2011). *Statement of the German Federal Minister of the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety Norbert Röttgen at the High Level Segment of the UNFCCC 2011 COP 17 and CMP 7*. Durban, 7. Dezember 2011.

Verfügbar unter: 24.06.2015

http://unfccc.int/files/meetings/durban_nov_2011/statements/application/pdf/111207_cop17_hls_germany.pdf

Zugriff am: 24.06.2015

SALDAÑA, Johnny (2009). *The Coding Manual for Qualitative Researchers*. London.

SCHMIDT, Dirk; **HEILMANN**, Sebastian (2012). *Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China*. Wiesbaden.

SCIO, State Council Information Office of the People's Republic of China (2008) Zhonghua-remingongheguo guowuyuan xinwenbangongshi 中华人民共和国国务院新闻办公室. *Zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce yu xingdong* 中国应对气候变化的政策与行动. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=28091&TId=60>

Zugriff am: 04.06.2015

SCIO, State Council Information Office of the People's Republic of China (2011) Zhonghua-remingongheguo guowuyuan xinwenbangongshi 中华人民共和国国务院新闻办公室. *Guoxinban fabiao 《zhongguo yingdui qihoubianhua de zhengce yu xingdong 2011》 baipishu* 国新版发表 《中国应对气候变化的政策与行动 2011》 百皮书. Beijing.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=28126&TId=60>

Zugriff am: 04.06.2015

SILLAH, Jato S. (2011). *Statement by Hon. Jato S. Sillah, Minister Ministry of Forestry and the Environment. The Gambia on Behalf of the Least Developed Countries*.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/durban_nov_2011/statements/application/pdf/111206_cop17_hls_gambia_behalf_least_developed_countries.pdf

Zugriff am: 23.05.2015

STATISTA (2015). *Die 10 größten CO2-emittierenden Länder nach Anteil an den weltweiten CO2-Emissionen im Jahr 2014*.

Verfügbar unter:

<http://de.statista.com/graphic/1/179260/die-zehn-groessten-c02-emittenten-weltweit.jpg>

Zugriff am: 22.05.2015

STERN, Todd (2010a). *A New Paradigm: Climate Change Negotiations in the Post-Copenhagen Era*. Michigan, 8. Oktober 2010.

Verfügbar unter:

<http://www.state.gov/e/oes/rls/remarks/2010/149429.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

STERN, Todd (2010b). „Review of the Upcoming United Nations Climate Change Meeting, COP-16.“ *Foreign Press*. Washington, DC, 22. November 2010.

Verfügbar unter:

<http://fpc.state.gov/151748.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

STERN, Todd (2010c). *Briefing on the UN Climate Change Conference in Cancun*. Washington, DC, 14. Dezember 2010.

Verfügbar unter:

<http://www.state.gov/e/oes/rls/remarks/2010/152847.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

STERN, Todd (2011b). *Press Briefing: 17th Session of the Conference of the Parties to the UN Framework Convention on Climate Change*. Durban, 6. Dezember 2011.

Verfügbar unter:

<http://www.state.gov/e/oes/rls/remarks/2011/178316.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

STERN, Todd (2011a). *A Preview of the Climate Change Conference (COP-17) in Durban, South Africa*. Washington, DC, 22. November 2011.

Verfügbar unter:

<http://fpc.state.gov/177620.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

STERN, Todd (2011c). *United Nations Climate Change Conference in Durban, South Africa*. Washington, DC, 13. Dezember 2011.

Verfügbar unter:

<http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2011/12/178699.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

SU WEI (2007). *China's Actions on Climate Change: Briefing on China's National Climate Change Programme*. Bali, 7. Dezember 2007.

Verfügbar unter: 13.06.2015

<http://www.etiea.cn/data/attachment/File225.pdf>

Zugriff am: 13.06.2015

TALBERG, Anita (2010). *Copenhagen: a stepping stone*.

Verfügbar unter:

http://www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/BriefingBook43p/copenhagen

Zugriff am: 24.06.2015

TAUBE, Markus (2003). „Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft: Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zu einem 'Global Player'.“ *Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften* 2003/51, pp. 1-44.

Verfügbar unter:

<http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper51.pdf>

Zugriff am 22.05.2015

THE WHITE HOUSE (2009). *President to Attend Copenhagen Climate Talks*. 25. November 2009.

Verfügbar unter:

<https://www.whitehouse.gov/the-press-office/president-attend-copenhagen-climate-talks>

Zugriff am: 11.06.2015

THE WHITE HOUSE (2014). *Remarks by the President at U.N. Climate Change Summit*. New York, 23. September 2014.

Verfügbar unter:

<https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/09/23/remarks-president-un-climate-change-summit>

Zugriff am: 11.06.2015

THE WHITE HOUSE (2015). *Remarks by the President on the Impacts of Climate Change*. Florida, 22. April 2015.

Verfügbar unter:

<https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/04/22/remarks-president-impacts-climate-change>

Zugriff am: 11.06.2015

THOMSON, Peter (2014). *Statement by H.E. Ambassador Peter Thomson, Permanent Representative of Fiji to the United Nations at the United Nations Secretary-General's Climate Summit*. New York, 23. September 2014.

Verfügbar unter:

<http://fiji.pr.unwebsites.org/node/173>

Zugriff am: 23.05.2015

THE WORLD BANK (2015a). *CO2 Emissions by Country*.

Verfügbar unter:

<http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.KT/countries?page=1>

Zugriff am: 25.05.2015

THE WORLD BANK (2015b). *CO2 Emissions (Metric Tons Per Capita)*.

Verfügbar unter:

http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC?order=wbapi_data_value_2011+wbapi_data_value+wbapi_data_value-last&sort=asc

Zugriff am: 25.05.2015

ULBERT, Cornelia (2010). „Sozialkonstruktivismus.“ *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Siegfried Schieder; Manuela Spindler (eds.). Opladen. 427-460.

UNFCCC (1997). *Status of ratification of the United Nations Framework Convention on Climate Change. FCCC/CP/1997/INF.2*.

Verfügbar unter:

<http://unfccc.int/resource/docs/cop3/inf02.pdf>

Zugriff am: 25.05.2015

UNFCCC (1998). *Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change*.

Verfügbar unter:

<http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf>

Zugriff am: 25.05.2015

UNFCCC (2008). „Decision 1/CP.13 Bali Action Plan.“ *Report of the Conference of the Parties on its thirteenth session, held in Bali from 3 to 15 December 2007. FCCC/CP/2007/6 Add.1*, pp. 3-7.

Verfügbar unter:

<http://unfccc.int/resource/docs/2007/cop13/eng/06a01.pdf>

Zugriff am: 25.05.2015

UNFCCC (2009). „Decision 2/CP.15 Copenhagen Accord.“ *Report of the Conference of the Parties on its Fifteenth Session, held in Copenhagen from 7 to 19 December 2009. FCCC/CP/2009/11/Add. 1*, pp. 4-9.

Verfügbar unter:

<http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/11a01.pdf>

Zugriff am: 14.08.2015

UNFCCC (2014a). *First Steps to a Safer Future: Introducing the United Nations Framework Convention on Climate Change.*

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/essential_background/convention/items/6036.php

Zugriff am: 25.05.2015

UNFCCC (2014b). *Conference of the Parties (COP).*

Verfügbar unter:

<http://unfccc.int/bodies/body/6383.php>

Zugriff am: 25.05.2015

UNFCCC (2014c). *Making Those First Steps Count: An Introduction to the Kyoto Protocol.*

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/essential_background/kyoto_protocol/items/6034.php

Zugriff am: 25.05.2015

UNFCCC (2014d). *Status of Ratification of the Kyoto Protocol.*

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/kyoto_protocol/status_of_ratification/items/2613.php

Zugriff am: 26.05.2015

UNFCCC (2014e). *What is the CDM.*

Verfügbar unter:

<http://cdm.unfccc.int/about/index.html> Zugriff am 13.03.2014

Zugriff am: 26.05.2015

UNFCCC (2015). *Distribution of CERs issued by Host Party.*

Verfügbar unter:

http://cdm.unfccc.int/Statistics/Public/files/201507/cers_iss_byHost.pdf

Zugriff am: 26.05.2015

UNGA, United Nations General Assembly (1988). *Protection of global climate for present and future generations of mankind. Resolution A/RES/43/53.*

Verfügbar unter:

<http://www.un.org/documents/ga/res/43/a43r053.htm>

Zugriff am: 25.05.2015

USA (2012). *TDS Remarks for High Level Segment.* Doha, 5. Dezember 2012.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/resource/docs/cop18_cmp8_hl_statements/Statement%20by%20USA.pdf

Zugriff am: 11.06.2015

U.S. DEPARTMENT OF STATE (2013). *Joint China-U.S. Statement on Climate Change*. Washington, DC, 13. April 2013.

Verfügbar unter:

<http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2013/04/207465.htm>

Zugriff am: 11.06.2015

WEN JIABAO (2008). *Strengthen International Technology Cooperation and Address Climate Change Actively. Speech at the Beijing High-level Conference on Climate Change: Technology Development and Technology Transfer*. Peking, 7. November 2008.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File367.pdf>

Zugriff am: 13.06.2015

WESEL, Reinhard (2012). *Internationale Regime und Organisationen*. Konstanz.

WWF (2007). *WWF expectations for the UN Bali Climate Summit*.

Verfügbar unter:

http://politics.wwf.gr/images/stories/political/press/baliwwfpositionpaper_2dec07.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2008). *Cracking the Climate Nut at COP14. WWF Position Paper for the UNFCCC Climate Change Conference in Poznan, Poland*.

Verfügbar unter:

http://d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/wwf_poznan_paper_web.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2009). *WWF Expectations for the Copenhagen Climate Deal 2009*.

Verfügbar unter:

http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/WWF_Copenhagen_Expectations_Paper_WWF_FINAL.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2010a). *WWF key country demands for Cancún*. 30. Oktober 2010.

Verfügbar unter:

http://d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/final_wwf_key_country_asks_for_cancun_oct_30_2010.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2010b). *WWF recommendations for the Cancun Package*.

Verfügbar unter:

http://d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/wwf_expectations_for_cancun_package.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2011). *WWF Expectations for the UNFCCC Durban Conference of the Parties*.

Verfügbar unter:

http://www.wwf.be/media/WWF%20Durban%20Expectation_718838.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2013). *Policy Expectations for COP 19, Warsaw 2013*.

Verfügbar über:

http://www.wwf.hu/media/file/1384179021_wwf_policy_expectations_for_warsaw_final_8_pager_1.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

WWF (2014). *WWF Position Paper. Policy Expectations for UNFCCC COP20*. Lima, November 2014.

Verfügbar unter:

http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publicationen-PDF/WWF_Position_Policy_Expectations_for_UNFCCC_COP20.pdf

Zugriff am: 08.06.2015

XIE ZHENHUA (2007). *Statement by H.E. Mr. Xie Zhenhua, Minister and Vice-chairman of the National Development and Reform Commission of P.R. China at the Joint High-Level Segment of 13th Session of the Conference of the Parties to the Convention and the 3rd Session of the Conference of the Parties Serving as the Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol*.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File223.pdf>

Zugriff am: 13.06.2015

XIE ZHENHUA (2011) 解振华. *Zai lianheguo qihoubianhuakuangjiagongyue di 17 ci diyuefang huiyi ji jingduyiding di 7 ci diyuefanghuiyi shang de jianghua* 在联合国气候变化框架公约第 17 次缔约方会议暨京都议定第 7 次缔约方会议上的讲话. Durban, 7. November 2011.

Verfügbar unter:

https://unfccc.int/files/meetings/durban_nov_2011/statements/application/pdf/111207_cop17_hls_china.pdf

Zugriff am: 13.06.2015

XIE ZHENHUA (2012) 解振华. *Qihoubianhua guojitanpan ying jianchi santiao yuanze*. 气候变化国际谈判应坚持三条原则. 21. Juni 2012.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=29621&TId=66>

Zugriff am: 13.06.2015

XIE ZHENHUA (2013). *Speech on the High Level Segment of Warsaw Climate Change Conference*. Warschau, 20. November 2013.

Verfügbar unter:

http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/statements/application/pdf/cop19_hls_peoples_republic_of_china.pdf

Zugriff am: 13.06.2015

XINHUA (2009). *Full text of Chinese premier's address at Copenhagen Climate Change Summit*. Kopenhagen, 18. Dezember 2009.

Verfügbar unter:

http://news.xinhuanet.com/english/2009-12/18/content_12668022.htm

Zugriff am: 13.06.2015

XINHUA (2012). *Full Text of Chinese Premier's Speech at Annual Meeting of the New Champions 2012*. Tianjin, 11. September 2012.

Verfügbar unter:

<http://en.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=38535&TId=98>

Zugriff am: 13.06.2015

XINHUA (2013a) 新华. *Xij Jinping tong aobama juxing zhongmeiyuanshou di er chang huiwu* 习近平同奥巴马举行中美元首第二场会晤. 9. Juni 2013.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=40403&TId=66>

Zugriff am: 13.06.2015

XINHUA (2013b) 新华. *Zhongguo jiang jixu bangzhu fazhanzhongguojia yingdui qihoubianhua* 中国将继续帮助发展中国家应对气候变化. 16. September 2013.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=41371&TId=66>

Zugriff am: 13.06.2015

XINHUA (2014) 新华. *Zhongmei qihoubianhua lianhe shengming* 中美气候变化联合声明. 12. November 2014.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/nDetail.aspx?newsId=49275&TId=66>

Zugriff am: 13.06.2015

YANG, William (2012) 楊惟任. „Zhongguo qihoubianhuazhengce de neibu yinsufenxi 中国气候变化政策的内部因素分析.“ *Huanjing yu guanli yanjiu* 中国与管理研究 13, 1, pp. 1-20.

YU QINGTAI (2008). *Statement by H.E. Ambassador Yu Qingtai, China's Special Representative for Climate Change Talks, at the Thematic Debate of the United Nations General Assembly on Climate Change*. New York, 12. Februar 2008.

Verfügbar unter:

<http://en.ccchina.gov.cn/Detail.aspx?newsId=38523&TId=98>

Zugriff am: 13.06.2015

ZHANG GAOLI (2014). *Build Consensus and Implement Actions for a Cooperative and Win-Win Global Climate Governance System*. 23. September 2014.

Verfügbar unter:

http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1194637.shtml

Zugriff am: 13.06.2015

ZHANG HAIBIN (2006) 张海滨. „Zhongguo zai guojiqihoubianhuatanpan zhong de lichang: lianxuxing yu bianhua jiqi yuanyin tan xi 中国在国际气候变化谈判中的立场: 连续性与变化及其原因探析.“ *Shijie jingji yu zhengzhi* 世界经济与政治 2006, 10, pp. 36-43.

ZHANG PING (2008). *Speech at the Beijing High-Level Conference on Climate Change: Technology Development and Technology Transfer*. Peking, 7. November 2008.

Verfügbar unter:

<http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File366.pdf>

Zugriff am: 13.06.2015

ZHOU SHENGXIAN (2014). *Get Prepared for Three Battles While Declaring War against Pollution*. 31. März 2014.

Verfügbar unter:

http://english.mep.gov.cn/Ministers/Speeches/20140/t20140408_270218.htm

Zugriff am: 13.06.2015

Annex

Übersetzung einer repräsentativen Quelle

ZHANG HAIBIN (2006) 张海滨. „Zhongguo zai guojiqihoubianhuatanpan zhong de lichang: lianxuxing yu bianhua jiqi yuanyin tan xi 中国在国际气候变化谈判中的立场: 连续性与变化及其原因探析.“ *Shijie jingji yu zhengzhi* 世界经济与政治 2006, 10, pp. 36-43.

Chinas Position in den internationalen Klimaverhandlungen:

Eine Analyse von Kontinuität und Veränderung

Zhang Haibin

1. Problemstellung

Der Klimawandel ist sowohl das größte globale Umweltproblem, dem die Menschheit derzeit gegenübersteht als auch die größte globale Herausforderung im Zeitalter der Globalisierung, der die internationale Gesellschaft gegenübersteht. China ist eines der großen Länder der Welt; die Geschwindigkeit Chinas Bevölkerungswachstums sowie seines Wirtschaftswachstums ist mit die höchste weltweit. Was die Menge der CO₂-Emissionen Chinas betrifft, sind sie an weltweit zweiter Stelle. Schätzungen zufolge könnten die Treibhausgasemissionen Chinas im Jahr 2025 bereits die der USA überschritten haben und China somit an weltweit erster Stelle stehen. Deshalb steht auch die chinesische Klimapolitik unter zunehmender Beobachtung durch die internationale Gemeinschaft. Seit Beginn des offiziellen internationalen Klimaverhandlungsprozesses im Jahr 1990, nahm China stets in vollem Umfang daran teil. Interessant hierbei ist, dass es was das Auftreten und die Rolle Chinas in diesen Verhandlungen betrifft, offensichtliche Unterschiede zwischen der Beurteilung durch China selbst und durch andere Länder gibt. China selbst ist der Meinung, dass es in den internationalen Klimaverhandlungen ein aktives, dynamisches und verantwortungsvolles Mitglied ist. Die internationale Gemeinschaft jedoch, (in erster Linie Industrieländer) sind unzufrieden mit der Position und den Politiken Chinas was die Zusage zu quantitativen Treibhausgasreduktionen betrifft, weshalb sie die chinesische Regierung wiederholt unter Druck setzen. So bemerken auch westliche Wissenschaftler: „Chinas unnachgiebige und gelegentlich unflexible Position, hat ihm in den internationalen Verhandlungen den Ruf eines Hardliners beschert.“ Es liegt auf der Hand, dass diese Diskrepanzen in der Wahrnehmung für Chinas internationales Image und seine friedliche Entwicklung nachteilig sind. Ist es möglich, dass diese Kontraste schrumpfen? Der Autor ist der Ansicht, dass man die Verhandlungsposition und die Gründe ihrer Entstehung systematisch untersuchen muss, da man nur dadurch eine präzise und objektive Beurteilung der Position Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen gewährleisten, das Missverständnis der Verhandlungsposition durch die Außenwelt ausräumen und natürlich auch der Gewissheit der Menschen was den Trend zukünftiger Klimaverhandlungen betrifft, dienen kann. Aus diesem Grund lautet die Fragestellung des vorliegenden Aufsatzes: Hat sich die Position Chinas seit seiner Teilnahme an den internationalen Klimaverhandlungen 1990 verändert? Falls ja, welche Veränderungen gibt es? Welche

Faktoren liegen einem Wandel oder einer Beständigkeit in Chinas Verhandlungsposition zugrunde?

[...]

3. Chinas Position in den internationalen Klimaverhandlungen: Wandel trotz Beständigkeit

Hat sich die Position Chinas seit seiner Teilnahme an den internationalen Klimaverhandlungen 1990 verändert oder nicht? Welche Veränderungen gab es? Der vorliegende Text betrachtet die Zeitpunkte der vier Jahre 1991, 1999, 2001 und 2005, um anhand derer einen geschichtlichen Vergleich durchzuführen. Diese vier Zeitpunkte beinhalten sowohl die Anfangsphase und die Mittelphase als auch die jüngste Phase der Teilnahme Chinas an den internationalen Klimaverhandlungen. Um den Vergleich zu erleichtern, wird Chinas Position während verschiedener Zeiträume einbezogen.

Durch einen ausführlichen Vergleich der grundlegenden Position Chinas zum Thema des internationalen Klimawandels in den oben aufgeführten verschiedenen Zeiträume, können der Wandel und die Beständigkeit der Position Chinas wie folgt kurz und prägnant zusammengefasst werden. Fasst man oben genannte Beobachtung zusammen, kann man folgende Schlussfolgerung formulieren: In den letzten 16 Jahren hat sich die Position Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen trotz Stabilität verändert. Die Beständigkeit liegt darin, dass China weiterhin daran festhält, sich nicht zu quantitativen Treibhausgasreduktionen zu verpflichten. Der Wandel liegt darin, dass die Haltung Chinas was die Teilnahme an internationalen Klimaverhandlungen betrifft, im Vergleich zur Vergangenheit flexibler und kooperativer ist. Dies zeigt sich konkret in folgendem: Erstens in der Behandlung der drei Flexibilitätsmechanismen, besonders des *Clean Development Mechanism*. Während China früher noch Zweifel daran hatte unterstützt es diese heute. Zweitens, im Zusammenhang mit Geldmittel und Technologie. Während China früher stets betonte, dass Industrieländer den Entwicklungsländern finanzielle und technologische Unterstützung leisten müssten, veränderte es seine Haltung und ruft nun zum Aufbau eines „Win-win-Mechanismus“ zur Verbreitung von Technologie und einer für beide Seiten gewinnbringenden technologischen Kooperation auf. Drittens, während sich China in der Vergangenheit auf die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und das Kyoto-Protokoll berief, nimmt es nun selbst eine offenere Haltung im Hinblick auf andere Formen internationaler Kooperationsmechanismen ein.

4. Die Verhandlungsposition Chinas verstehen: Minderungskosten, ökologische Verwundbarkeit, Gerechtigkeitsprinzip

Wie können die Veränderungen und die Beständigkeit in Chinas Position bei internationalen Klimaverhandlungen erklärt werden? Der vorliegende Aufsatz formuliert drei Thesen:

Erste These: Je höher die Minderungskosten für China sind, desto unwilliger ist China Reduktionsverpflichtungen einzugehen und desto passiver ist auch die Haltung bei der Teilnahme an der Klimawandelkooperation.

Unter sogenannten Minderungskosten sind alle aufgewendeten Kosten des Landes für die Lösung einzelner Umweltprobleme zu verstehen, wobei in erster Linie die wirtschaftlichen Kosten gemeint sind. Für alle Entscheidungen, Umweltentscheidungen nicht ausgenommen, müssen Kosten und Nutzen bedacht werden. In der Tat war sich die chinesische Regierung bereits seit Anfang ihrer Teilnahme an internationalen Klimawandelverhandlungen darüber bewusst, dass sie die Steuerung des Klimawandels in großem Maße betrifft und die damit verbundenen Kosten enorm sind und befürchtete so, dass eine Lösung des Ozonschichtproblems nicht mit den eigenen Möglichkeiten vereinbar ist. Was China betrifft, bestehen die durch das Ergreifen von Treibhausgasreduktionsmaßnahmen entstehenden Minderungskosten vor allem in Folgendem:

(1) Die Minderungskosten werden den Entwicklungsraum Chinas erheblich einschränken. Der Kern der internationalen Klimawandelverhandlungen ist es, die internationalen Emissionskapazitäten von Treibhausgasen als eine öffentliche Umweltressource umzuverteilen. China befindet sich gerade in einer Industrialisierungsphase mit einem rasanten Wirtschaftswachstum, die ein großes Entwicklungspotential und einen großen Entwicklungsraum birgt. Schutz vor dem Klimawandel bedeutet dabei in erster Linie eine Anpassung und Transformation der Energiegewinnungsstruktur, da Energie wiederum der Schlüssel wirtschaftlicher Entwicklung ist. China ist eines der wenigen Länder der Erde, deren Energiegewinnung in erheblichem Maß von Kohle abhängig ist.

[...]

Es liegt auf der Hand, dass eine Verpflichtung zu Treibhausgasemissionsreduktionen unter diesen Umständen bedeuten würde, dass Chinas seinen pro-Kopf-Energieverbrauch reduzieren und somit auch den Standard der wirtschaftlichen Entwicklung senken müsste, was so-

wohl die Geschwindigkeit und den Umfang der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas erheblich beeinflussen als auch den zukünftigen Entwicklungsraum Chinas begrenzen würde und sich darüber hinaus nachteilig auf das große Ziel Chinas, eine dreistufige Entwicklungsstrategie zu realisieren, auswirken würde. Das ist zweifellos etwas, was China entschieden ablehnt.

(2) Die Minderungskosten können das Wirtschaftswachstum beeinflussen. Für Minderungen muss ein hoher wirtschaftlicher Preis gezahlt werden, da diese den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes beeinflussen.

[...]

Dies macht deutlich, dass das Problem des Klimawandels für China zwar ein Umweltproblem, viel mehr jedoch ein Entwicklungsproblem ist. Angesichts des unaufhörlichen Rufs der westlichen Nationen einer Notwendigkeit von Emissionsreduktionen Chinas bei den Klimaverhandlungen 1999, betonte China ausdrücklich, dass China, solange es kein Entwicklungsland mit mittlerem Einkommen ist, keine Emissionsreduktionsverpflichtungen eingehen wird.

Andererseits jedoch, wenn eine Teilnahme an internationalen Klimaverhandlungen eine Senkung oder Reduzierung der Minderungskosten China herbeiführt, oder anders gesagt, als Möglichkeit erscheint, die Minderungskosten Chinas zu senken, dann wird China durchaus eine kooperative Haltung einnehmen.

[...]

Zweite These: Je höher die ökologische Verwundbarkeit Chinas durch den Klimawandel, desto gewillter ist China, sich zu Treibhausgasreduktionen zu verpflichten und umso kooperativer ist China in den internationalen Klimaverhandlungen.

[...]

Dieser These liegt folgende Logik zugrunde: Je höher die ökologische Verwundbarkeit Chinas durch den Klimawandel ist, das heißt, je höher der verursachte Verlust durch den Klimawandel für China ist, umso größere Beachtung schenkt China dem Problem des Klimawandels, und umso größer ist Chinas Verlangen eine internationale Kooperation in den internationalen Klimaverhandlungen voranzutreiben. Und um die Verhandlungen voranzutreiben, ist die Chinas Position natürlich möglicherweise noch flexibler, ist die Bereitschaft Chinas noch größer an der Kooperation teilzunehmen und sogar relativ früh Treibhausgasemissionsredukti-

onsverpflichtungen einzugehen.

Die momentane Situation gestaltet sich so, dass aufgrund dessen, dass sich China immer noch nicht des Modells des Industrialisierungszeitalters der Industrieländer entledigt hat, demzufolge die Erde zuerst verschmutzt und erst hinterher begonnen wird, die Folgen unter Kontrolle zu bringen, auch der Umweltschutz in der Realität noch keine praktische Durchführbarkeit erreicht hat. Trotz der Bedeutung der ökologischen Verwundbarkeit im Bereich der Umwelt, ist der Klimawandel nicht Chinas dringlichstes Problem.

Umweltschutz ist im gegenwärtigen China generell vergleichsweise schwach, so gehört auch der Klimawandel nicht zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten auf Chinas Umweltagenda. Deshalb hat die Dringlichkeit Chinas, was das Vorantreiben internationaler Klimaverhandlungen betrifft, noch lange nicht den Stellenwert erreicht, dass China es als notwendig erachtet, Kompromisse einzugehen um die internationale Klimakooperation voranzutreiben. Erwähnenswert ist jedoch, dass die ökologische Verwundbarkeit durch den Klimawandel seit 1990 unaufhörlich steigt, sich das Wissen Chinas über das Thema Klimawandel stetig vertieft und auch die Bedeutung, die China dem Ausmaß des Klimawandels beimisst, unaufhörlich größer wird. Daher hofft China aufrichtig, dass die internationalen Klimaverhandlungen Fortschritte erzielen und nimmt deshalb auch eine zunehmend kooperativere Haltung ein.

Seit Beginn der Teilnahme an den internationalen Klimaverhandlungen, ist das Ausmaß der ökologischen Verwundbarkeit durch den Klimawandel die wesentliche Basis für die Verhandlungsposition Chinas. Da aber zu Beginn der Verhandlungen das Wissen Chinas über die konkreten Einflüsse des Klimawandels sehr gering war, war China deshalb in den Verhandlungen sehr zurückhaltend. Einhergehend mit den Fortschritten der Verhandlungen, führte Chinas entsprechendes Ministerium eine große Anzahl an Forschungsprojekten zu speziellen Themen des Klimawandels durch, die den Einfluss des Klimawandels auf das Ökosystem, die Wirtschaft, die Gesellschaft und andere Bereiche Chinas umfassen, und unaufhörlich eine Vielzahl an Forschungsergebnissen liefern.

[...]

Betrachtet man den gesamten Verhandlungsprozess, deckt sich der Trend einer stetig flexibleren und kooperativen Position Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen mit dem

Aufwärtstrend, was das Wissen Chinas über die ökologische Verwundbarkeit durch den Klimawandel betrifft.

[...]

Dritte These: Je gerechter die Übernahme von Verantwortung zwischen den Mitgliedern in internationalen Klimaverhandlungen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass China Emissionsreduktionsverpflichtungen eingeht und desto kooperativer ist die Haltung Chinas in internationalen Klimaverhandlungen.

[...]

Aus der Sicht Chinas, muss das Gerechtigkeitsprinzip in den internationalen Klimaverhandlungen einige wichtige Details enthalten:

1. Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung. China ist der Meinung, dass im Verlauf der Zusammenarbeit zum Schutz gegen die globale Erderwärmung, Entwicklungs- und Industrieländer nicht die gleiche Verantwortung tragen, sondern die Verantwortung klar unterschieden werden muss, und nicht abstrakt über eine gemeinsame Verantwortung gesprochen werden darf.

[...]

2. Es muss das Prinzip der unterschiedlichen Fähigkeiten repräsentieren. China ist der Meinung, dass eine bloße Hervorhebung der historischen Verantwortung keine hinreichende Lösung für das Problem des Klimawandels ist, sondern jede Vertragspartei entsprechend ihrer jeweiligen Möglichkeiten, die sie besitzt, sowie entsprechend ihrer wissenschaftlichen und technologischen Fähigkeiten geeignete Maßnahmen zur Minderung und Anpassung an die schädlichen Einflüsse des Klimawandels ergreifen muss. Jene Staaten, die das Potential (hier sind vor allem Geldmittel und Technologie gemeint) besitzen, müssen einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies ist ebenfalls eine Grundanforderung an das Gerechtigkeitsprinzip.

[...]

3. Das Prinzip der „Pro-Kopf-Gleichberechtigung“

[...]

In den internationalen Klimaverhandlungen betont China, dass der pro-Kopf-Energieverbrauch sowie die pro-Kopf-Treibhausgasemissionen als wichtige Grundlage für Verhandlungen über Emissionsreduktionsverpflichtungen zu betrachten sind, und die „überlebensnotwendigen Emissionen“ der Entwicklungsländer keineswegs mit den „Luxusemissionen“ der Industrieländer verglichen werden dürfen.

[...]

Aufgrund des Bevölkerungswachstums, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Begrenzung auf Kohle als Hauptelement der Energieversorgungsstruktur jedoch, nehmen die CO₂-Emissionen Chinas stetig zu und der Anteil dieser an der weltweiten Gesamtemissionsmenge steigt weiter an.

[...]

Das bedeutet, dass China in den nächsten 20-30 Jahren zunehmend die Gestalt einer Emissionsweltmacht annehmen und der Vorteil geringer pro-Kopf-Emissionen allmählich schwinden wird. Aus diesem Grund wird auch der internationale Druck auf China immer größer. Um diesen internationalen Druck zu verringern, muss sich China in den internationalen Verhandlungen flexibler und aktiver verhalten.

5. Schlussfolgerung

Mit der globalen Klimaverschärfung, verstärkt sich auch die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Politik und Position Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen. Es gibt verschiedene Erklärungen und Bewertungen der Politik und Position Chinas. Der Autor ist der Meinung, dass sich Politik und Position Chinas, seit Beginn seiner Teilnahme an den internationalen Klimaverhandlungen im Jahr 1990, verändert haben, es jedoch sowohl Kontinuitäten als auch Veränderungen gab. Die Kontinuität liegt darin, dass China weiterhin daran festhält, sich nicht zu quantitativen Treibhausgasemissionsreduktionen zu verpflichten. Die Veränderung liegt darin, dass Chinas Haltung bei der Teilnahme an internationalen Klimaverhandlungen im Gegensatz zu früher flexibler und kooperativer ist. Der Grund hierfür liegt vor allem in den drei Faktoren Minderungskosten, ökologische Verwundbarkeit und Gerechtigkeitsprinzip.

1. Je höher die Minderungskosten für China in den internationalen Klimaverhandlungen sind, desto unwilliger ist China sich zu verbindlichen Emissionsreduktionen zu verpflichten und desto passiver ist Chinas Haltung bei der Teilnahme an internationaler Klimakooperation. Aufgrund dessen, dass Emissionsreduktionen derzeit zu sehr hohen Minderungskosten für China führen würden, hält China daran fest, keine Emissionsreduktionsverpflichtungen einzugehen. Wenn sich jedoch andererseits in den gegenwärtigen Klimaverhandlungen eine Chance ergibt, die zur Verringerung oder Reduktion der Minderungskosten beiträgt (z.B. der CDM), neigt auch China dazu eine kooperative Haltung einzunehmen.

2. Je höher die ökologische Verwundbarkeit durch den Klimawandel in China ist, desto gewillter ist China sich zu Treibhausgasemissionsreduktionen zu verpflichten und umso kooperativer ist China in den internationalen Klimaverhandlungen. Umweltschutz ist im gegenwärtigen China ohnehin relativ schwach und Klimaschutz gehört auch nicht zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten auf Chinas Umweltagenda. Deshalb hat die Dringlichkeit Chinas, was da vorantreiben internationaler Klimaverhandlungen betrifft noch lange nicht den Stellenwert erreicht, dass China es als notwendig erachtet, Kompromisse einzugehen um die internationale Klimakooperation voranzutreiben. Erwähnenswert ist jedoch, dass die ökologische Verwundbarkeit Chinas durch den Klimawandel seit 1990 unaufhörlich ansteigt, sich Chinas Wissen über die Problematik des Klimawandels stetig vertieft und sich der Aufmerksamkeitsgrad dahingehend zusehends erhöht. Chinas Interessen werden zunehmend davon beeinflusst, ob auf den globalen Klimawandel effektiv reagiert werden kann. Einer kooperativen Haltung Chinas und einer aktiven Förderung internationaler Klimawandelverhandlungen liegen also auch stetig wachsende interne Motivationen zugrunde.

3. Je gerechter die Übernahme von Verantwortung zwischen den Mitgliedern in den internationalen Klimaverhandlungen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass China Emissionsreduktionsverpflichtungen eingeht und umso kooperativer ist die Haltung Chinas in den internationalen Klimaverhandlungen.

Aufgrund dessen, dass das Gerechtigkeitsprinzip noch nicht in die Praxis umgesetzt wurde, ist China seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen nicht bereit Emissionsreduktionsverpflichtungen einzugehen. Dies ist in der internationalen Gemeinschaft allgemein anerkannt. Aber einhergehend mit dem andauernden Anstieg der Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen und der pro-Kopf-Emissionsmenge Chinas, wird auch der Beitrag Chinas zur globalen Erderwärmung immer größer. So steigt auch die Verantwortung Chinas

entsprechend und folglich auch der internationale Druck. Um den internationalen Druck zu mindern, wird China mit positiverer und kooperativerer Haltung an den internationalen Klimaverhandlungen und der internationaler Kooperation teilnehmen müssen.